



10 JAHRE POLIZEI- PRÄSIDIUM

EINSÄTZE, GESICHTER
UND GESCHICHTEN
AUS ZEHN JAHREN



POLIZEI
Brandenburg



Liebe Leserinnen und Leser,

es ist nunmehr zehn Jahre her, dass zum 01. November 2011 die Strukturreform der Brandenburger Polizei umgesetzt wurde. Die Ausgangsdiagnosen, die den Anlass für die Reform bildeten, erwiesen sich jedoch schon nach kurzer Zeit als nichtzutreffend: Der prognostizierte Bevölkerungsschwund in Brandenburg blieb aus, womit einhergehend, dass das erwartete Haushaltsdefizit ebenfalls ausblieb, das Einsparungen auch im Bereich der Polizei notwendig gemacht hätte und die Zahl der Kriminalitätsdelikte nicht etwa zurückging, sondern anstieg.

Infolgedessen verabschiedete sich die Landesregierung vom Gedanken des großflächigen Personalabbaus und konzentrierte sich auf die Integration der unteren und oberen Dienstebenen: Aus bisher 15 Schutzbereichen wurden die vier Polizeidirektionen Nord, Süd, West und Ost. Ferner wurden die beiden Polizeipräsidien Frankfurt (Oder) und Potsdam, das Landeskriminalamt sowie die Landeseinsatzeinheit zu einer effizient arbeitenden Organisation, dem Präsidium der Polizei des Landes Brandenburg zusammengeschlossen.

Es gebe sicher noch das ein oder andere zur Polizeireform zu sagen, aber die wichtigste Lehre, die wir nach zehn Jahren aus ihr ziehen können, lautet: Strukturveränderungen sind immer dann notwendig, wenn sich gesellschaftliche Verhältnisse ändern. Auch, wenn sie anfangs mitunter zu Unmut führen, sind Reorganisationsprozesse ein wirkungsvolles Mittel, wenn es darum geht Ressourcen zu schonen und auf neuartige Entwicklungen zu reagieren, um so effizient arbeiten zu können.

Strukturveränderungen können aber nur unter der Bedingung gewinnbringend umgesetzt werden, dass die beteiligten Akteure als verlässliche Partner auf Augenhöhe und vertrauensvoll zusammenarbeiten. Die Polizistinnen und Polizisten in Brandenburg haben immer wieder aufs Neue bewiesen, dass sie in gewohnt hoher Qualität, mit Fleiß und Einsatzbereitschaft ihre Pflicht tun: Sie sind verlässliche Partnerinnen und Partner der Landesregierung. Als Innenminister macht es mich stolz zu wissen, dass sie das vor der Strukturreform waren und auch in Zukunft sein werden.

Ihr

Michael Stübgen
Minister des Innern und für Kommunales
des Landes Brandenburg

IMPRESSUM

Herausgeber: Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg

Redaktion: Martin Burmeister (verantw.), Katrin Böhme

Anschrift: Henning-von-Tresckow-Straße 9-13, 14467 Potsdam
E-Mail: info110@mik.brandenburg.de
polizei.brandenburg.de/info110

Redaktionsbeirat: Ulrich Wiesicke, Therese Franz, Ines Filohn, Gabriele Krümmel, Tom Franke, Catrin Pan; Mitarbeit an dieser Ausgabe: Büro für Beratung und Strategie

ISSN 1430-7669

Layout: Rosenfeld.MRDesign

Druck: LGB (Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg)

Fotos: Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg, Polizei Brandenburg, Hochschule der Polizei des Landes Brandenburg, Katrin Böhme, Archiv, AdobeStock (Seiten 19, 48, 80, 81, 115)

29. Jahrgang, Nr. 3/2021
Auflage 5.000

Redaktionsschluss: 8. November 2021

Wir danken allen Verfasserinnen und Verfassern für die in dieser Ausgabe veröffentlichten Beiträge. Die mit Namen versehenen Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht der Kürzung vor.

10 JAHRE POLIZEI-PRÄSIDIUM

POLIZEIPRÄSIDIUM
BÜRO BERATUNG
UND STRATEGIE

BEHÖRDENSTAB
FÜSAL

PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

EINSATZ- UND LAGEZENTRUM

BEAUFTRAGTER FÜR DIE DEUTSCH-POLNISCHE BEZIEHUNGEN

PRÄSIDIALBÜRO

DIREKTION BESONDERE DIENSTE

SPEZIALEINHEITEN UND SPEZIALKRÄFTE

POLIZEIHUBSCHRAUBERSTAFFEL

TECHNISCHE EINSATZEINHEIT

BEREITSCHAFTS-POLIZEI

LANDESKRIMINALAMT

POLIZEIDIREKTION SÜD

POLIZEIDIREKTION NORD

POLIZEIDIREKTION WEST

POLIZEIDIREKTION OST

EINSÄTZE, GESICHTER UND GESCHICHTEN AUS ZEHN JAHREN



»Kämpfe für das, was dir wichtig ist«



Seit eineinhalb Jahren ist Oliver Stepien Brandenburgs Polizeipräsident. Das Amt übernahm der heute 55-Jährige mitten im ersten Lockdown. Polizeiarbeit in der Pandemie war damit die erste große Herausforderung für Stepien, der vor dem Wechsel nach Brandenburg zuletzt ständiger Vertreter des Leiters des Berliner Landeskriminalamtes war.

Seit inzwischen zehn Jahren gibt es in Brandenburg veränderte Polizeistrukturen. Aus zwei Präsidien wurde eines, Schutzbereiche wurden zu Direktionen zusammengefasst, Unterstützungsdienste in einer eigenen Direktion gebündelt und das LKA dem Präsidium angegliedert. Was 2011 für einige Unsicherheit sorgte, ist heute Alltag. Über die Herausforderungen der kommenden zehn Jahre und die ersten Eindrücke im neuen Amt sprach Polizeipräsident Oliver Stepien mit der info110.

Ganz persönlich, Herr Polizeipräsident...

Privat hatte ich zuletzt mit der Polizei zu tun ...

... vor etwa zwei Jahren, als mir jemand aufs Auto auffuhr. Das war in Berlin und ich war auf dem Weg von der Arbeit nach Hause. Nichts Schlimmes, der Schaden am Wagen war überschaubar. Die Berliner Polizisten haben den Unfall routiniert abgearbeitet. Kurz, knapp und professionell.

Nach einem Tag im Büro ist mein Ausgleich...

... immer noch ein entspannter Abend mit meiner Frau. Wenn wir uns dann über Gott und die Welt austauschen können oder uns einfach auf das bevorstehende Wochenende freuen, sind das schon die Momente, die ich sehr genieße. Diesen Alltag kennen wir beide seit vielen Jahren. Wenn etwas beständig war, dann war es der Umstand, dass das Telefon dienstlich zu unterschiedlichsten Zeiten klingelte. Deshalb wissen wir gemeinsame Zeit wirklich zu schätzen.

Meinen Berufswunsch mit zehn ...

... gab es nicht. Wenn doch, dann war es wahrscheinlich Fußballspieler oder etwas in dieser Art. Mit zehn hatte ich noch keinen ernst zu nehmenden Berufswunsch. Ich glaube das Ziel war, erwachsen zu werden, Spaß zu haben und vermeintlich tun zu können, was man will.

Meine größte Marotte ist...

... eine gewisse Tendenz zum Perfektionismus – wenn es darum geht, Dinge oder Arbeitsergebnisse immer noch ein bisschen besser, vollständiger, perfekter zu machen. Grundsätzlich ist es bei mir wohl so: Je besser die Vorlage, desto mehr fällt mir dazu noch ein, es perfekt zu machen. Inzwischen glaube ich eine angemessene „Aufwand-Nutzen-Relation“ zu beherrschen, irgendwann wird es mit viel mehr Aufwand nicht mehr wirklich besser.

(M)Ein Rat an mein 14-jähriges Ich wäre...

... überleg dir gut, was du machen willst. Setz dir Ziele. Gaube an dich, auch wenn es schwer aussieht. Wenn etwas schiefgeht, denk daran, dass manchmal gerade aus schwierigen Situationen neue Möglichkeiten entstehen. Kämpfe für das, was dir wichtig ist, aber verbieg dich dabei nicht bis du zerbrichst.

Aus der Metropole ins Flächenland – im Mai 2020 wurden Sie Polizeipräsident in Brandenburg. Was ist Ihnen aus Ihren ersten Tagen hier in Erinnerung geblieben?

Die gute und offene Aufnahme hier im Präsidium. Natürlich war eine Spannung spürbar: „Wie ist er? Was ist er für ein Typ?“ Aber trotz aller Anspannung, nicht nur bei denen, die mich willkommen geheißen haben, sondern auch bei mir, war schnell klar, hier kannst du ankommen. Ich hatte sofort das Gefühl, die Kolleginnen und Kollegen unterstützen mich und im Rahmen ihrer Möglichkeiten passen sie auch auf mich auf, damit ich einen guten Start habe.

„So ging es sicher Vielen, Strukturen ändern sich, Partner bleiben.“

Nach eineinhalb Jahren in der Verantwortung als Polizeipräsident: Gab es schlaflose Nächte?

Wenn „schlaflose Nächte“ bedeutet, sich zu fragen, „Wie soll ich damit nur umgehen, es ist keine Lösung in Sicht...“, dann ein klares Nein. Natürlich mache ich mir Gedanken. In meiner dienstlichen Vita hatte ich schon das ein oder andere Mal mit Themen zu tun, die mich in gewisser Weise gelehrt haben, dass es nicht lohnt, nicht zu schlafen, weil es das auch nicht besser macht. Wenn man neu in eine Behörde kommt, hat man zu Recht den Anspruch, sich Zeit zu nehmen, um den „Ist-Stand“ zu erfassen. Die Verantwortung wächst mit der Zeit. Ich will nicht ausschließen, dass mir irgendwann einmal etwas den Schlaf raubt, aber bisher hatte ich dafür keinen Anlass. Grundsätzlich meine ich, mit Ruhe, Engagement und guten Ideen ist fast alles zu schaffen.

Die Brandenburger Polizei in den jetzigen Strukturen gibt es seit 2011. Spielte die erneute Strukturänderung auch im Nachbarland Berlin, Ihrem damaligen Dienstort, eine Rolle?

In meiner persönlichen dienstlichen Welt hat die Strukturänderung eher keine Rolle gespielt. 2010 war ich noch Dezernatsleiter „Islamismus“ beim Staatsschutz in Berlin, kurz darauf dann Staatsschutzleiter. Wir hatten durchaus Berührungspunkte mit Brandenburg, aber die änderten sich nicht durch die Reform. Unsere Ansprechpartner beim LKA blieben die gleichen. Für mein Erleben war die Frage, ob das LKA eine eigenständige Behörde, eine Fachdirektion oder Teil des Präsidiums ist, nicht wirklich von größerem Interesse. Wir hatten unsere Partner mit denen wir eng und gut zusammengearbeitet haben. So ging es sicher Vielen, Strukturen ändern sich, Partner bleiben.

„Strukturergebnisse sind immer auch ein Stück weit Produkt ihrer Zeit.“

Wie schätzen Sie – aus Ihrer „neuen“ Perspektive – die 2011 getroffenen (Struktur-)Entscheidungen ein? Besteht Handlungsbedarf?

Strukturergebnisse sind immer auch ein Stück weit Produkt ihrer Zeit. Ich glaube, dass Grundannahmen die zur aktuellen Struktur geführt haben, objektiv betrachtet so nicht eingetreten sind. Als Beispiel war man davon ausgegangen, dass die Bevölkerung in Brandenburg im Jahr 2020 auf 2,3 Millionen schrumpfen würde. Ein Irrtum. Gut für Brandenburg, nicht gut für vorausberechnete Personalgrößen der Polizei, die sich an einem Bevölkerungsrückgang orientierten.

Die Entscheidung für ein Präsidium war aus meiner Sicht richtig. Andere Dinge, wie die genannte Berechnung der Personalgrößen, basierten wie gesagt auf Prognosen, die so nicht eintrafen, was wiederum dazu führte, dass wir grundsätzlich zu wenig Personal haben. Im Moment müssen wir mit dem auskommen, was wir haben. Ein Zuwachs an Personal lässt sich zudem nicht kurzfristig organisieren. Im politischen Raum gab es aber einen Paradigmenwechsel, weg von Personaleinsparung hin zu einer wachsenden Polizei. Und das ist gut.

Betrachtet man die Entwicklung der Personalzahlen – im Verhältnis zu den neuen Aufgaben, die auf alle Polizeien zukommen – dann müssen wir wohl nicht vor zu viel Personal Angst haben. Mich beschäftigt, wie wir mit der Tatsache umgehen, dass eigentlich zu wenige Leute so viele neue Aufgaben im täglichen Dienst bewältigen müssen. Es bringt nichts, Trübsal zu blasen. Das macht Polizei auch nicht, Polizei meckert schon mal, macht dann aber den Job. Wir machen fast immer Vieles möglich, das ist so etwas wie der Fluch der guten Tat.

„Grundannahmen die zur aktuellen Struktur geführt haben, sind objektiv betrachtet so nicht eingetreten.“

Mehr Arbeit für zu wenige Leute – Ist das auch Ihre Einschätzung?

Wir haben aktuell rund 400 Ausbildungsmöglichkeiten in der Polizeidirektion, etwa 350 Absolventen verlassen jährlich die HPol. Es kommen eben nicht alle an, zwischen zehn bis 20 Prozent scheinen auf der Strecke zu bleiben. Das heißt die ruhestandbedingten Abgänge liegen in etwa gleichauf mit den Zugängen, eine schwarze Null also. Es wird demnach in drei Jahren nicht völlig anders aussehen als heute. Damit müssen wir umgehen. 2022 soll es insgesamt 8375 Stellen für die Polizei geben, ein weiterer Aufwuchs auf 8500 wurde beschlossen. Aus unterschiedlichen Gründen sind im Augenblick aber auch jetzt schon nicht alle Stellen besetzt.

Ein beschlossenes Plus im dreistelligen Bereich ist gut. Unser Fokus muss aber jetzt auf der Gewinnung von Fachkräften liegen. Diese zusätzlichen Stellen gilt es mit Köpfen zu besetzen. Personalstellen die wir haben, die aber nicht besetzt sind, nützen uns auch nichts. Wir müssen Leute finden und wir müssen sie begeistern. Die Lebensplanung der berühmten „Generation Z“ unterscheidet sich deutlich von unserer. 40 Dienstjahre und mehr bei einem Arbeitgeber sind für junge Menschen heute nicht unbedingt erstrebenswert. Das spüren wir bei externen Einstellungen. Frauen und Männer mit Spezialkenntnissen, gehen nach wenigen Jahren – nicht im Groll – aber sie gehen und wenden sich neuen Projekten zu. Andere bewerben sich und legen den Plan zu den Akten, wenn sie kurze Zeit keine Reaktion erfahren haben. Wir wiederum waren geduldiger und wohl auch anders geprägt, weshalb wir oft noch denken „Einmal Polizei, immer Polizei!“

Wir können bestimmte Tätigkeiten durchaus extern besetzen und Fachkräfte voll ausgebildet vom Arbeitsmarkt holen. Die Polizeiausbildung in Brandenburg ist eine gute, sie ist aber auch – zu Recht – eine lange. Es ist gut, dass wir einen Paradigmenwechsel hin zu wieder mehr Polizei verzeichnen, aber es wird Zeit brauchen bis er sich vollumfänglich durchschlägt.

„40 Dienstjahre bei einem Arbeitgeber sind für junge Menschen heute nicht unbedingt erstrebenswert.“

Was ist aus heutiger Sicht, die größte Herausforderung für die Polizei Brandenburg?

Da gibt es Einige. Die wohl größte Herausforderung birgt aus meiner Sicht das Themenfeld Digitalisierung und das ist groß.

Wie gehen wir mit der Masse an digitalen Beweismitteln um? Gelernt haben wir noch: Wenn man einen Leitz-Ordner beschlagnahmt, dann weiß man danach, was drinsteht. Heute haben wir einige tausend digitale „Leitz-Ordner“ bei jeder Durchsuchung und hoffen über die richtigen Suchläufe zumindest einige wesentlich Inhalte zu erfassen. Der Anspruch, alles zu kennen und zu können, ist wohl schlicht nicht mehr zu halten. Wir müssen darüber nachdenken, was wir extern abarbeiten lassen können. Müssen wir wirklich alles selber machen?

„Der Anspruch, alles zu kennen und zu können, ist wohl schlicht nicht mehr zu halten.“

Das ist eine Seite der Digitalisierung, eine andere ist zum Beispiel der modus operandi von Tätern. Wie stellen wir uns auf und welche Angriffsflächen bieten wir wiederum, wenn wir uns gut aufstellen? Ein Beispiel: Gute Fahrzeuge. Polizei braucht moderne und leistungsfähige Autos. Wenn wir hier auf der Höhe der Zeit sein wollen, sind wir schon beim Thema automotiv IT. IT-bedingte Vorteile können durchaus auch Nachteile sein. Ein IT-gestütztes Fahrzeug hält die Spur, Sie können systembedingt gar nicht so ohne Weiteres eine Rettungsgasse bilden oder durch eine hindurchfahren. Ein plakatives Beispiel, aber darüber mussten wir uns früher keine Gedanken machen. Digitalisierung weist eine Komplexität auf, die uns in unserem Regelungsdenken an die Grenzen bringt. IT lebt eben davon, bestimmte Grenzen nicht zu haben. Und wir wollen genau diese Grenzen. Wir wollen Sachen, die nur wir benutzen können, es

soll kein anderer Zugriff haben. Dann soll es in unsere IT-Landschaft passen, zu unseren Bedingungen und das Ganze soll auch bezahlbar sein. Ich denke das ist eine nicht ganz einfache Kombination.

Wichtig ist auch, wie statten wir unsere Leute aus? Wie halten wir mit, wenn es darum geht, dienstlich Dinge zu ermöglichen, die sich privat schon längst etabliert haben. Zum Beispiel Messenger.

Auch „Frauen in Führung“ liegt mir als wichtiges Thema am Herzen. Das ist – im Vergleich zum großen Thema Digitalisierung – zumindest etwas, was wir eher selbst in der Hand haben. Aber auch hier gibt es keine kurzen, schnellen Schritte, weil es eben nicht die eine Ursache dafür gibt, dass wir – gemessen an der Beschäftigtenzahl – nur sehr wenige Frauen in Führungsverantwortung haben.

„... gemessen an der Beschäftigtenzahl – sind nur sehr wenige Frauen in Führungsverantwortung“

Letzter großer Punkt ist die angemessene Ausstattung unserer Kolleginnen und Kollegen, die auf der Straße Dienst tun. Ganz besonders, wenn es um ihre Sicherheit geht. Hier gab es einen großen Schub, leider im Zuge der sich als notwendig erwiesenen Terrorbekämpfungsszenarien. Darauf können wir aber nicht ewig setzen. Deshalb glaube ich, dass das Erproben von neuen Einsatzmitteln wie dem Distanzelektroimpulsgerät, also dem sogenannten „Taser“, Sinn macht, weil es eine echte Lücke schließt. Ich will die Ergebnisse des Probelaufes nicht vorwegnehmen, aber es scheint so zu sein, dass die positiven Erwartungen erfüllt werden können.

Sie sehen, Herausforderungen gibt es viele. Der Fokus muss darauf liegen, wie wir uns möglichst gut im Spannungsfeld zwischen Personalbedarf, finanziellen Möglichkeiten und immer neuen Aufgaben aufstellen.

Vision 2032: Wie sieht die Polizei Brandenburg in 10 Jahren aus?

Polizei in zehn Jahren ist hoffentlich selbstverständlich und entspannt im Umgang mit digitaler Technik in jedem Sinne. Personell angemessen ausgestattet und das nicht nur eindimensional. Ich wünsche uns, dass wir nicht nur die Stellen bekommen, die wir brauchen, sondern auch die passenden Menschen dazu finden. Ich wünsche uns eine Polizei die sich in einem guten Maß an die Herausforderungen der Gesellschaft angepasst hat und mit Veränderungen mithalten kann.

Wir dürfen Sachen, die andere nicht dürfen und müssen deshalb auch Kritik aushalten. Ich hoffe es ist in zehn Jahren selbstverständlich, dass wir auf nicht gerechtfertigte Kritik mit einer guten Mischung aus professioneller Gelassenheit und Selbstbewusstsein reagieren. Uns eben nicht in den Bunker verkriechen und sagen „Der Vorwurf ist aber gemein, mit dem reden wir gar nicht“. Sondern sagen: „Wir werden dir erklären warum Dein Vorwurf falsch ist und wir werden dir auch erklären, warum es manchmal Bilder von Polizeiarbeit gibt, die isoliert nicht schön sind, die aber zum Beruf dazugehören“. Unser Beruf ist schwierig und wir lösen schwierige Situationen. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen dahin wo andere wegrennen. Das heißt, wir haben es mitunter mit Situationen zu tun, die schwer zu lösen sind. Wir handeln auf Basis von Recht und Gesetz und ich finde wir können mit breiter Brust und selbstbewusst erklären, was wir tun. Da sind wir heute schon auf dem richtigen Weg, können aber noch besser werden.

„Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gehen dahin wo andere wegrennen.“

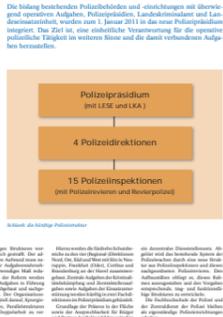
Das gilt im Übrigen auch für immer noch aufkommende Vorwürfe zu rechten Werthaltungen von Polizeiangehörigen. Bei tausenden von Polizistinnen und Polizisten wäre es unrealistisch zu glauben, dass es keine oder keinen mit Einstellungen gibt, die möglicherweise nicht mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung vereinbar sind. Ja es gibt diese Einzelfälle, sie kommen vor, aber wir haben sie im Blick und reagieren konsequent. Nur so können wir uns gegen einen ungerechtfertigten Generalverdacht zur Wehr setzen. Und das gilt es offen nach außen und innen zu kommunizieren. Auch das wünsche ich mir für die Zukunft.

Das Gespräch führte info110-Chefredakteurin Katrin Böhme.

Polzeireform nimmt Gestalt an

Die info110 wird die Reform „Polizei Brandenburg 2020“ umfassend und auch kritisch analysieren. Im Dezember hat der Landtag die Polizeistrukturreformgesetz beschlossen. Wir zeichnen die wichtigsten Punkte aus...

Polizei Brandenburg 2020: Die neue Struktur im Überblick



Schnittbild der Polizei Brandenburg 2020

Polzeireform: Entscheidung im Landtag

Am 10. Dezember 2010 hat der Landtag die Debatte zur Polizeireform abgeschlossen. Wir werfen einen ausführlichen Blick auf die kontroverse Debatte und die getroffenen Beschlüsse.



„Kritische Debatte hat dem Reformprozess sehr gut getan“

Innenminister Wölkke im Landtag zur Polizeireform. Die Debatte über die Reform war sehr lebhaft und hat den Prozess vorangetrieben.

Der Beschluss

Am 10. Dezember 2010 hat der Landtag die Reform der Polizeistrukturreformgesetz beschlossen. Das Besondere daran ist die Abstimmung über die Reform.

Reform nimmt Gestalt an

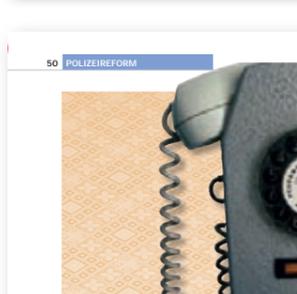
Am 1. Januar 2011 haben die Aufbauteams der Polizeipräsidien (APP) und die Aufbauteams der Polizeidirektionen (APD) ihre Arbeit aufgenommen.

An einem Tisch: Ministerium, Polizeiführer und Gewerkschaften. Die Zusammenarbeit ist entscheidend für den Erfolg der Reform.

Die Mitglieder der Lenkungsgruppe. Diese Gruppe koordiniert die Umsetzung der Reform.



Bereit: Unterwegs mit zwei Revierpolizisten. Seite 20



Besuchsum: Polizeistempel im Landtag. Seite 40



Altes Haus. Seite 110



Neues Polizeipräsidium nimmt Arbeit auf

Im September 2010 erhielten die Leiter der Behörden und Einrichtungen den Auftrag, alle erforderlichen Vorbereitungen für die Änderung der Aufbauorganisation zu planen...

„Wir sind eine kennzahlenorientierte Polizei geworden“

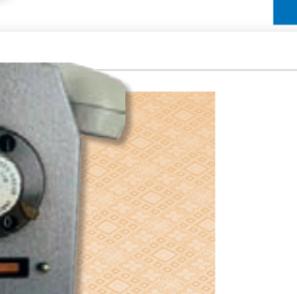
GDP-Landrat Andreas Schuster im info110-Gespräch über den Einsatz von Kennzahlen zur Leistungssteigerung.

„Entscheidungen sollten lieber schnell getroffen werden“. Ein Zitat von Arne Feuring über die Wichtigkeit von Entscheidungen.

„Wir sind eine kennzahlenorientierte Polizei geworden“. Ein weiteres Zitat von Arne Feuring über Kennzahlen.



Arbeitsgruppe: Besprechung der Aufbauteams. Seite 110



Arbeitsgruppe: Besprechung der Aufbauteams. Seite 110



Arbeitsgruppe: Besprechung der Aufbauteams. Seite 110



„Wir sind eine kennzahlenorientierte Polizei geworden“

GDP-Landrat Andreas Schuster im info110-Gespräch über den Einsatz von Kennzahlen zur Leistungssteigerung.

„Entscheidungen sollten lieber schnell getroffen werden“

Arne Feuring im info110-Gespräch über die Wichtigkeit von Entscheidungen.

„Wir sind eine kennzahlenorientierte Polizei geworden“. Ein weiteres Zitat von Arne Feuring über Kennzahlen.

„Wir sind eine kennzahlenorientierte Polizei geworden“. Ein weiteres Zitat von Arne Feuring über Kennzahlen.



Arbeitsgruppe: Besprechung der Aufbauteams. Seite 110



Arbeitsgruppe: Besprechung der Aufbauteams. Seite 110



Arbeitsgruppe: Besprechung der Aufbauteams. Seite 110



„Wir sind eine kennzahlenorientierte Polizei geworden“

GDP-Landrat Andreas Schuster im info110-Gespräch über den Einsatz von Kennzahlen zur Leistungssteigerung.

„Entscheidungen sollten lieber schnell getroffen werden“

Arne Feuring im info110-Gespräch über die Wichtigkeit von Entscheidungen.

„Wir sind eine kennzahlenorientierte Polizei geworden“. Ein weiteres Zitat von Arne Feuring über Kennzahlen.

„Wir sind eine kennzahlenorientierte Polizei geworden“. Ein weiteres Zitat von Arne Feuring über Kennzahlen.



Arbeitsgruppe: Besprechung der Aufbauteams. Seite 110



Arbeitsgruppe: Besprechung der Aufbauteams. Seite 110



Arbeitsgruppe: Besprechung der Aufbauteams. Seite 110



„Wir sind eine kennzahlenorientierte Polizei geworden“

GDP-Landrat Andreas Schuster im info110-Gespräch über den Einsatz von Kennzahlen zur Leistungssteigerung.

„Entscheidungen sollten lieber schnell getroffen werden“

Arne Feuring im info110-Gespräch über die Wichtigkeit von Entscheidungen.

„Wir sind eine kennzahlenorientierte Polizei geworden“. Ein weiteres Zitat von Arne Feuring über Kennzahlen.

„Wir sind eine kennzahlenorientierte Polizei geworden“. Ein weiteres Zitat von Arne Feuring über Kennzahlen.



Arbeitsgruppe: Besprechung der Aufbauteams. Seite 110



Arbeitsgruppe: Besprechung der Aufbauteams. Seite 110



Arbeitsgruppe: Besprechung der Aufbauteams. Seite 110



„Wir sind eine kennzahlenorientierte Polizei geworden“

GDP-Landrat Andreas Schuster im info110-Gespräch über den Einsatz von Kennzahlen zur Leistungssteigerung.

„Entscheidungen sollten lieber schnell getroffen werden“

Arne Feuring im info110-Gespräch über die Wichtigkeit von Entscheidungen.

„Wir sind eine kennzahlenorientierte Polizei geworden“. Ein weiteres Zitat von Arne Feuring über Kennzahlen.

„Wir sind eine kennzahlenorientierte Polizei geworden“. Ein weiteres Zitat von Arne Feuring über Kennzahlen.



Arbeitsgruppe: Besprechung der Aufbauteams. Seite 110



Arbeitsgruppe: Besprechung der Aufbauteams. Seite 110



Arbeitsgruppe: Besprechung der Aufbauteams. Seite 110



„Wir sind eine kennzahlenorientierte Polizei geworden“

GDP-Landrat Andreas Schuster im info110-Gespräch über den Einsatz von Kennzahlen zur Leistungssteigerung.

„Entscheidungen sollten lieber schnell getroffen werden“

Arne Feuring im info110-Gespräch über die Wichtigkeit von Entscheidungen.

„Wir sind eine kennzahlenorientierte Polizei geworden“. Ein weiteres Zitat von Arne Feuring über Kennzahlen.

„Wir sind eine kennzahlenorientierte Polizei geworden“. Ein weiteres Zitat von Arne Feuring über Kennzahlen.

RETRO

SPEKTIVE

10 JAHRE
POLIZEI-
PRÄSIDIUM

Von der Strukturreform zum Polizeipräsidium von heute

Seit inzwischen zehn Jahren besteht das Polizeipräsidium in seiner jetzigen Struktur. Anfang November 2011 erfolgte die Umsetzung der Strukturreform „Polizei Brandenburg 2020“, der bislang umfangreichsten Reform in der Geschichte der Polizei des Landes Brandenburg.

Die damaligen Regierungsparteien beschlossen für die 5. Legislaturperiode einen Abbau des Personals in der gesamten Landesverwaltung. Im Koalitionsvertrag legten sie dabei die so genannte Zielzahl von 40.000 Stellen im Jahr 2019 fest. In Folge dessen gab der damalige Innenminister Rainer Speer am 12. Februar 2010 die Personalzahl für das Jahr 2020 von insgesamt 7.000 Mitarbeitenden für die Polizei des Landes Brandenburg bekannt. Insgesamt war eine Reduzierung um 1.873 Personalstellen bei der Polizei des Landes vorgesehen.

Zur Vorbereitung des vom Landtag beauftragten Konzeptes wurde unter Leitung von Staatssekretär a. D. Hartmut Bosch die „Kommission Brandenburg 2020“ gebildet, die bis Juli 2010 einen Bericht mit Vorschlägen für eine zukunftsfähige Struktur sowie Stellen- und Personalentwicklung der Polizei vorlegen sollte.

Einerseits waren für die Entscheidung die Analysen der Kommission und ihre Empfehlungen zur wesentlichen Straffung der Polizeiorganisation maßgeblich. Demnach war von einem demografischen Wandel auszugehen, welcher gerade in den berlinfernen Regionen zu erwarten

war. Des Weiteren wurde prognostiziert, dass die Kriminalität bis zum Jahr 2030 um zehn Prozent rückläufig ist.

Andererseits stand das Land vor anhaltenden Veränderungen finanzieller Rahmenbedingungen, die auch durch das Auslaufen des Solidarpaktes II im Jahr 2019 geprägt waren. Diesen Rahmenbedingungen galt es Rechnung zu tragen.

Die am 7. Juli 2010 veröffentlichten Vorschläge der „Bosch-Kommission“ stellten den Arbeitsgegenstand, die Ausgangslage sowie die Ziele und Grundsätze für eine Weiterentwicklung der Polizeistruktur dar. Trotz einer Personaleinsparung von ca. 21 %, bei einer vorgeschlagenen Straffung von Strukturen, sollte noch eine flächendeckende und qualifizierte polizeiliche Aufgabenerfüllung möglich sein.

Schließlich wurde am 20. Dezember 2010 das Gesetz zur Polizeistrukturreform „Polizei 2020“ des Landes Brandenburg veröffentlicht. Im Ergebnis wurden bereits am 1. Januar 2011 die Polizeipräsidien Frankfurt (Oder) und Potsdam, das Landeskriminalamt und die Landeseinsatzeinheit der Polizei zusammengeführt und infolgedessen ein Polizeipräsidium als Landesbe-

hörde errichtet. Als Sitz des neuen Polizeipräsidioms wurde Potsdam Eiche bestimmt. Die Liegenschaften der gebildeten Behörde waren an die neue Struktur und den künftigen Personalkörper anzupassen. Das heutige Polizeipräsidium war „geboren“.

Im neuen Polizeipräsidium wurden die vier Polizeidirektionen Nord, Ost, Süd und West – als vorläufige Struktur – in der mittleren Integrationsebene geschaffen. Darüber hinaus wurden die Fachdirektion Landeskriminalamt und Fachdirektion Besondere Dienste gebildet. Die ehemaligen Schutzbereiche – die heutigen Polizeiinspektionen – blieben zunächst bestehen.

Für die Erarbeitung von Vorschlägen zur Aufgabenwahrnehmung im Einzelnen und zur Binnenstruktur des Polizeipräsidioms sowie der nachgeordneten Dienststellen, wurde durch den Innenminister ein Aufbaustab für das Polizeipräsidium sowie ein Aufbaustab für die vier nachgeordneten Direktionen – Nord, Ost, Süd und West eingesetzt, die bereits ab dem 2. Januar 2011 die Arbeit aufnahmen.



Der damalige Innenminister Speer und Staatssekretär a.D. Bosch bei der Pressekonferenz zur Vorstellung des Berichtes der Kommission „Polizei Brandenburg 2020“. Der Bericht mit den wesentlichen Ergebnissen wird der Öffentlichkeit vorgestellt.



Innenminister Dietmar Woidke ernennt den Polizeipräsidenten sowie die Direktionsleiter



Der Leiter des Aufbaustabes im Polizeipräsidium Arne Feuring übergibt an den Innenminister Dietmar Woidke den 1. Bericht „Vorschlag Binnenstruktur, Dienstposten und Standorte“ sowie das „Konzept zur Neuorganisation einschließlich der Stellenbesetzung/Personalzuordnung“



Polizeipräsident Rainer Kann, Innenminister Dietmar Woidke (hintere Reihe v.l.n.r.) sowie die Leiter der Aufbaustäbe Arne Feuring, Andreas Kaiser, Heike Wagner, Jörg Müller und Hans-Jürgen Willuda (vordere Reihe v.l.n.r.)

10 JAHRE
POLIZEI-
PRÄSIDIUM

Arne Feuring war als Polizeipräsident von Frankfurt (Oder) auch Leiter des Aufbaustabes für das neu zu gründende Polizeipräsidium. Anschließend wurde Arne Feuring der erste Polizeipräsident der neuen Behörde und führte diese bis zu seiner Ernennung zum Innenstaatssekretär am 05.11.2014.



Mit Umsetzung der Strukturreform leitete Hans-Jürgen Mörke den Behördenstab und war zugleich stellvertretender Polizeipräsident. Mörke war somit für den Aufbau des Präsidiums landesweit zuständig. Ab 2014 führte er die Behörde kommissarisch und wurde am 21.07.2015 zum Polizeipräsidenten ernannt. Am 31.12.2019 ging Hans-Jürgen Mörke in den Ruhestand.



Als langjähriger Landeskriminaldirektor – Leiter des Referates 45 im MIK wurde Roger Höppner am 01.12.2015 zum Leiter des Behördenstabes ernannt. Der heutige Polizeivizepräsident amtierte vom 01.01.2020 bis 30.04.2020.



Mit Wirkung zum 01.05.2020 wurde Oliver Stepien zum Polizeipräsidenten ernannt. Zuvor war er beim LKA Berlin der ständige Vertreter des Leiters des Landeskriminalamtes.



Noch im Dezember 2010 berief der Innenminister die Leiter in die Aufbaustäbe.

- **Polizeipräsidium:** Arne Feuring (damals Polizeipräsident des ehemaligen PP Frankfurt (Oder))
- **Direktion Nord:** Jörg Müller (damals Leiter Schutzbereich Oberhavel)
- **Direktion Ost:** Hans-Jürgen Wiluda (damals Leiter Schutzbereich Barnim)
- **Direktion Süd:** Andreas Kaiser (damals Leiter Kriminalpolizei im Schutzbereich Cottbus/Spree-Neiße)
- **Direktion West:** Heike Wagner (damals Referatsleiterin im Innenministerium).

Am 31. März 2011 erfolgte durch den Aufbaustab des Polizeipräsidiums die Übergabe des ersten Berichtes „Polizei Brandenburg 2020“ an den Innenminister. Weitere Berichte, wie die Vorlage eines „Konzeptes zur Umsetzung der Neuorganisation“ (Polizeipräsidium und Polizeidirektionen) und Vorlage des Berichtes „Konzept zur Liegenschaftsentwicklung“, folgten. Nach der Vorstellung der Ergebnisse in den verschiedenen Gremien und einer anschließenden Diskussion mit kommunalen Vertretern sowie den Personal- und Berufsvertretungen stimmte der Minister des Innern im Wesentlichen den vorliegenden Vorschlägen zur Neuorganisation der Polizei des Landes Brandenburg zu. In diesem Zusammenhang ergingen aus dem Innenministerium verschiedene Regelungen im Wege eines Erlasses, unter anderem am 30. Juni 2011, wonach im Polizeipräsidium Polizeidirektionen gebildet wurden. Die Umsetzung der eigentlichen Binnenstruktur des

Polizeipräsidiums unter Bildung der Polizeiinspektionen erfolgte per Organisationsverfügung zum 1. November 2011 im Polizeipräsidium. Die endgültige Herstellung der eigentlichen Struktur im Polizeipräsidium war damit vollzogen.

Beginnend im September 2014 bis Juli 2015 wurde die Polizeistrukturreform evaluiert. Dabei waren etwaige Umsetzungsdefizite bzw. mögliche Schwachstellen aufzudecken, zu analysieren und Vorschläge zur Optimierung zu unterbreiten. Es wurde während der Evaluierung festgestellt, dass sich die Struktur

zwar grundsätzlich bewährt hat. Parallel wurde deutlich, dass die der Strukturreform zu Grunde liegenden Prognosen in großen Teilen nicht eintraten und daraus ein Stopp des angestrebten Personalabbaus dringend erforderlich wurde. Gegenüber dem einstigen Stellen Soll wurde ein Mehrbedarf von 1.216 Dienstposten als notwendig erkannt, so dass die Polizei des Landes Brandenburg zukünftig über ca. 8.200 Stellen verfügen sollte.

In der weiteren Folge wurden die Ergebnisse der Evaluierung der Strukturreform und den daraus resultierenden Aufgabenstellungen

bis September 2016 bearbeitet, diskutiert und deren Umsetzung durch den Polizeipräsidenten entschieden.

Nach der Landtagswahl in Brandenburg 2019 strebt die Landesregierung eine Erhöhung der Stellenausstattung bei der Polizei auf 8.500 Bedienstete an. Das Kabinett von Ministerpräsident Dr. Dietmar Woidke beschloss am 14. September 2021 den Haushaltsentwurf für das Jahr 2022. Demnach hält die Landesregierung an der Zielzahl von 8.500 Stellen für den Polizeibereich fest und möchte diese um weitere 61 neue Stellen ausbauen.

Nemitz/Schmidt

Das Polizeipräsidium des Landes Brandenburg am Standort in Potsdam Eiche



10 JAHRE
POLIZEI-
PRÄSIDIUM

MEK - »KLASSISCH« ODER DIE BAO »REMISE«

Als am Donnerstag, den 10. Februar 2011, um 08.11 Uhr über den Notruf im Einsatz- und Lagezentrum des Präsidiums der Anruf eingeht, dass gerade ein Mädchen entführt wird, läuft die Maschinerie der Polizei nicht nur sofort an, sondern im Haus der Spezialeinheiten/ Spezialkräfte sofort auf Hochtouren.

Eine Mutter verlässt mit ihrer 4-jährigen Tochter das Haus, um es in die Kita zu bringen. Ganz normaler Alltag in einer Familie. Plötzlich taucht eine unbekannte, maskierte Person auf, bedroht die Mutter mit einer Sichel und übergibt ihr einen Zettel. Gleichzeitig fordert er die Mutter auf, ins Haus zurück zu gehen. Das Kind wird entführt. Ein Alptraum für alle Eltern!

Für das Mobile Einsatzkommando, kurz MEK, eine „klassische“ Einsatzlage und Anspannung pur.

Im wachsenden Ort Kleinmachnow entwickelten sich nachfolgend Szenen, die durchaus Filmcharakter besitzen. Auf dem Zettel standen drei wesentliche Forderungen: Lösegeld, „keine Polizei, keine Presse“. Letztere waren schnell informiert.

Über den gesamten Tag gab es kein Lebenszeichen oder Anhaltspunkte zum Aufenthaltsort des 4-jährigen Kindes. In den frühen Abendstunden dann der erste direkte telefonische Kontakt des Täters zur Familie des Kindes. Im weiteren Verlauf gelang es dem MEK frühzeitig das ermittelte Tatfahrzeug zu lokalisieren und den Täter zu observieren. Gegen halb zehn abends, lässt der Täter das Kind frei und kann kurz darauf durch das MEK festgenommen werden.

Im Ergebnis konnte das 4-jährige Kind wohlbehalten und unverletzt nach Hause gebracht werden.

Und der Täter? Der „klassische“ Täter von damals, ist nicht mehr der Täter von heute.

Denn dieser stellt seine Forderungen in „Bitcoin“ und kommuniziert über digitale Plattformen.



Berichterstattung zum Entführungsfall im Berliner Kurier und der Märkischen Allgemeinen Zeitung



Üben für den Ernstfall – Spezialeinheiten bei einem Training

Spezialeinheiten und Spezialkräfte im Wandel der Zeit

▶ 2011

Nichts ist beständiger als der Wandel. Jeder Tag ist ein neuer Anfang. Dieser Weisheit folgend, gestalten sich die täglichen Herausforderungen an die Arbeit der einzelnen Bereiche in der Abteilung Spezialeinheiten/Spezialkräfte der Direktion Besondere Dienste.



In der Mitte des letzten Jahrzehnts erschütterte eine Reihe von religiös geprägten Anschlägen Europa.

Paris 2015, Nizza, Brüssel oder der Berliner Breitscheidplatz 2016, Stockholm, Barcelona und London 2017, Straßburg 2018 oder Wien 2020 sind in Erinnerung geblieben.

Aber auch die BAO „Imker“ 2012, die BAO „Quer“ 2017, der Tag der Deutschen Einheit 2020 in Potsdam, Tötungsdelikte wie z. B. in Werder/Havel im Jahr 2019 oder die Ermittlungen um das Restaurant „Fratelli“ in Frankfurt/O erforderten die volle Konzentration aller verfügbaren Kräfte und Ressourcen unserer Abteilung. Resultierend aus den vielfältigen beschriebenen Anforderungen heißt und hieß es, die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen und sich personell, materiell und strukturell immer wieder zu hinterfragen und neu auszurichten. Dieser Prozess kann und darf nie als abgeschlossen betrachtet werden.

In Auswertung der beschriebenen Anforderungen wurden die Personalstärken insbesondere in den Bereichen SEK und MEK erhöht. Dazu bedarf es umfangreicher Wer-

be-, Vorbereitungs- und Auswahlverfahren. Interessenten werden von der Sichtung an der Hochschule der Polizei bis zu Ihrer Einstellung in der Abteilung begleitet. Dieser Prozess ist bis zum heutigen Tag nicht abgeschlossen und wird auch zukünftig präsent bleiben.

Die Präsenzzeit der Kräfte, insbesondere des SEK in der Dienststelle, wurde den Anforderungen und Möglichkeiten entsprechend angepasst.

Durch die Terrorismusphänomenologie wurde eine Verbesserung insbesondere in den Bereichen Ausrüstung bzw. Fortbildung notwendig. Stichworte wie HMV (High Mobility Vehicle), Drohnen, ATV (All Terrain Vehicle), G36, ballistische Schutzhelme, Schutzausrüstung und Bekleidung standen hier im Vordergrund.

Die Qualifizierung von Einsatzsanitätern SE für weitreichende invasive Maßnahmen in der taktischen Notfallmedizin ist erfolgt und sei an dieser Stelle als ein Beispiel genannt. Eine zunehmende Synchronisation von taktischen und technischen Einsatzkomponenten durch effizientere Verbundarbeit auf Länder- und Bundesebene in zielgerichteten Arbeitsgruppen und themenbezogenen Workshops wird angestrebt. Das Land Brandenburg ist dabei verantwortlich für Taktik „360° Urban“, AG Medic, AG bundeseinheitliche Standards.

Es wurden Vereinbarungen zur engeren Zusammenarbeit und gegenseitigen länderübergreifenden Einsatz- und Weiterbildungsunterstützung im Sikoop-Verbund, hier regelmäßige Übungen zu speziellen Themenkomplexen sowie zum Abgleich der Möglichkeiten der Anpassung gemeinsamer Bewältigung elementarer Einsätze getroffen.



► 2011





Robuste Ausrüstung für viele Einsatzlagen: Panzerwagen Survivor neben geländegängigem SE-Quad

Die Gratwanderung zwischen der klassisch verdeckten Arbeitsweise der Spezialeinheiten bei der Bekämpfung von Organisierter Kriminalität und der Erwartungshaltung an die Spezialeinheiten bei lebensbedrohlichen Einsatzlagen sofort zu reagieren, stellt neue Anforderungen an die Ausbildung, Ausrüstung und taktische Vorgehensweise der Beamten.

Die rasant voranschreitende Digitalisierung macht auch vor den Spezialeinheiten nicht Halt. Hier sei beispielhaft die Bestrebung der Autoindustrie zur Verwirklichung des autonomen Fahrens genannt. Dies stellt uns vor fortwährend neue Herausforderungen. Muss man und wie kann man neue technische Entwicklungen für die eigene Arbeit nutzen? Wie gelingt der Zugriff auf ein sich autonom bewegendes Fahrzeug oder welche Möglichkeiten der Detektion und Bekämpfung von Drohnen haben wir?



Durch die verbreitete Nutzung von Social Media, erfährt die OSINT (Open Source Intelligence) Recherche eine gravierende Aufwertung für die Informationsgewinnung bei der Einsatzvorbereitung und Einsatzdurchführung. Diese Aufzählung könnte in vielen Bereichen fortgesetzt werden.

Entscheidend für die erfolgreiche Bewältigung der Aufgaben in der Zukunft wird es sein, ob es uns gelingt, die Rahmenbedingungen zu schaffen, um mit den technischen Entwicklungen und persönlichen Anforderungen Schritt zu halten.

Informationssicherheit

GIB' MIR MAL DEIN PASSWORT ...

Es mag banal klingen, aber im Handumdrehen können schwerwiegende Sicherheitsvorfälle entstehen. Um genau das zu verhindern, bereits aufgetretene Vorfälle zu analysieren und Wege zu finden, die Kolleginnen und Kollegen zu sensibilisieren, gibt es den Bereich Informationssicherheit.

Der Bereich Informationssicherheit ist seit 2011 Bestandteil des Polizeipräsidiums und hat seither einen steinigen Weg zu beschreiten. Mit der voranschreitenden Digitalisierung der Gesellschaft erhöhen sich auch die Manipulations- und Angriffsmöglichkeiten für Cyberkriminelle. Das Ausnutzen von Schwachstellen in den IT-Systemen und das Verteilen von Schadsoftware oder Spam-E-Mails bringt ein hohes Gefährdungs- und Schadenspotential mit sich. Und das gilt es für den Informationssicherheitsbeauftragten im Polizeipräsidium zu verhindern. Kritische Nachfragen und Hinweise auf Schwachstellen gehören folglich zum Tagesgeschäft.

Heute besteht der BStB 2.4 Informationssicherheit aus dem Informationssicherheitsbeauftragten (IFSB) und drei Informationssicherheitsverantwortlichen (IFSV), welche sich mit dem Thema befassen. Unterstützt werden sie in den Direktionen und dem LKA durch Informationssicherheitskoordinatoren (IFSK), deren Hauptaufgabe darin besteht, die Beschäftigten für das Thema Informationssicherheit zu sensibilisieren und zu schulen.

Übrigens: Die Nutzung von privaten E-Mail-Konten ist zum Schutz (a) der Bediensteten vor unbewusstem und fahrlässigem Verrat von Dienstgeheimnissen und (b) der polizeilichen Infrastruktur sowie der durch die Polizei zu verarbeitenden Daten vor unberechtigter Einsichtnahme untersagt. Und durch ein „Blockieren“ bestimmter E-Mail-Anlagen werden die Risiken für das Polizeifachnetz 1, welche durch Schadsoftware in Anlagen entstehen können, minimiert.

Die Welt wird nicht bedroht von Menschen, die böse sind, sondern von denen, die das Böse zulassen
Albert Einstein



DAS LANDESPOLIZEI-ORCHESTER BRANDENBURG

Das Landespolizei-Orchester Brandenburg (LPO) hat sich gegenwärtig zu einem modernen, vielseitigen Unterhaltungssymphoniker entwickelt. Das Repertoire reicht von großen bläserinfonischen Originalwerken über Oper, Operette und Musical, bis hin zu Cross-Over-Projekten aus Pop, Rock und Jazz.

Das LPO leistet einen wesentlichen Beitrag zur Öffentlichkeitsarbeit der Polizei und des Landes Brandenburg. Es unterstützt die polizeiliche Präventionsarbeit, spielt bei öffentlichen Konzerten in den Konzerthäusern des Bundeslandes ebenso wie auf dienstlichen Veranstaltungen der Polizei, des Landesparlamentes und der Landesregierung. Auch Open-Air Veranstaltungen

oder Konzerte auf öffentlichen Plätzen sind für das beliebte und geschätzte Berufsorchester keine Fremdwörter.

Neben großen Originalwerken stehen Cross-Over-Projekte auf dem Spielplan, die dem Orchester eine Einzigartigkeit und besonderes Profil unter den deutschen Polizeiorchestern verleihen. So werden regelmäßig aktuelle Titel aus den Genres Pop, Rock, Jazz und Musical für das Orchester arrangiert oder Werke, wie das „Konzert für Rockband und Orchester“ von Deep Purple zur Aufführung gebracht. Dabei arbeitet das LPO auch mit speziellen Künstlern aus der einschlägigen Szene zusammen.

Seit 2011 unter der Dirigenschaft von Christian Köhler

Jährlich absolviert das über 40-köpfige Orchester inklusive seiner Kammermusikensembles unter der Leitung von Christian Köhler als eines der führenden Berufsblasorchester in der Bundesrepublik Deutschland weit über 200 Konzerte im Land Brandenburg und über seine Grenzen hinaus.

Seinen Sitz hat das LPO in Potsdam und versteht sich als eine Institution für alle Brandenburgerinnen und Brandenburger – gleich welchen Alters und unabhängig vom Wohnort. „Das Orchester für die Zukunft fit und für alle Brandenburgerinnen und Brandenburger, gleich jeden Alters, zugänglich zu machen“ ist das Motto aller Musizierenden des LPO.

GESCHICHTLICHES

1949

Gründung des Standortmusik-Korps der Volkspolizei in Potsdam

1958

Gründung des Standortmusik-Korps der Volkspolizei in Frankfurt (Oder)

1998

Gründung des Landespolizei-Orchesters Brandenburg durch die Fusion des Polizeiorchesters Potsdam und des Polizeiorchesters Frankfurt (Oder).

1999-2011

Kooperation zwischen dem Landespolizei-Orchester und der Universität Potsdam; Studenten dürfen das Orchester bei gemeinsamen Proben für Konzerte dirigieren.

Auftritte auf der EXPO 2000 in Hannover, im Silvester-Musikantenstadel des Österreichischen Fernsehens (ORF), auf dem internationalen Polizei-Musik-Festival der Schweizer Polizei in Zürich, Gastspiel auf der Plassenburg in Kulmbach, Konzertreisen nach Frankreich, Konzerte in der Landeshauptstadt Österreichs, im Nikolausaal Potsdam, im Schlosstheater Rheinsberg, Rundfunkproduktionen und Fernsehauftritte (ARD, ZDF und ORB/RBB)

Ein besonderer Höhepunkt der Orchesterarbeit war am 30.10.2012 die Aufführung der berühmten „Queen Symphony“ im Großen Saal der Berliner Philharmonie mit über 250 Mitwirkenden des Berliner Chorverbandes. 2014

spielte das LPO zur feierlichen Eröffnung des Neubaus des Landtags in Potsdam und wiederum die „Queen Symphony“ im Konzerthaus am Gendarmenmarkt. Im November 2017 führte es die Brandenburger Uraufführung der „Sinfonie der Lieder“ von Johan de Meij gemeinsam mit dem Kinderchor der Staatsoper Berlin auf. Zum 100-jährigen Jubiläum der Arbeiterwohlfahrt (AWO) konzertierte es 2019 wiederum im Großen Saal der Philharmonie Berlin. Jüngst hat sich das Ensemble als erstes Landespolizei-Orchester überhaupt an das Themenfeld „Cybercrime/ Cybermobbing/ Cybergrooming“ gewagt.

Eine besondere Herausforderung schulterte das LPO im Jahr 2020 in der Corona-Pandemie. Die Musikerinnen und Musiker gaben in den verschiedensten kleinen Ensembles knapp 250 Minikonzerte für besonders schutzbedürftige Menschen in Seniorenresidenzen, Pflegeheimen, Kinderheimen und in anderen caritativen Einrichtungen.

Ein Hauptaugenmerk liegt auf der Prävention. Mit „Emil und die Detektive“, speziell für das LPO komponiert, „Ohne Krimi geht die Mimi...“, einem Programm für Seniorinnen und Senioren, sowie einer Verzahnung mit dem Brandenburger Landesprogramm „Klasse Musik“ haben das Orchester im Bundesland neu positioniert.



10 JAHRE
POLIZEI-
PRÄSIDIUM

Geschwindigkeitsmesstechnik

VOM RADARGERÄT ZUM »SUPERBLITZER«



Nachdem die Umrüstung der automatisierten Geschwindigkeitsüberwachungstechnik auf digitale Messverfahren Ende 2012 vollzogen war, reformierte sich der Einsatzgedanke, weg vom reinen aufmerksamen Messbetrieb hin zur Einbindung einsatzbegleitender Hilfsmittel bei der Geschwindigkeitsüberwachung.

Zunächst wurden semistationäre Messkabinen erprobt, befürwortet und Ende 2012 mit der ersten Inbetriebnahme am Autobahndreieck Spreeau eingesetzt. Es folgten vier weitere Messkabinen, welche mit der Anschaffung des ersten Blitzanhängers (VET = Enforcement Trailer) im Jahre 2016 für die Polizeidirektion West komplimentiert wurde. Künftig werden acht VET für die Verkehrsüberwachungstrupps der Verkehrspolizei zur Verfügung stehen. Wo die Reise in der „rasanten digitalen Welt“ hingeht, bleibt spannend und offen.
SG Verkehrsangelegenheiten

▶ 2012

SONDER- ÜBERWACHUNGS- GRUPPE

Das Zitat des Philosophen Heraklit „Die einzige Konstante im Leben ist die Veränderung“ begegnet unseren „Asphaltcowboys“ entlang der Transportrouten des gewerblichen Personen- und Güterverkehrs jeden Tag. Ob EU, EWR, Drittstaaten, Richtlinien EU, Berufskraftfahrerqualifikationsgesetz, Manipulationen AdBlue, Fahrerkontrollgerät, Ladung, Sozialvorschriften, Gefahrgutvorschriften etc. – viele der damit verbundenen gesetzlichen und technischen Erneuerungen sind Begleiter des polizeilichen Alltags geworden. Früher kontrollierten wir Schaublätter, heute eher digitale und intelligente Fahrtenschreiber, zukünftig werden wir digital fernauslesen. Auch Manipulationen waren früher greifbarer. Heute werden über klitzekleine digitale Sensoren Veränderungen bei der Zufuhr von AdBlue oder den Aufzeichnungen der Fahrtenschreiber vorgenommen, was teilweise mit bloßem Auge nicht mehr erkennbar ist. KTS OBD Koffer (On-Board-Diagnose-Koffer Bosch KTS 900 Truck), DAKO-Key und andere technische Innovationen unterstützen die heutige Arbeitsweise der Kollegen der Sonderüberwachungsgruppe.
SG Verkehrsangelegenheiten



SüGru Kontrollfahrzeug (oben)
Fahrtenschreiber (li. oben)
OBD Koffer (darunter)



Adblue
Manipulation



DIE BRANDENBURGER POLIZEIHUBSCHRAUBER- STAFFEL

Plötzlich hatte der Hubschrauber dank seiner Leistungsdaten und Missionsausrüstung polizeilich und im Rahmen der Amtshilfe für andere Bedarfsträger wirksamer eingesetzt werden können. In den Folgejahren konnte die Polizeihubschrauberstaffel (PHuSt) mit der EC 135 mehr und mehr ihren gestiegenen Einsatzwert unter Beweis stellen

Fortschreitende Entwicklung der Sensor- und Beobachtungstechnik, aber besonders der einsatzbedingte Verschleiß der 2003 in Dienst gestellten Missionsausrüstung – schließlich ist der Hubschrauber eine „fliegende Unwucht“ – führte zur Ersatzbeschaffung der Sondertechnik im Jahre 2012.

Die neuen Systeme WesCam MX-15, deren drei Sensoren bereits über HD-Auflösung verfügten und ein neuer polizeitaktischer Arbeitsplatz

stellten einen weiteren Meilenstein der Einsatztechnik in Polizeihubschraubern dar. Ab diesem Zeitpunkt konnten nicht nur hochauflösende Video- und Wärmebilder erzeugt, bewertet, gespeichert und an die Leitstelle gesendet werden, sondern ergaben sich durch die Einführung eines Missionsrechners und die mobile Netzanbindung an das Landesverwaltungsnetz neue Möglichkeiten der Lagedarstellung und Daten-Weiterleitung.

Mit Hilfe der hochauflösenden Video- und Wärmebilder und neuen Touchscreen-Monitoren waren die Operatoren ab diesem Zeitpunkt in der Lage, aus größerer Flughöhe als zuvor auch deutlich kleinere und schwächere Wärmesignaturen zu detektieren, zu identifizieren und wenn notwendig mit den Tageslichtsensoren zu überprüfen. Das

machte sich sehr schnell in einer annähernden Verdoppelung der Such- und Fahndungserfolge bemerkbar.

Die erste große Bewährungsprobe für diese neue Technik war das Hochwasser der Elbe im Jahr 2013. Vom Bruch des Elbedeiches Anfang Juni bei Fischbeck bis zur Entspannung der Lage Ende Juni war die PHuSt Tag und Nacht im Einsatz.

Mit der maßgeblichen Verbesserung der Bildqualität wuchs auch das Interesse, diese höhere Qualität direkt in die Einsatzleitstellen zu übertragen. Als Folge dessen wurde eine Projektgruppe unter der fachlichen Führung des ZDPol ins Leben gerufen, die sich mit der Umrüstung und Erweiterung der vorhandenen bodenseitigen Empfangsanlagen auf HD-Standard beschäftigte.

Mit der umfangreichen Technik konnte die PHuSt sowohl im täglichen Dienst als auch bei der Bewältigung besonderer Lagen in zunehmendem Maße wirkungsvoll unterstützen, beispielsweise am 09. und 10. September des Jahres 2017 zum Festival „LollaPalooza“ in Hoppegarten, als Adebar Überwachungsaufnahmen lieferte und nach einem schweren Unwetter zeitge-



Am 3. Mai des Jahres 2003 wurden in Potsdam die beiden für das Land Brandenburg neu beschafften Hubschrauber EC 135 in Dienst gestellt. Die Einführung der EC 135 war in Sachen Polizeifliegerei in Brandenburg ein Meilenstein.

In 2017 und 2018 hatte sich die Brandenburger Polizei verstärkt mit dem Phänomen der Geldautomatensprengungen zu beschäftigen. Da die Zugriffe auf die Geldautomaten vorwiegend in den frühen Morgenstunden kurz vor dem Einsetzen des Berufsverkehrs zu verzeichnen waren, wurde auf Anregung der BAO „Geld“ in diesem Zeitraum das Schichtmodell der PHuSt von bisher 08:00-02:00 Uhr auf 10:00-06:00 Uhr verändert. Aufgrund der dabei gewonnenen Erfahrungen folgte die Übernahme des temporären Dienstschichtmodells in die Allgemeine Aufbauorganisation.

Die Jahre 2018 und 2019 sind uns wahrscheinlich allen noch durch die katastrophale Waldbrandsituation in Brandenburg in Erinnerung. Hierbei unterstützte die PHuSt die Bedarfsträger intensiv bei Tag und Nacht. Unsere Besatzungen wurden dabei unter anderem zur Brandaufklärung, Zuweisung von Brandherden an die Löschkräfte, Suche nach Brandstiftern und unbefugten Personen, Koordinierung und Korrektur von Abwurfpunkten für eingesetzte Löschhubschrauber bis hin zur Nachkontrolle von Brandherden und Dokumentation von Brandschäden eingesetzt.

Auch zur Suche nach dem Serienvergewaltiger in Berlin und in

nahen Brandenburger Gebieten war die PHuSt im Einsatz. So konnte der Brandenburger PHS am 14. Juli 2020 gemeinsam mit den eingesetzten Brandenburgischen und Berliner Bodenkraften zur Festnahme des Tatverdächtigen beitragen.

Seit September 2020 wird der Adebar neben seiner polizeilichen Verwendung auch zur intensiven Suche nach Schwarzwild in den von der Afrikanischen Schweinepest betroffenen Gebieten eingesetzt, um so die heimische Landwirtschaft zu unterstützen.

Den jüngsten Höhepunkt stellt die Unterstützung für Rheinland/Pfalz zur Bewältigung der Hochwasserkatastrophe dar.

Abschließend sei erwähnt, dass die PHuSt bemüht ist, ihre Leistungsfähigkeit weiter zu steigern, um die anfordernden Dienststellen und Institutionen bestmöglich zu unterstützen.

Die gestiegenen Anforderungen und die Attraktivität der polizeilichen Tätigkeiten in der PHuSt sind zweifellos für polizeiliche Bewerberinnen und Bewerber von Interesse. Da trifft es sich gut, dass die PHuSt regelmäßig nach Nachwuchs Ausschau hält.

Christian Lüdtko



DIE INTERNATIONALE LUFT- UND RAUMFAHRT-AUSSTELLUNG



Seit 2018 gehört auch die Abwehr von unbemannten Flugobjekten zum Einsatz

Sie ist die bedeutendste Fachmesse der Luft- und Raumfahrtindustrie in Deutschland und zählt neben dem Pariser Aero- salon und der Farnborough Air Show in England zu den großen und wichtigen Raumfahrt- messen der Welt.

Ihre Geschichte beginnt 1909 in Frankfurt am Main wo Luftschiffe, Ballone und Flugzeuge den Besuchern gezeigt wurden. Der Erste und der Zweite Weltkrieg setzten ihnen einstweilen ein Ende. 1955 erlangte die Bundesrepublik Deutschland mit den Pariser Verträgen fast die vollständige Souveränität einschließlich der Lufthoheit wieder und in den Folgejahren gab es wieder Luftfahrt- ausstellungen. Ab 1960 alle zwei Jahre und aus Platzproblemen kam sie von Hannover 1992 nach Berlin. Mit der deutschen Wiedervereinigung präsentierte sich die ILA 1992 mit neuem Konzept auf dem Südgelände des Flughafens Berlin-Schönefeld.

Hier präsentierte Spitzentechnologie aus allen Geschäftsfeldern der internationalen Luftfahrtindustrie wird auf 50.000 Quadratmetern

Hallen- und Chaletfläche, 100.000 Quadratmetern Freigeländefläche für die Präsentation der Fluggeräte sowie 100.000 Quadratmeter Zuschauer- und Logistikfläche, mit Flugschauen an den Publikumstagen für Fachbesucher und bis zu 250.000 anreisende Flugbegeisterte zur Schau gestellt.

Sie können sich in den verschiedensten Bereichen der Aerospace- Industrie über aktuelle Trends und Produkte informieren sowie Verträge und Verkäufe tätigen. Dazu gehören die Raumfahrt, Ausrüstung, Triebwerke, Werkstoffe, kommerzieller Luftverkehr, Hubschrauber sowie Verteidigung und Sicherheit.

Genau diese Dimensionen und die Brandbreite machten auch die Herausforderungen der Polizeiein- sätze in den Jahren 2012, 2014, 2016 und 2018 aus.



Im engen Zusammenwirken zwischen allen beteiligten Partnern wurden bereits geraume Zeit zuvor alle sicherheitsrelevanten Aspekte besprochen, vorgeplant und letzten Endes umgesetzt.

Vorbereitet auf Großschadensereignisse, denn Flugvorführungen, wenn auch von Profis ausgeführt, bürgen immer ein gewisses Risiko in sich. Am 31. Mai 1994 ereignete sich ein Zwischenfall, als eine französische Mirage 2000 beim Showprogramm einen ILS- Mast streifte. Der Pilot landete jedoch das beschädigte Flugzeug sicher.

Die verschiedensten Armeen der Welt stellten ihre Technik nicht nur aus, sondern führten ihre Fluggeräte auch vor. So durfte 2012 erstmal

nach der Ramstein-Katastrophe von 1988 eine militärische Verbands- kunstflugstaffel ohne Einschränkungen ihr Programm vorführen. Es war die türkische Nationalkunststaffel Turkish Stars. Dies rief Proteste von „Militarisierungsgegnern“ auf den Plan. Auf der einen Seite war das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit zu gewährleisten und auf der anderen Seite die Vermeidung von Störungen sowie Angriffen auf Militärtechnik.

In den weiteren Jahren rückte die Abwehr von möglichen Terroranschlägen in den Fokus des Einsatzgeschehens. Alle denkbaren Szenarien wurden in Erwägung gezogen, mit den verantwortlichen Partnern besprochen und die notwendigen

Maßnahmen in die Sicherheitsarchitektur eingearbeitet.

Eine weitere wichtige tragende Einsatzkomponente war die Regulierung der Verkehrsströme, damit An- und Abreise das Erlebnis von grandiosen Highlights nicht schmälern konnten.

Rückblickend konnten tausende Aussteller, Regierungsvertreter/ innen der verschiedensten Länder, Fachpublikum und hunderttausende Luftfahrtinteressierte Ausstellungs- jahre ohne Einschränkungen erleben.

Eine Einschränkung hatte es für den Mai 2000 gegeben. Wegen der COVID-19-Pandemie musste die ILA abgesagt werden.

Ines Filohn

Kampfflugzeug vom Typ F-35A Lightning II – 2018 als mögliches neues Einsatzmittel der Bundeswehr vorgestellt (li. oben)

Die Luftwaffe präsentiert ihr technisches Gerät auf der Freifläche (re. oben)

Der AWACS- Luftaufklärer der Bundeswehr am Boden, am Himmel die Boeing A350

Verbot der Vereinigung „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“

VEREINSVERBOTS-VERFAHREN



Die Arbeit in den Strukturen des neugebildeten Polizeipräsidiums hatte gerade vor ein paar Monaten begonnen, da kam im Frühjahr 2012 aus dem damaligen Innenministerium des Landes Brandenburg die Mitteilung, dass beabsichtigt wird, die Vereinigung „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ zu verbieten, deren Zielsetzung die Verbreitung nationalsozialistischer Ideologie mit der Konsequenz der Bekämpfung der demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland war.

Zunächst unterstützte das Polizeipräsidium das MI bei der Erstellung der Verbotsvorlage, wobei die Koordinierung im BStB 4 erfolgte und seitens des LKA Erkenntnisse zu Aktionen und Mitgliedern der Vereinigung gesammelt und zur Verfügung gestellt wurden.

Nach Vorliegen der Verbotsvorlage und des Adressatenkreises erging dann seitens des MI ein Vollzugsersuchen an das PP zum Vollzug des Vereinsverbots. Damit begann die arbeitsreiche Phase zur

Vorbereitung der erforderlichen Maßnahmen im LKA und dem BStB 4, wobei das LKA für die praktische Einsatzvorbereitung, wie z.B. Fertigung der Personendossiers, Objektaufklärung und Zusammenstellung der Durchsuchungsteams verantwortlich war. Im BStB 4 erfolgte die Erstellung der erforderlichen Unterlagen für den Vollzug des Vereinsverbots, was in der Form und Größenordnung für die Beteiligten Neuland war. Es waren für die Durchsuchung der Wohnräume und anderer Objekte der 27 Vereinsmitglieder bei den zuständigen Verwaltungsgerichten Anträge auf Erlass einer richterlichen Durchsuchungsanordnung zu stellen, was letztlich in allen Fällen erfolgreich war. Parallel waren die Sicherstellungsbescheide für die, bei den am Tag des Vollzugs des Vereinsverbots jeweils durchgeführten Durchsuchungen, sichergestellten Gegenstände vorzubereiten. Diese Dokumente wurden dann am Tag vor dem Vollzug des Vereinsverbots zusammen mit beglaubigten Kopien der Verbotsvorlage und den

BAO »KERZE«

Mit einer Vielzahl von Beamten war die Polizei im Juni 2012 gegen das Neonazi-Netzwerk „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ vorgegangen. Die Ermittler durchsuchten im Rahmen von Razzien 27 Wohnungen von 28 Vereinsmitgliedern um weitere Beweismittel für das Verbotsverfahren aufzufinden. Die Vereinigung wurde am 11.06.2012 durch den Brandenburgischen Innenminister verboten. Das Verbot wurde seitens des Bundesverwaltungsgerichtes 2014 bestätigt.

entsprechenden Empfangsbekanntnissen an die Durchsuchungsteams zur Übergabe an die Adressaten der Verbotsvorlage übergeben. Am 19.06.2012 konnte dann ab 06:00 Uhr der Vollzug des Vereinsverbots erfolgreich umgesetzt werden.

Im BStB 4 begann bald darauf der zweite Teil der Befassung mit dem Vereinsverbot, da die Adressaten, wenig überraschend, nicht mit den ergriffenen Maßnahmen einverstanden waren. Es wurden 21 Klagen gegen die Sicherstellungsbescheide bei den zuständigen Verwaltungsgerichten eingereicht. Weiterhin gingen beim OVG Berlin-Brandenburg acht Beschwerden gegen Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschlüsse ein. Die umfangreiche Bearbeitung dieser gerichtlichen Verfahren im Zusammenhang mit dem Vereinsverbot endete erst im Mai 2014. Auch gegen das Vereinsverbot selbst wurde natürlich vorgegangen und Klage gegen die Verbotsvorlage beim OVG Berlin-Brandenburg eingereicht, welche jedoch letztlich erfolglos war.

Thomas Weber

BAO »IMKER« – DER MASKENMANN

Einer der spektakulärsten und schwierigsten Einsätze in den letzten zehn Jahren begann am Abend des 5. Oktober 2012.

Über den Notruf der Polizei teilte eine Frau mit, dass sie und ihr Ehemann nur wenige Minuten zuvor von einem Unbekannten überfallen und ihr Gatte entführt worden wäre. Unmittelbar nach Bekanntwerden der Entführung wurde dem Polizeipräsidium die Besondere Aufbauorganisation (BAO) „Imker“ aufgerufen. Der polizeiliche Einsatz firmierte in den Medien später unter dem Namen „Maskenmann-Fall“.

Ein maskierter Unbekannter hatte sich gewaltsam Zugang zum Haus verschafft und anschließend mit vorgehaltener Schusswaffe die Ehefrau dazu gezwungen, ihren Mann zu fesseln. Mit einem Schuss in die Zimmerdecke verdeutlichte er seine Forderung „Es geht um Geld. Keine Polizei!“ Anschließend verließ er mit dem gefesselten Mann

das Haus. Unmittelbar nach dem Notruf erfolgten die Erst- und Sofortmaßnahmen am Tatort. Im Haus wurden eine Patronenhülse und ein Projektil gefunden und sichergestellt. Die waffentechnische Untersuchung ergab später Zusammenhänge mit einer Bedrohung und einem versuchten Tötungsdelikt.

Es folgten zwei Tage intensiver Fahndung nach dem Entführungsoffer und dem Täter. Die Fahndungsmaßnahmen konzentrierten sich auf den Tatort, die Seenlandschaft um Storkow und Wendisch-Rietz sowie auf verlassene Liegenschaften, wie ehemalige NVA-Objekte und Kinderferienlager.

Am 7. Oktober 2012, ging um 7.03 Uhr – gute 33 Stunden nach



Suche nach dem Täter – im PP sind zeitweise bis zu 330 Polizistinnen und Polizisten pro Schicht im Einsatz. 230 Medienanfragen erreichen die Pressestelle.

Mit Fotos, Zeichnungen und den beim Opfer gefundenen Gegenständen wird nach dem Entführer gefahndet – öffentlich und intern




Kajak: so genanntes Sit-on-top, 4,15 Meter lang, 62 cm breit

Bei dem Kajak soll sich um ein älteres, eher seltenes Modell handeln. Ein daran befestigtes neues schwarzes Seil passt nicht zum Alter des Kajaks. Am Bug wurde Klebeband festgestellt, dass in Farbe und Abmessungen offensichtlich identisch mit dem bei der Entführung verwendeten Material ist.

Fall Pepper 2011:

Nach monatelanger erfolgloser Fahndung ergibt sich mit dem Geiseldrama eine neue Spur für die Polizei im Fall Pepper, der vor mehr als einem Jahr für Schlagzeilen sorgte. Nach einem Angriff auf die Ehefrau des Berliner Unternehmers im August 2011 hatte ein maskierter Mann im Oktober 2011 auf die Tochter geschossen. Ein Wachmann, der sie schützte, wurde von den Schüssen schwer verletzt. Trotz ausgesetzter Belohnung und zweifacher Fahndungsaufrufe in der ZDF-Sendung »Aktzeichen XY...ungelöst« fehlte bislang eine Spur zum Täter.

Beitrag erstellt: 10.10.2012 verfasst von: LWR (CF)

Übersicht zeigt Informationen:




Druckversion

Fachkomplex - Einsatz & Führung

Entführungsfall in Storkow: Hinweise, Kajak & "Aktzeichen X,Y"

(LWR/PP) Bei ihrer Suche nach dem Entführer eines Investment-Managers setzen die Ermittler auch auf die ZDF-Sendung »Aktzeichen XY...ungelöst«. In der heutigen Ausgabe (10.10., 20:15 Uhr) soll zu dem Fall berichtet werden.

Rund 200 Beamte suchten am Dienstag (09.10.) die Region um den Storkower See im Landkreis Oder-Spree ab. Bis Mittwochmittag sind 51 Hinweise bei der Polizei eingegangen. Um ein Lösegeld in Millionenhöhe zu erpressen, hatte der Kidnapper den 51-jährigen Berliner entführt, am Sonntag gelang ihm die Flucht.

Informationen des Polizeipräsidiums siehe Info-Box oben rechts

Fahndung:

Die Polizei fahndet nun mit Hochdruck nach dem Täter, der 35 bis 50 Jahre alt, 1,70 bis 1,85 Meter groß und sehr sportlich sein soll (= siehe Phantombild). Er wird als schlank bis kräftig beschrieben, ist offenbar Rechtshänder und kein ständiger Brillenträger. Er spricht akzentfreies Deutsch und ist vermutlich Nichtraucher, da er während der Entführung auf der Insel nicht rauchte. Er trug u. a. Tamsachen, Bekleidung aus dem Sport- und Outdoorbereich - zuletzt eine hellolivgrüne Softshell-Jacke und eine schwarze Hose mit angesetzten Gummischuhen. Sein Gesicht verdeckte er mit einem schwarzen, grobmäschigen Gesichtsmaske. Der Täter war maskiert (Sturmhaube, Imkerhut, Gaze) und trug Handschuhe aus Leder.

Erreichbarkeiten der Polizei für Hinweise:

- Bürgertelefon: 0700 - 33330331
- LZ: 0331 - 283 - 3115
- Per E-Mail: mordkommission-fo@web.de
- Anonyme Hinweise (AB): 0335 - 400 70 333

Die vom Täter im Fall Storkow getragenen Kleidungsstücke (v.l.n.r.): Gesichtsmaske, Handschuhe mit Außenhaut, Hose, Softshell-Jacke

Das bei der Tat verwendete Boot war am Sonntagabend im Schiff in der Nähe der Schiffsinsel in Wendisch Rietz entdeckt worden:

10.10.: Entführungsfall in Storkow bei "Aktzeichen X,Y"

Medien, 11.10.: 101 Hinweise, keine heiße Spur, Kritik

http://www.polbb.de/sixcms/detail.php?gsid=land_bb_polizei_intranet_01.c.1855745... 11.10.2012

der Entführung – der Notruf eines Bürgers ein. Er gab an, dass sich bei ihm eine völlig durchnässte männliche Person gemeldet habe, die sich nun bei ihm aufhalte. Es handelte sich um den Entführten, der nun ungefähre Angaben zu seinem Verwehrort und seiner Flucht machen konnte. Noch am gleichen Tag wurde der Ort, an dem der Täter sein Opfer gefangen hielt, gefunden und tatrelevante Gegenstände sichergestellt. Die polizeilichen Maßnahmen konzentrierten sich nun auf die Intensivierung der Ermittlungen, die Fahndung nach dem Täter und die weiterführenden Schutzmaßnahmen des Opfers und seiner Familie.

BAO »WAFFEL«



Ein Unternehmer aus dem Landkreis Potsdam-Mittelmark wurde im Januar 2012 mehrere Tage lang erpresst. Der Täter forderte eine größere Summe Bargeld und drohte bei Nichtzahlung mit der Erschießung eines Familienmitgliedes. Nach bereits vier Tagen gelang es der Polizei durch intensive Ermittlungsarbeit den Täter mit Unterstützung der Spezialeinheiten festzunehmen.

Pressekonferenz im Polizeipräsidium in Potsdam Eiche nach Festnahme des Entführers

Mit Bekanntwerden der Entführungslage und dem Freikommen des Opfers stieg das Medieninteresse sprunghaft an. Bis zum 13. Oktober 2012 gingen ca. 230 Medienanfragen ein. In Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft bat man schließlich die Bevölkerung um Mithilfe. Mit Fotos der aufgefundenen Gegenstände und einer Zeichnung des Täters suchten die Ermittler weiter nach Hinweisen. Die Fahndungsaufrufe liefen unter anderem in den Sendungen „Aktzeichen XY... ungelöst“, „Kripo Live“ und „Täter-Opfer-Polizei“.

Zur Bewältigung der Einsatzmaßnahmen waren pro Schicht zwischen 200 – 300 Einsatzkräfte im Dienst. Die Zahl der Kräfte wurde am 7. Oktober 2012, 10:00 Uhr auf über 330 Bedienstete erhöht. Einsatzkräfte aus Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Hamburg unterstützten. Ermittlungen ergaben einen möglichen militärischen Hintergrund des Täters, was wiederum zu einem intensiven Zusammenwirken mit der Bundeswehr führte. Der mutmaßliche Entführer konnte nach intensiven Ermittlungen und Observationsmaßnahmen im September 2013 durch Einsatzkräfte der Spezialeinheiten in Berlin festgenommen und im Juni 2015 nach mehr als einjähriger Verhandlung durch das Landgericht Frankfurt (Oder) zu einer langjährigen Haftstrafe rechtskräftig verurteilt werden.



10 JAHRE
POLIZEI-
PRÄSIDIUM



HOCHWASSER AN DER ELBE

Sandsäcke werden auf dem Gelände der Wittenberger Ölmühle befüllt (unten)

Der Ort Breese war stark vom Hochwasser in der Prignitz betroffen (großes Bild)



Im Juni 2013 trat die Elbe auch im Land Brandenburg über die Ufer. In der Prignitz rief der Landrat den Katastrophenalarm aus. 14 Tage lang bangten die Anwohner um ihr Hab und Gut und die Polizei war zum einen zum Eigentumsschutz und zur einsatzbegleitenden Öffentlichkeitsarbeit im Einsatz.

Am 05.06.2013 wurde im Polizeipräsidium Land Brandenburg die BAO „Hochwasser Sommer 2013“ eingerichtet. Der Schwerpunkt lag dabei dem Flusslauf und dem Scheitelpunkt der Elbwelle folgend in den Polizeidirektionen Süd und Nord. In enger Zusammenarbeit mit den originär zuständigen Kreisverwaltungen musste in den Landkreisen Prignitz und Elbe-Elster die Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung sowie der Schutz des Eigentumes realisiert werden. In beiden Landkreisen mussten Bewohner ihre Häuser verlassen und hoffen, dass die Deiche halten. In der meisten Zeit hieß das also sichern, bestreifen und warten.

In der Nacht zum 10.06. schafften es – nach direkter Anordnung des Innenministers – Polizeibeamte der Potsdamer Einsatzhundertschaft den nördlichen Zwischen-

deich zwischen Elbe und Havel zu sichern. Teilweise angeleint und bis zum Bauch im Wasser wurden auf dem Gebiet von Sachsen-Anhalt mithilfe der Technischen Einsatz Einheit der Besonderen Dienste u.a. Folien unter Wasser ausgelegt. Der Deich hielt in der Nacht, ein Abrutschen konnte verhindert werden. In der nächsten Nacht brach der Deich jedoch nahe Fischbeck (Sachsen-Anhalt) und überflutete das Hinterland. Die Prignitz blieb verschont.

Am Ende konnte am 14.06. die freiwillige Evakuierung in Wittenberge aufgehoben werden.

Für die PD Nord leisteten insgesamt 301 Bedienstete in insgesamt 995 Einsätzen ihren Dienst. Im Einsatzraum gab es derzeit einen Anfall von Eichenprozessions spinnern, 40 Einsatzkräfte waren davon betroffen.

Ariane Feierbach



Die Elbe droht über die Not-Deiche zu treten (oben)
Eine Straße trifft in der Ortschaft Breese steht unter Wasser (unten)

VERBOT VON ROCKERGRUPPIERUNGEN



Diverse Waffen wurden sichergestellt und Motorräder der Vereinsmitglieder beschlagnahmt

Die umfangreiche Bearbeitung im Zusammenhang mit dem Vereinsverbot der Vereinigung „Widerstandsbewegung in Südbrandenburg“ war erst im Mai 2014 zu Ende gegangen.

Kein Jahr später planten sowohl das BMI, als auch das MI des Landes Brandenburg jeweils das Verbot von Rockergruppierungen. So waren im BStB 4 im Frühjahr 2013 wieder die entsprechenden Durchsuchungsbeschlüsse bei den Verwaltungsgerichten zu beantragen und die weiteren Unterlagen vorzubereiten, diesmal parallel für zwei Verbotverfahren mit 33 bzw. 17 Adressaten. Entsprechend umfangreicher war der Arbeitsaufwand im BStB 4 vor und nach dem Vollzug der Vereinsverbotsverfahren, aber man wächst ja mit seinen Aufgaben... Die umfangreichen rechtlichen Auseinandersetzungen im Nachgang des Vollzugs der Vereinsverbotsverfahren sind teilweise bis heute nicht abgeschlossen.

Die Verbote selbst, wurden am 03.07.2013 erfolgreich vollzogen, wobei erstmals in Deutschland auch die Motorräder von Vereinsmitgliedern beschlagnahmt wurden, da sie als Vereinsvermögen im Sinne des Vereinsgesetzes anzusehen waren. Durch die Verwaltungsgerichte wurde diese rechtliche Bewertung bestätigt.

Thomas Weber

▶ 2013

EIN HOCHWASSER IM SOMMER

Angesichts der Hochwasserkatastrophe in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz in diesem Sommer kommen vereinzelt in Brandenburg Erinnerungen an das nahezu deutschlandweite Sommerhochwasser von 2013 auf.



Tägliche Übersicht der Vor-Ort-Termine im Lagezentrum der Polizei

Ein nasses Frühjahr und Dauerregen Ende Mai/Anfang Juni fiel auf die damals gesättigten Böden und ließen die aus dem Riesengebirge kommende Elbe und deren Zuflüsse rasch ansteigen. Weitere südlich von Magdeburg in die Elbe fließende und ebenfalls hochwasserführende Flüsse, wie Saale und Mulde führten zu zahlreichen neuen Pegelhöchstständen.

Am 05.06.2013 wurde im Polizeipräsidium Land Brandenburg die BAO „Hochwasser Sommer 2013“, u.a. auch mit dem Einsatzabschnitt (EA) Einsatzbegleitende Presse- und Öffentlichkeitsarbeit eingerichtet. Unsere Aufgabe im EA bestand grundsätzlich in der Kommunikation des jeweiligen polizeilichen Einsatzgeschehens, der Lage, der Maßnahmen, Entscheidungen und den Auswirkungen auf die Öffentlichkeit nach innen und außen. Das natürlich in enger Zusammenarbeit mit den originär zuständigen Kreisverwaltungen. Der Schwerpunkt lag dabei dem Flusslauf und dem Scheitelpunkt der Elbwelle folgend in den Polizeidirektionen Süd und Nord. Die Pressesprecher und

Pressesprecherinnen der Polizeidirektionen und z.T. durch Unterstützungskräfte der Fachhochschule der Polizei hatten mit großem Einsatz an Zeit und Kraft Medienvertreter betreut, Pressetermine der Kat-Stäbe und von Mitgliedern der Landesregierung realisiert und gleichzeitig umfangreiche interne Öffentlichkeitsarbeit geleistet. Dabei wurden auch Aufgaben der Landkreise in der Öffentlichkeitsarbeit wahrgenommen. Diese Arbeit wurde von Medienvertretern angenommen, intensiv genutzt und als hochprofessionell eingeschätzt. Die Arbeit in der Alltagsorganisation war dadurch stark eingeschränkt und eine weitere „polizeiliche“ Lage wäre nicht zu bewältigen gewesen, da diese den Abzug der Kräfte aus der Hochwasserlage zur Folge gehabt hätte. Auf der Ebene des Polizeipräsidiums oblag dem EA vorrangig die Koordination zur Unterstützung der örtlichen Einsatzabschnitte und die Begleitung der Arbeit des Führungsstabs bzw. der VIP's. Es wurden täglich Beiträge für das polizeiliche Intranet zur Arbeit im Führungsstab, zu Einsatzschwerpunkten bzw. speziellen Mitteln und Kräften gefertigt. Mit Jan Müller, dem damaligen Leiter des Sachbereiches 1.4., Wasserschutz im Polizeipräsidium leitete ein Polizeiführer mit besten Ortskenntnissen den Polizeieinsatz. Der gelernte Seemann kannte jede Schleuse, jeden Deich, jede Polderfläche und wusste wo die neuralgischen Punkte im Flusslauf waren.

Die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit sowie der Eigentumsschutz war ein weiterer wesentlicher Bestand-



teil des Einsatzes. Als am 05.06. Katastrophenalarm in Mühlberg ausgelöst und ca. 3.000 Einwohner aufgefordert waren ihre Wohnungen und Häuser zu verlassen, galt es deren Besitz zu schützen und aktiv zu kommunizieren, dass ihr Eigentum vor Plünderungen sicher war. Unter keinen Umständen durfte es geschehen, dass verlassene Häuser aufgebrochen und Bürger bei ihrer Rückkehr feststellten, dass Hab und Gut gestohlen worden war. Vor Ort galt es dann auch hochrangige Gäste aus der Politik zu begleiten. So besuchten am 06.06.

der damalige Ministerpräsident Matthias Platzeck, am 07.06. der damalige Innenminister des Landes Brandenburg Herr Dr. Dietmar Woidke und am 10.06.2013 die Bundeskanzlerin Frau Angela Merkel das Katastrophengebiet. Das lokale Medieninteresse war riesig, es war landesweit das nachrichtenbeherrschende Thema und so wurden die Politikerbesuche vor Ort immer von etlichen Medienvertretern begleitet. **Mario Heinemann**



Luftaufnahme der Ortschaft Havelberg (oben)
Deichbruch bei Fischbeck (li. Mitte)
Lage halten in Mühlberg (darunter)

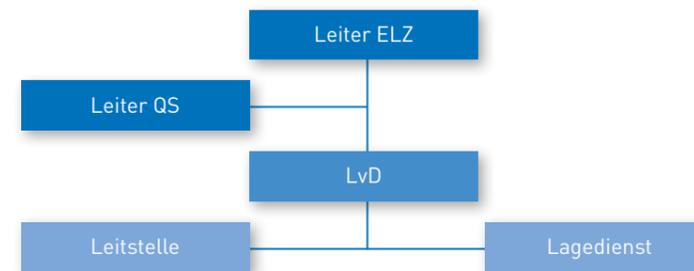


10 JAHRE
POLIZEI-
PRÄSIDIUM



AUS 2 MACH 1

Im Jahr 2014 gab es in Brandenburg noch zwei Leitstellen. Ergebnis der Planungen zur Strukturreform war die Zusammenlegung beider Einheiten an einem Standort in Potsdam. Das Einsatz- und Lagezentrum, kurz ELZ hat seither viele schwere Schritte gehen müssen. Personalsorgen, hohes Einsatzaufkommen, Neu- und Anbau, Ausstattungsmodernisierung auf höchstem Niveau... Es gibt viel zu erzählen, wer könnte dies besser, als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ELZ selbst.



Die Eurofunk-Leitstelle-Halle (Saale) war Vorbild für die Neugestaltung des ELZ in Potsdam (li.)
Foto: Andreas Lander

Für die Leitstelle wird angebaut, innen werden Kilometer neuer Kabel gezogen und Technik aufgebaut (unten)

Liebe Leserinnen, liebe Leser, die Zusammenlegung der Leitstellen war und ist eine spannende Geschichte. Aus dieser Entscheidung der Reform der „Polizei Brandenburg 2020“ erwachsen bis heute weitreichende Folgen und darüber möchte ich Euch berichten.

Ich könnte Euch von der Zusammenlegung der Standorte und Aufgaben des Lagedienstes am nunmehr einzigen Standort Potsdam erzählen. Davon, dass relativ schnell die Aufgaben gebündelt worden sind und seitdem noch eine Vielzahl weiterer Aufgaben hinzukamen. Wusstet Ihr eigentlich wie viele Strafanzeigen und Hinweise mittlerweile über die Internetwache eingehen? Glaubt mir, durch Corona wurden es nicht weniger. Und wusstet Ihr, dass jede dieser Anzeigen durch den Lagedienst gesichtet wird? Und wenn sich mal eine sofortige polizeiliche Intervention erforderlich macht, dann meldet dies der Lagedienst!

Ich könnte Euch von den unterschiedlichen Arbeitsweisen in den vorherigen zwei Leitstellen erzählen. Zum Beispiel die unterschiedliche Qualität der Funküberwachung. Insbesondere in früheren Zeiten des fehlenden Statusgebers bei den Bereitschaftspolizeien, war es für diese enorm schwierig einen Einsatzbearbeiter der damaligen Leitstelle Frankfurt (Oder) an den Funk zu bekommen. Da bedurfte es kreativer Beschwerdeformen, um sich Gehör bei den Einsatzarbeitern zu verschaffen. Ich erinnere mich mit großem Lächeln an so manche Funkgespräche, hier mein Liebling: „Meld’ dich, du Flattervieh, sonst wirst du gegrillt!“

Ich könnte an dieser Stelle von der Arbeitsbelastung in der Leitstelle erzählen. Davon, dass täglich ca. 1.000 Notrufe eingehen. Und immer davon auszugehen ist, dass sich hinter dem Klingeln ein Notfall verbirgt.

Ich könnte Euch davon erzählen, dass durch die Verdopplung der Anzahl der Einsatzbearbeiterinnen und Einsatzarbeiter die Räume der alten Leitstelle zu klein wurden. Und wie aufwendig die Planungen zum Erweiterungsbau waren, wie viel Zeit und Knowhow in technische und organisatorische Überlegungen zur Neugestaltung gesetzt worden sind. Und wie großartig die Zusammenarbeit mit dem ZDPol und dem Behördenstab 2 war. Und auch wie viele Neuerungen es für die Einsatzbearbeiter in den Inspektionen gab, als die dortigen Plätze als Kompensationsplätze ausgestattet worden sind. Ich könnte Euch sehr viel zum Thema Personal berichten. Wie Stellen für die ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Frankfurt(Oder) gefunden werden mussten.

Wie die Werbung für 50 neue Mitarbeitende für das neue ELZ sehr kreativ und auch mit Hilfe der Hochschule gestaltet wurde. Ich könnte berichten, was für tolle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wir in diesem ersten Moment für das ELZ gewinnen konnten. Einige sind zum Teil bis heute bei uns.

Anja Janke

▶ 2014



Fast 5.000 Notrufe in sechs Stunden

STÜRMISCHE ZEITEN

**Innenansicht
des Einsatz-
und Lage-
zentrums der
Polizei Bran-
denburg**

Es ist ein gewöhnlicher Donnerstag im Oktober 2017.

Die Tage werden zunehmend kürzer, die Bäume verlieren langsam ihre Blätter und die Temperaturen verlangen nach wärmerer Kleidung. Es liegt auf der Hand, dass der Herbst Einzug nehmen will und für den Nachmittag hatte der Wetterbericht den Einfluss eines Tiefdruckgebietes in Aussicht gestellt, was grundsätzlich nichts Ungewöhnliches für diese Jahreszeit ist.

Die Kollegen der Leitstelle versehen seit den frühen Morgenstunden ihren Tagdienst.

Die Einsatzlage entspricht einem normalen Wochentag und die anfallenden Arbeiten lassen sich routiniert erledigen. Noch sind es vier Stunden, dann ist Feierabend.

Es ist ca. 14:00 Uhr, als die ersten Anrufe aus dem westlichen Teil des Landes zu umgestürzten Bäumen eingehen. Es werden Einsätze eröffnet und die Regional-

leitstellen informiert. Noch scheint alles ganz normal.

Langsam wird in unseren Räumlichkeiten dunkler. Das Wetter scheint nun auch hier in Potsdam umzuschlagen. Der Wind frischt auf. Die Anrufeingänge zu witterungsbedingten Anlässen vermehren sich, doch noch haben die Kollegen die Lage unter Kontrolle.

Die Wetterfront zieht ostwärts. Unsere Anrufanlage signalisiert immer mehr Notrufeingänge, die aus technischer Sicht den Einlauf von 60 Anrufen gleichzeitig gewährleisten kann.

Doch plötzlich, von einem Moment auf den anderen, reichen diese Kapazitäten nicht mehr aus.

Unruhe in der Leitstelle, überall wird telefoniert. Ein Einsatz nach dem nächsten plopt als Witterungsgefahr auf. Die ersten Kollegen melden, dass sie die Regionalleitstellen nicht mehr erreichen können und nach und nach beginnen die Nebentelefone (Redundanzebene im technischen Stör- oder Überlaufscenario) der Einsatzleitstelle zu klingeln, das Signal, dass in diesem

Augenblick über 60 Notrufe gleichzeitig auflaufen. Solch ein Szenario hatte es in der neuen Leitstelle bisher nicht gegeben.

Ein Blick aus dem Fenster lässt erahnen, was sich gerade in unserer Region abspielt. Es scheint als hätten sich die Schleusen des Unheils geöffnet und trotz des extrem hohen Einsatzes aller Mitarbeiter in der Leitstelle gelingt es nicht mehr, den Arbeitsanfall zu bewältigen.

WIR BRAUCHTEN HILFE!

Vorhandene technische Gegebenheiten ermöglichen es, die Einsatzbearbeiter aller Polizeiinspektionen des Landes in die Notruf- und Einsatzbearbeitung einzu beziehen. Doch auch gemeinsam ist es unmöglich alle Notrufe zu bearbeiten, denn die Welle des erhöhten Notrufaufkommens ebbt nicht ab.

Und weiteren Schwierigkeiten sehen wir uns gegenüber.

Aufgrund von Stromausfällen funktionieren einige Funkumsetzer nicht mehr, sodass wir unsere Einsatzkräfte nicht mehr per Funk erreichen. Die Regionalleitstellen sind ebenfalls, aufgrund des hohen Notrufaufkommens in ihren Bereichen, nicht erreichbar. Ebenso können wir nur in wenigen Fällen erforderliche Kontakte zur Notfallleitstelle der Deutschen Bahn, zu Ansprechpartnern des ÖPNV, der Straßenmeistereien und andere für uns wichtige Behörden und Einrichtungen herstellen.

Gefühlt bricht die Telekommunikation zusammen.

Einhergehend begleitet uns die Angst um unsere Kollegen auf der Straße, die versuchen, die Einsätze draußen zu bewältigen, denn mittlerweile sind vier Todesopfer zu beklagen, die von umgestürzten Bäumen in ihren Fahrzeugen erschlagen wurden.

Noch eine Stunde bis zum Feierabend. Die ersten Anrufe der Kollegen der Nachtschicht gehen ein. Sie

Auswirkungen des Sturmtiefs Xavier im Land Brandenburg

Am 05.10.2017 zog über mehrere Stunden eine extreme Wetterfront in den Nachmittagsstunden über das Land Brandenburg hinweg, in dessen Folge es im gesamten Bundesland zu erheblichen Personen- und Sachschäden sowie unzähliger Verkehrsstörungen kam.

Zwischen 14:00 und 20:00 Uhr gingen im Einsatz- und Lagezentrum und den Polizeiinspektionen des Landes 4.749 Notrufe ein. Die Polizei des Landes Brandenburg bewältigte ca. 750 witterungsbedingte Einsätze. Durch umstürzende Bäume oder herabstürzende Äste starben vier Personen. Sieben Einsatzkräfte der Feuerwehr wurden im Rahmen der Räumarbeiten verletzt. Witterungsbedingt wurde von 16:16 Uhr bis 17:58 Uhr der Flugverkehr am Flughafen Schönefeld durch den Verkehrsleiter vom Dienst eingestellt. Ab 16:30 Uhr stellte die Deutsche Bahn AG den Fern- und S-Bahnverkehr in Berlin und Brandenburg ein.

hängen auf Landstraßen fest, vor und hinter ihnen knicken die Bäume um wie Streichhölzer. Es ist klar, sie werden erst später ihren Weg fortsetzen können. Alle Kollegen der Tagschicht sind sich einig. Die Kollegen der Nachtschicht sollen erst einmal bleiben wo sie sind, Hauptsache in Sicherheit.

Der letzte Kollege der Tagschicht wird nach 15 Stunden Dienst abgelöst.

Gegen 20 Uhr flaut der Notrufanfall langsam ab. Endlich Zeit durchzuatmen und wahrzunehmen, was hinter uns liegt. Erschöpft geht es in den Feierabend. Morgen ist ein neuer Tag, der wieder alles von unseren Kollegen abverlangen wird.

Silvia Nitschke



Noch im Bau: Luftaufnahme der Fläche des ELZ-Anbaus (mittig, unterhalb der blauen Container)

Fotos: ELZ/R.Linné



NACHTS ROLLEN DIE »GIGANTEN DER STRASSE« DURCH BRANDENBURG

Einer der eindrucksvollsten Transporte wurde im Frühjahr 2013 begleitet. Transportiert wurde ein Generator vom Kraftwerk Jänschwalde zum Kraftwerk Boxberg in Sachsen. Das Fahrzeuggespann hatte eine Gesamtlänge von 80 Meter, eine Breite von 5,40 Meter, eine Höhe von 4,50 Meter und ein Gesamtgewicht von 487,00 Tonnen.

Foto: Eigentümer ELZ

Notrufe

der vergangenen 10 Jahre

ca. **3.265.625**

Einsätze

der vergangenen 10 Jahre

ca. **3.265.625**

Internetwache

Anzeigen, Hinweise, etc. der vergangenen 10 Jahre

344.423

Liebe Leserinnen und Leser,

unser wunderbares Land Brandenburg ist von der landschaftlichen Schönheit unserer Wälder und Seen geprägt. Auch die gut ausgebaute Infrastruktur im Land mit dem Autobahn- und Straßennetz wird geschätzt. Als Mitarbeiter beim Einsatz- und Lagezentrum, Sachbereich Querschnittsaufgaben / Koordinierungsstelle für Groß- und Schwertransporte möchte ich einen kleinen Einblick in unsere Arbeit geben und über positive Veränderungen berichten.

Die polizeiliche Begleitung von Groß- und Schwertransporten (GST) hat auch die polizeiliche Arbeit in den letzten 10 Jahren geprägt. Hier sei zuerst die verantwortungsvolle Dienstverrichtung der Kolleginnen und Kollegen des Wach- und Wechseldienstes, der Verkehrsdienste und unserer zentralen Polizeileitstelle

erwähnt, die nachts vor Ort und an den Leitstellenplätzen in Potsdam eine sichere Fahrt der „Giganten“ gewährleisten.

Damit aber in den Transportnächten möglichst alles wie ein Uhrwerk läuft, sind im Vorfeld die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Koordinierungsstelle für GST da. Dies ist eine verantwortungsvolle Aufgabe, denn die eingehenden Anträge auf polizeiliche Begleitung müssen bewertet, zeitlich koordiniert und wenn erforderlich in einem kooperierenden Gespräch mit den Disponenten der Speditionen erörtert werden. Erst dann können Transporte in das Land Brandenburg einfahren und die Autobahnen auf der Nord/Süd-Achse u.a. zu den deutschen Seehäfen oder auf der Ost/West-Achse nach Ost- und Westeuropa befahren. Erwähnenswert sind auch Groß- und Schwertransporte die von Industriestandorten im Land Brandenburg abfahren bzw. als Zielorte angefahren werden.



Natürlich auch Transporte, die für die Errichtung von Windparks in unserm Land unterwegs sind, durch die zunehmende Nutzung von erneuerbaren Energien. Hier möchte ich erwähnen, dass zur Errichtung von nur einer Windkraftanlage ca. 12 Fahrten mit Groß- und Schwerlasttransporten erforderlich sind, die eine professionelle Transportbegleitung benötigen.

Mit Einführung der erforderlichen Verordnungen und Verwaltungsvorschriften konnte im Jahr 2016 im Land Brandenburg damit begonnen werden, die Polizei von den Aufgaben der Begleitung von Großraum- und Schwertransporten sukzessiv zu entlasten.

Dies ist durch den Einsatz von privaten Dienstleistern der Transportbegleitbranche erzielt worden. Hierbei handelt es sich um Verwaltungshelfer, die durch den Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg geschult, eingewiesen und ermächtigt werden. Der anschließende

Einsatz erfolgt außerhalb der Autobahnen auf festgelegten Fahrstrecken, die wiederkehrend befahren werden. Anfänglich erfolgte der Einsatz von Verwaltungshelfern nur zur Begleitung von Transporten zu Windparks. Zwischenzeitlich werden auch Transporte auf Streckenabschnitten von 6 Industriestandorten und 2 Binnenhäfen zu den nächstgelegenen Autobahnanschlussstellen begleitet.

Resultat dieser erfolgreich praktizierten Transportbegleitung durch Verwaltungshelfer ist eine erhebliche Entlastung der Polizei von nicht originären Aufgaben. Ferner ergeben sich transportlogistische Vorteile für Unternehmen.

Perspektivisch wird die Polizei aber auch weiterhin im Rahmen ihrer hoheitlichen Befugnisse und Aufgaben an Transportbegleitungen von Großraum- und Schwertransporten beteiligt sein.

Michael Burdenski

NATIONALES WAFFENREGISTER

Der Stabsbereich Recht (BSt. 4) des Polizeipräsidiums ist gekennzeichnet durch einen vielfältigen Aufgaben im Bereich der Rechtspflege, des Datenschutzes, des Beschwerdewesens und der Organisation.

Seit der Umsetzung der Polizeistrukturreform „Polizei Brandenburg 2020“ hat der Stabsbereich Recht – neben seinen originären Aufgaben – grundlegende Standards in der Rechtspflege gesetzt und zudem Gesetzgebungsverfahren des Ministeriums des Innern und für Kommunales aktiv unterstützt. Mehr zu den verschiedenen Aufgaben lesen Sie an vielen Stellen in dieser Ausgabe.

Einführung und Ausbau eines Nationalen Waffenregisters

In der EU-Waffenrichtlinie ist geregelt, dass spätestens bis Ende des Jahres 2014 ein computergestütztes zentral oder dezentral eingerichtetes Waffenregister eingeführt und stets auf aktuellem Stand gehalten wird. In diesem Waffenregister sind für mindestens 20 Jahre Typ, Modell, Fabrikat, Kaliber, Seriennummer von Waffen sowie Daten von Lieferanten und der Person, die die Waffe erwirbt oder besitzt, zu registrieren und zu

speichern. Der deutsche Gesetzgeber hat daraufhin geregelt, dass das Nationale Waffenregister bereits bis Ende des Jahres 2012 und damit zwei Jahre früher als vorgesehen zu errichten war. Mit dem damaligen Gesetz zur Errichtung eines Nationalen Waffenregisters (NWRG) sowie der Durchführungsverordnung zum NWRG (NWRG-DV) wurden die bereichsspezifischen gesetzlichen Grundlagen geschaffen.

Das NWR macht wesentliche Informationen zu erlaubnispflichtigen Schusswaffen in Deutschland zeitnah und zentral beim Bundesverwaltungsamt (BVA) in Köln als Registerbehörde verfügbar. Erlaubnispflichtige Schusswaffen sowie Daten von Erwerbern, Besitzern und Überlassern dieser Schusswaffen sind erstmalig bundesweit elektronisch in einem Register erfasst und auf aktuellem Stand. Ziel des Vorhabens war es, diese Kerninformationen der bislang in den rund 550 lokalen Waffenbehörden erfassten Informationen in ein einheitliches nationales computergestütztes System zu überführen. Diese Überführung

erfolgte in Gestalt der sogenannten Erstbefüllung des NWR mit nicht X-Waffe konformen Daten.

Hieraus resultierte die für die Waffenbehörde sowohl qualitativ als auch insbesondere quantitativ äußerst herausfordernde Aufgabe der NWR-Datenbereinigung auf den X-Waffe-Standard, die aufgrund gesetzlicher Vorgabe bis spätestens bis Ende des Jahres 2017 abgeschlossen werden musste. Diese Aufgabe schloss die brandenburgische Waffenbehörde zusammen mit Sachsen auf Platz 1 und damit mit einer „absoluten Spitzenposition unter den Ländern“ wie der damalige Herr Minister in seinem Dankschreiben vom 23.02.2018 an den damaligen Polizeipräsidenten feststellte, ab.

Das mittlerweile zum sogenannten NWR II ausgebauten NWR wird laufend fortentwickelt, um durch die ständige Verfügbarkeit aktueller Registerdaten für die Sicherheitsbehörden einen unmittelbaren Beitrag zur Erhöhung der Inneren Sicherheit in Deutschland zu leisten.

Das Polizeipräsidium ist die (zentrale) Waffenrechtsbehörde im Land Brandenburg. Sie verwaltet mit Hilfe des NWR ca. 47.500 Inhaber waffenrechtlicher Erlaubnisse und ca. 140.000 Waffen und Waffenteile.

Bernd Schulze-Kalthoff,
Thomas Weber

10 JAHRE POLIZEI-PRÄSIDIUM TAG DER DEUTSCHEN ZUKUNFT



Absperrungen in Neuruppin (li.)
Brandenburger Polizei im Einsatzraum (re.)

Mit dem 7. „Tag der deutschen Zukunft“ (TddZ) hatte am 06.05.2015 die PD Nord die bis dahin größte Einsatzlage zu bewältigen. Die „Freien Kräfte“ des rechtsextremistischen Spektrums hatten zu einer Versammlung aufgerufen, die sechs Gegenversammlungen aus den bürgerlichen Kreisen und auch links-extremistischer Gruppen nach sich zog. Es kam mehrfach zu Störungen, bei denen auch Polizeibeamte angegriffen wurden, 16 Polizeibeamte waren am Ende verletzt.

Angemeldet wurde die Versammlung durch ein polizeibekanntes Mitglied der NPD im Namen der Freien Kräfte Neuruppin/Osthaveland. Die Aktionsbündnisse Brandenburg und „Neuruppin bleibt bunt“ reagierten sofort und zogen mit Versammlungsanmeldungen nach. Der Einsatz wurde durch die

Polizeidirektion Nord unter Leitung von Bernd Halle geplant und durchgeführt. Die sonstige polizeiliche Lage im Bundesgebiet (G7/8-Gipfel in Bayern, Evangelischer Kirchentag in Stuttgart, Champions-League-Finale in Berlin) sorgte zunächst für Kummer bei den Kräftenmanagern. Am Ende konnten aber über 1.500 Polizeibeamte eingesetzt werden, darunter aus Niedersachsen, Hamburg, Bremen und der Bundespolizei. Die waren auch nötig, denn schon in der Voraufklärung wurde bekannt, dass mehrere hundert Personen des linken Spektrums (auch gewaltbereite) nach Neuruppin kommen würden.

Der Aufzug zum „Tag der deutschen Zukunft“ begann gegen 13.00 Uhr und musste mehrfach unterbrochen werden, da es zu Sitzblockaden gekommen war. Einer

alternativen Strecke folgten die 600 Personen nur teilweise.

Gegen 15.45 Uhr erklärte der Versammlungsleiter den Aufzug für beendet. Die Versammlungsteilnehmer wurden zum Bahnhof-West begleitet. Die bürgerlichen Versammlungen verliefen friedlich. Die teils aus Hamburg angereisten Teilnehmer des linken Spektrums allerdings störten nicht nur den Aufzug der „Freien Kräfte“, sondern gingen gezielt auf Polizeibeamte los. Mit Pyrotechnik, Flaschen und Steinen bewarfen die Schwarzvermummten die Beamten, 16 wurden dadurch verletzt. Der Wasserwerfer, Reizstoffsprüngeräte und Einsatzstöcke kamen zum Einsatz. 39 Ermittlungsverfahren, fünf Aufenthaltsverbote und zwölf Platzverweise sowie 30 Ingewahrsamnahmen folgten.

Christian Knospe

FESTNAHME DES MÖRDERS VON ELIAS UND MOHAMED

Aaron Hasse:

„Als ich 2009 meine polizeiliche Karriere begann, waren viele nun erlebte Einsätze für mich noch unvorstellbar. Oft habe ich meinen Dienst beendet und konnte nicht glauben, dass man sowas wirklich „live“ miterlebt hat. Die erheiternden Erfahrungen überwogen, trotzdem bleibt mir der Einsatz in Kaltenborn aus dem Jahre 2015 am meisten in Erinnerung: Der Einsatzbearbeiter der Polizeiinspektion Teltow-Fläming rief uns an und teilte mit, dass sich eine Frau auf den Fahndungsauftrag der Berliner Mordkommission gemeldet hatte und ihren Sohn als den möglichen Entführer des kleinen Mohamed wiedererkannt haben will. Ihr Sohn, Silvio S., war in diesem Moment noch mit seinem PKW unterwegs. Er sollte aber auf dem Weg nach Hause sein ...“



Am 08.07.2015 verschwand in Potsdam der damals 6-jährige Elias. Eine Stadt ist im Ausnahmezustand, tagelang suchen hunderte Freiwillige nach dem Jungen. Erst als die Berliner Polizei am 8.10.2015 Bilder einer Überwachungskamera veröffentlicht, die den vermissten 4-jährigen Mohamed mit einem mutmaßlichen Entführer zeigen, nimmt der Fall eine neue Wendung. Die Polizei untersucht nun auch Zusammenhänge zum Fall Elias. Am 29.10. – fast vier Monate ist Elias bereits verschwunden – erkennt eine Mutter ihren Sohn auf den Bildern der Überwachungskamera. Aus dem Verdacht wird Gewissheit. Der Entführer von Mohamed ist zugleich dessen Mörder, auch den Mord an Elias gesteht er. Am 18.11.15 wird Elias in Potsdam beigesetzt. Einblicke von Aaron Hasse, der die Geschehnisse um diese bedrückenden Taten vor Ort erlebte, und von Sven Mutschischk, der als Kriminaldirektor die SOKO „Schlaatz“ leitete, Suchmaßnahmen und Ermittlungen koordinierte, lesen Sie online (siehe QR-Code).



SOKO SCHLAATZ:

1400 HINWEISE GINGEN EIN

Sven Mutschischk:

„Wie wir heute wissen, wurde der sechsjährige Elias am 08.07.2015 durch den zum damaligen Zeitpunkt 32 Jahre alten Silvio S. entführt und später getötet. Der polizeiliche Einsatz, der nach der Vermisstenanzeige durch die Mutter, in mehreren Phasen aufgebaut und durchgeführt wurde, war einer der spannendsten und gleichzeitig der frustrierendste, den ich bisher geführt habe...“



10 Jahre Polizeidirektion West – noch mehr Themen gibt's hier:





Abstieg in den Brunnen-schacht, dem Fundort der menschlichen Knochen

ern. Und siehe da – von einem der Männer, dem damals 24-jährigen Maik P., endeten die Lebenszeichen im Sommer 2009. Über den Zahnstatus und einen DNA-Vergleich bestätigte sich dann die Identität recht schnell. Die ersten Ermittlungen ergaben, dass der Mann bis 2009 einen Sonderpostenmarkt in Neubrandenburg betrieb. Sein Lebensgefährte Meik E. war dort ebenfalls angestellt. Der Geschäftsführer verschwand von einem Tag auf den anderen aus der Wahrnehmung der Familie und der weiteren Angestellten, während Meik E. den Laden wie selbstverständlich weiterführte. Auf Nachfragen hatte er mehrere verschiedene Versionen zum Verbleib des Opfers parat, die insoweit überzeugend klangen, dass niemand sich veranlasst sah, die Polizei zu verständigen.



Immerhin hatten wir von da an einen roten Faden in der Hand! Doch wie gestaltet man Ermittlungen zu einer Tat, die bereits mehrere Jahre zurückliegt? Wie bekommt man bei vier ehemaligen Mitbewohnern des Opfers heraus, wer an der Tat tatsächlich beteiligt war und wer welchen Beitrag dabei geleistet hat? „Offene“ Ermittlungen kamen so nicht mehr in Frage. Ab jetzt galt es vielmehr, die Informationserhebung derart zu gestalten, dass die Tatverdächtigen unter keinen Umständen etwas davon mitbekamen.

Seit der Strukturreform 2011 verging kein Jahr, in dem sich nicht mindestens ein spektakulärer Fall ereignete und die Leistungsfähigkeit der Mordkommissionen einforderte.

Neben dem als „Maskenmann-Fall“ in die bundesdeutsche Kriminalgeschichte eingegangenen Verfahren blieb uns aber auch noch ein anderes Geschehen in Erinnerung, welches sich vielleicht nicht ganz so medial wiederfand wie der „Maskenmann“, sich trotzdem aber als spektakulär und kriminalistisch überaus knifflig und anspruchsvoll erwies.

Im Juni 2015 entdeckten Bewohner eines Grundstücks in Schöner-

mark unweit von Prenzlau bei der Entschlammung eines Brunnens in circa fünf Metern Tiefe Schädel- und Knochenfragmente, welche sich schnell als menschlichen Ursprungs herausstellten. Ein Unglücksfall kam eher nicht in Frage, waren die Überreste doch in eine Decke eingewickelt gewesen. Eine passende Vermisstenanzeige existierte auch nicht. Da hieß es kriminalistischen Spürsinn walten zu lassen!

Bei der langwierigen Recherche zu früheren Bewohnern des Grundstückes stießen wir auch auf eine Wohngemeinschaft von drei Geschwistern und deren Lebenspart-

Personell waren die Ermittlungen über diesen Zeitraum äußerst erschöpfend, doch glücklicherweise gestaltete sich die Zusammenarbeit mit der auf „Altfälle“ spezialisierten sog. 5. Mordkommission des LKA Brandenburg als völlig unkompliziert. Die Kolleginnen und Kollegen unterstützten uns nach Kräften. Ohne sie wäre das Verfahren wahrscheinlich gar nicht zu bewältigen gewesen. Ja, wenn es darauf ankommt, helfen keine schönen Reden, da zählen nur Taten!

Auch das Amtsgericht Neuruppin zog mit und erließ im Januar 2016 einen Durchsuchungsbeschluss für die Wohnungen aller vier möglichen Tatverdächtigen. Dieser Überraschungseffekt schlug voll ein und ließ die Männer zum Sprechen bringen. Ein Geständnis hatten wir damit noch nicht, aber endlich Aussagen, die sich überprüfen ließen. Wir konnten zweifelsfrei belegen, dass zur Tatzeit lediglich der Beschuldigte Meik E. noch mit dem Opfer in Schönermark wohnhaft gewesen war. Letztendlich war die Indizienlage so überzeugend, dass das AG Neuruppin einen Haftbefehl gegen Meik E. erließ, der dann im Januar 2017 vollstreckt wurde.

Kurz vor Weihnachten 2017 verkündete das Landgericht Neuruppin sein Urteil: 7 ½ Jahre Freiheitsstrafe wegen Totschlags. Der BGH hat die Revision der Verteidigung inzwischen zurückgewiesen, so dass das Urteil rechtskräftig ist.

Im Resümee bleibt festzuhalten, dass trotz aller Reformen der letzten Jahre die Polizei immer noch in der Lage ist, auch scheinbar unlösbare Fälle aufzuklären. Wenn denn alle mitziehen ... Danke an alle Mitstreiter, die nicht lockerließen und sich für die Aufklärung des Verbrechens so richtig reinhängen!

Jens Höwer, Mordkommission der PD Ost

GEPLANTE FLÜCHTLINGSUNTERKUNFT ANGEZÜNDET



Turnhallenruine: Schutt und Asche. Die Turnhalle in Nauen, zu Beginn der Flüchtlingskrise 2015 sollte sie zur vorübergehenden Unterbringung von Geflüchteten dienen. Eine Ermittlungsgruppe überführte letztlich die Täter der fremdenfeindlichen Brandstiftung

Mike Hofmann, damaliger Leiter des Dezernats Staatsschutz der Kriminalpolizei der Polizeidirektion West: „Als mich meine Mitarbeiter am Morgen des 25. August 2015 fragten „Hast du denn nicht im Radio gehört, die Sporthalle in Nauen ist heute Nacht abgebrannt?“, war mir bewusst, dass die nächsten Tage und Wochen eine ganz besondere Herausforderung werden. Es wurden sogar viele Monate daraus.“



10 Jahre Polizeidirektion West – noch mehr Themen gibt's hier:



Deutsch-polnische Polizeizusammenarbeit

GEMEINSAM STARK

Gemeinsame deutsch-polnische Polizeistreife



Ministerpräsident Dietmar Woidke und der Botschafter der Republik Polen in Deutschland, Herr Margański, auf der Grenztagung 2016



Gruppenbild der Grenztagung 2019



Polizeipräsident Mörke und der Woiwodschaftskommandant Łapiński aus Łódź nach Unterzeichnung der Zusammenarbeitsvereinbarung



Mit 264 Kilometern hat Brandenburg die längste Grenze der drei Grenz Bundesländer zur Republik Polen. Mit der Europastraße 30 verläuft eine der wichtigsten Verbindungen zwischen Westeuropa über Brandenburg und Polen bis nach Russland. Im Herzen Europas ist der deutsch-polnische Verflechtungsraum aber nicht nur Wirtschaftsbrücke, sondern auch Wohlstandsgrenze zwischen West und Ost.



Deutsch-polnisch Streifen – unterwegs mit Rad und Funkwagen



Dreharbeiten zum Polizeiruf 110 im GZ Świecko mit den beiden Hauptdarstellern (oben)



Mit dem blauen Robur-Bus des rbb auf dem Markt in Stubice (oben) Lagedienst des GZ Świecko (li.)

Insbesondere deutsche, polnische, litauische und ukrainische Straftäter agieren grenzüberschreitend, stehlen in einem, verbringen in ein zweites und setzen ihre illegal erworbenen Waren in einem dritten Land ab. Ohne enge Zusammenarbeit insbesondere mit den polnischen Sicherheitsbehörden wären ernsthafte polizeiliche Erfolge gegen diese Tätergruppierungen kaum denkbar.

Aber auch grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit ist kein Selbstläufer. Nicht nur die Sprachbarrieren und unterschiedliche Rechts- und Organisationsysteme, sondern insbesondere auch unterschiedliche Mentalitäten zwischen Deutschen und Polen stellen dabei eine enorme Herausforderung dar. Der Bereich BdpB versteht sich daher als Vermittler, Berater, Koordinator und Unterstützer zwischen Brandenburger und polnischen Sicherheitsbehörden, nicht nur zum Aufbau gut nachbarschaftlicher Beziehungen, sondern zur Entwicklung und zum Ausbau einer effektiven grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit.

Mit dem Polizeikooperationsvertrag von 2015 verfügt die Brandenburger Polizei über weitreichende rechtliche Möglichkeiten der grenzüberschreitenden polizeilichen Zusammenarbeit, die den europäischen Vergleich nicht zu scheuen brauchen. Neben bewährten Formen der Zusammenarbeit, wie dem grenzüberschreitenden Informationsaustausch, den gemeinsamen Streifen und Formen der grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung, bilden umfangreiche polizeiliche Befugnisse auf dem Hoheitsgebiet des Nachbarstaates, die Möglichkeit der gegenseitigen Unterstellung, die Einrichtung operativer Ermittlungsgruppen und gemeinsamer Dienststellen, die Erweiterung der grenzüberschreitenden Nacheile, der Ausbau verdeckter polizeilicher Maßnahmen und die Erweiterung des Informationsaustausches dabei wichtige Kernpunkte.

Ergänzt werden die Regelungen des Polizeikooperationsvertrags mit Vereinbarungen des Polizeipräsidenten mit den Woiwodschafskommandanten der Polizei in Gorzów Wlkp., Stettin, Łód und Radom,

dem Zentralen Ermittlungsbüro (CBSP), Partnerschaften mit dem polnischen Grenzschutz sowie dem Woiwodschafsinsektorat für Straßentransport in Gorzów Wlkp. Vereinbarungen zu Joint Investigation Teams, operativen Ermittlungs- und Koordinierungsgruppen zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Eigentums kriminalität runden den rechtlichen Rahmen ab.

Zur Unterstützung der gemeinsamen Streifen führt der Bereich BdpB dreimal jährlich mit Mitteln der Euroregion Pro Europa Viadrina Sprach- und Fachlehrgänge „Im Tandem gegen die Grenzkriminalität“ durch. 300 Beamte konnten dabei bisher geschult werden.

Feste Ansprechpartner zu haben, sich auszutauschen, sein Gegenüber persönlich zu kennen, sind

nicht nur wichtige Aspekte auf Sachbearbeiter-, sondern auch auf Führungsebene. Die seit 2010 durchgeführten Grenzkonferenzen zeugen von einer erfolgreichen Zusammenarbeit.

Unter der Schirmherrschaft des Botschafters der Republik Polen in Berlin werden die Grenzkonferenzen im engen Zusammenwirken des BdpB mit der KWP Gorzów Wlkp. mittels EU-Fördermittel jährlich in Polen organisiert und durchgeführt.

Das Gemeinsame Zentrum der deutsch-polnischen Polizei- und Zollzusammenarbeit in wiecko mit 25 polnischen und 40 deutschen Bediensteten von Bundespolizei, den Polizeien Mecklenburg-Vorpommerns, Sachsens und Brandenburgs, des deutschen Zolls, der Polizei, des Grenzschutzes und des Zolls der Republik Polen be-

arbeiten jährlich über 20.000 grenzüberschreitende Sachverhalte und koordinieren grenzüberschreitende Einsatzmaßnahmen, wie grenzüberschreitende Nacheile und GPS-Ortungen. Darüber hinaus ist das GZ wiecko seit 2015 Vorlage für den Brandenburger „Polizeiruf 110“ und das darin dargestellte deutsch-polnische Kommissariat.

Auch wenn unsere grenzüberschreitende Zusammenarbeit ein beachtliches Niveau erreicht hat, muss sich diese weiterentwickeln und auch neuen Herausforderungen stellen. Das Gemeinsame Polizeiteam Guben-Gubin als Weiterentwicklung der gemeinsamen Streifen, die Bereitstellung einer neuen Liegenschaft für das

GZ wiecko mit Anbindung eines Brandenburg-polnischen Justizbüros, ein gemeinsames Brandenburg-polnisches Ermittlungskommissariat, die Einrichtungen einer Auswerte-/Analyseeinheit im GZ, eines Sonderlageraumes zur Bewältigung grenzüberschreitenden Katastrophenlagen und einer Koordinierungsstelle für grenz- und behördenübergreifende Fortbildung sind dabei Schwerpunkte, um die Sicherheit der Bürger beiderseits der Grenze auch in Zukunft sicherstellen zu können.



EINSATZ- TRAINING WSP



Seit 2015 werden spezielle Seminare als Einsatztraining für die Bediensteten der Wasserschutzpolizei (WSP) durchgeführt.

In der Praxis unterscheiden sich sowohl die Tätigkeiten der WSP-Bediensteten als auch die Bedingungen im „Einsatzraum“ von denen des Wach- und Wechseldienstes. Es müssen spezifische Gefahren, die nur die WSP betreffen, im Rahmen der Einsatztaktik berücksichtigt werden. Dies sind u.a. die Gefahr des Ertrinkens, Agieren auf engem Raum oder die Fesselung und der Transport von Personen auf Dienstbooten.

MEHR RAUM FÜR EINSATZ- UND LAGE- ZENTRUM

In Folge der Entscheidung im Rahmen der Polizei- strukturreform 2011 waren die damaligen Einsatz- und Lagezentren in Potsdam und Frankfurt (Oder) am Standort Potsdam zusammenzuführen. Um den dadurch bestehenden erhöhten Bedarf an Leistungsfähigen, Umkleeflächen für die Beamten und zur Flächenoptimierung bedarfe es eine räumlichen qualitativen und quantitativen Mehrung der m² für das ELZ des Polizeipräsidium. Lösung waren der jetzige Anbau am Haus 18 mit Erweiterung, Leitstellentische, Sanitäräume und Umkleideräume für die Frauen, ein Aufenthalts-/Pausenraum mit Teeküche, der Lagedienst, ein Büro für den Bereich Querschnittsaufgaben und ein entsprechender Kryptoraum.

Die notwendigen Um- bzw. Erweiterungsbaumaßnahmen wurden im Jahr 2015 abgeschlossen. Die Bestands- und angebauten Räume des ganzen Bereichs ELZ Haus 18 wurden mit neuem Mobiliar und neuer Leitstellentechnik ausgestattet.



FLÜCHTLINGSLAGE - POLIZEI RICHTET STABSSTELLE EIN



Geflüchtete nach Grenz- übertritt

Auf Grund des 2015 bundesweit stetig angestiegenen Zustroms von Flüchtlingen in die BRD und der damit verbundenen Prognosen war davon auszugehen, dass die Asylthematik künftig polizeilich von hoher Relevanz sein wird. Um diese erhöhten polizeilichen Herausforderungen bei der Bewältigung der Asylproblematik zu koordinieren, wurde mit Wirkung vom 30.10.2015 im Polizeipräsidium eine Stabsstelle Asyl (BSTB 1.7) eingerichtet.

Die Stabsstelle Asyl war für die ganzheitliche, polizeilich relevante Betrachtung der Thematik „Flüchtlinge“ verantwortlich. Der Leiter dieser Stabsstelle war ständiger Vertreter des Landes Brandenburg in der BLPG „Zuwanderung“.

Nachdem im Land Brandenburg 2016 ein deutlicher Rückgang der Zuwanderungszahlen zu verzeichnen war, wurde die temporär eingerichtete Stabsstelle Asyl ab 01.07.2016 wieder aufgelöst. Die Aufgaben sind seitdem beim BSTB 1E-1.1 verortet. Neben polizeilichen Schutzmaßnahmen für Sammelstellen, Erstaufnahmeeinrichtungen und Asylbewerberheimen, war auch die polizeiliche Unterstützung im Zusammenhang mit Abschiebemaßnahmen der Zentralen Ausländerbehörde erforderlich.

Seit Dezember 2018 wurde dazu bei der DBD eine Koordinierungsstelle Rückführung (KoStRück) gebildet. Zur Unterstützung der Bundespolizei bei Rückführungsmaßnahmen per Luftfahrzeug werden durch die BPA des Landes Brandenburg auch eigene, speziell dafür ausgebildete Personenbegleiter Luft eingesetzt.

10 JAHRE
POLIZEI-
PRÄSIDIUM

IST DER INTERNATIONALE TERRORISMUS AUCH BEI UNS ANGEKOMMEN?



Taleban-
kämpfer in
Afghanistan

In den vergangenen Jahren musste auch die Polizei im Land Brandenburg eine steigende Zahl von Personen, welche als Gefährder sowie Relevante Personen des islamistischen Spektrums eingestuft und in der Folge mit entsprechenden gefahrenabwehrenden Maßnahmen belegt wurden, verzeichnen.

In der Folge kam es im März 2015 zur Einrichtung einer Ermittlungsgruppe (EG), welche unter Zuführung mit Kräften aus den Polizeidirektionen, der Direktion Besondere Dienste und dem LKA in die Besondere Aufbauorganisation (BAO) „Salafismus“ überführt wurde. Hier wurden sämtliche Terrorismusverfahren und der Großteil der polizeilichen Prüfverfahren mit Bezug zum Islamismus, welche hauptsächlich aus der be-

nannten Flüchtlingswelle resultierten, geführt. Darüber hinaus wurde die Bearbeitung von eingestuften Gefährdern und Relevanten Personen weiter in den Fokus gerückt.

Die Gefahr islamistisch motivierter Anschläge wurde mit schweren Angriffen in Frankreich allgegenwärtig. Unfassbar bleibt der 07.01.2015, als islamistische Attentäter mit Schnellfeuerwaffen in die Redaktionsräume des französischen Satiremagazins

„Charlie Hebdo“ in Paris eindringen, das Feuer eröffneten, im weiteren Verlauf zwölf Menschen (darunter einen Polizeibeamten) töteten und 20 Personen teils lebensgefährlich verletzten. Ebenso schockierend war die Anschlagsserie in Paris vom 13.11.2015, als am späten Abend nahezu zeitgleich drei Attentäter vor dem Fußballstadion Stade de France ihre Sprengstoffwesten zündeten. Kurz danach wurde durch weitere Personen mit automatischen Waffen und Sprengstoffwesten ein mit ca. 1.500 Besuchern ausverkauftes Rockkonzert in der Konzerthalle LA BATACLAN gestürmt. Parallel führen 3 andere Attentäter mit Sturmgewehren und Sprengwesten bewaffnet mit einem Pkw durch die Stadt und eröffneten hierbei wahllos das Feuer auf Passanten. Insgesamt kamen bei dieser Anschlagsserie 137 Menschen zu Tode und mehr als 350 Personen wurden teils schwer verletzt.

Spätestens mit dem Anschlag von Anis AMRI am 19.12.2016, als dieser einen LKW-Fahrer überwältigte, dann erschoss und mit dem Sattelschlepper in den Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz fuhr und neben mindestens 67 Verletzten insgesamt 12 Menschen starben, kam der islamistische Terrorismus auch in der Metropolregion Berlin-Brandenburg unmittelbar an.

لا إله إلا الله محمد رسول الله

In Reaktion auf diese Lageverschärfung wurde die BAO „Salafismus“ im Dezember 2016 im LKA Brandenburg in das neu eingerichtete Dezernat „LKA 340“ überführt. Dieses gliederte sich in das Kriminalkommissariat Ermittlungen und das Sachgebiet Auswertung Islamismus/PMMAK neu auf. Im gegründeten Dezernat werden seitdem sämtliche Ermittlungsverfahren gem. §§ 129 a, b (Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung) und § 89 a StGB (Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat) sowie darüber hinaus Vorgänge im Zusammenhang mit Terrorismusfinanzierung und Verstöße gegen das Völkerstrafrecht bearbeitet. Ebenso sind die präventivpolizeilichen Vorgänge mit erkennbarem Islamismus- bzw. Salafismusbezug dauerhafter Arbeitsgegenstand. Weiterhin ist die Bearbeitung der Gefährder und Relevanten Personen, insbesondere die Umsetzung der Standardmaßnahmen, seither weiter intensiviert und die sogenannte „Ein-Hand-Bearbeitung“, d. h. die zusätzliche Bearbeitung aller zu den Personen existierenden Ermittlungsverfahren jeglicher Art, implementiert. Damit einhergehend wurde der Fachbereich intern neu strukturiert, Qualitätsstandards eingeführt und die Mitarbeiter unter hohem persönlichen Engagement fortgebildet.

In dieser damals schon dynamischen Phase wurde eine Vielzahl relevanter Verfahren und Sachverhalte bearbeitet. Beispielhaft sei hier ein Bürgerhinweis aus August 2015 genannt, wonach ein russischer Staatsangehöriger mit nordkaukasischer Volkszugehörigkeit zeitnah die Bundesrepublik Deutschland verlassen wollte, um sich dem sog. Islamischen Staat (IS) in Syrien bzw. den Irak anzuschließen. Sofort eingeleitete Maßnahmen führten zur Feststellung und Festnahme der Person, welche sich bereits in einer bekannten, relevanten Moschee des salafistischen Spektrums in Berlin aufhielt. Die durchgeführte Mobiltelefonauswertung führte zur Feststellung entsprechender Kommunikation u. a. mit Personen, die sich bereits im Kampfgebiet befanden. Der Mann erkundigte sich nach den Gegebenheiten vor Ort, der Verpflegung, den Waffen und der Ausbildung, welche er erhalten sollte. Es wurde sich explizit über den geplanten Reiseweg ausgetauscht und man sollte meinen, dass die Beweise gegen die Person klar auf der Hand lagen. Doch im Zuge der Gerichtsverhandlung wurde er nach nur einem Verhandlungstag freigesprochen. Die Kammer konnte nicht mit der für die Verurteilung erforderlichen Sicherheit feststellen, dass es sich bereits um eine Vorbereitungshandlung zur Tat gem. § 89a StGB handelte. Die Enttäuschung

unter den eingesetzten Kollegen war riesig, da insbesondere die Auswertung der Handydaten Unmengen an Zeit kostete und letztlich die Auswertungsergebnisse aufgrund der Einschätzung des Gerichts nicht zugelassen wurden.

In einem weiteren Fall wurde der Polizei bekannt, dass ein 20-jähriger Syrer vermutlich gemeinsam mit einer „Schläferzelle“ einen Anschlag auf touristische Attraktionen in Berlin planen würde. Intensive Ermittlungen führten hier zur zeitnahen Festnahme der Person. Im Rahmen einer Vielzahl von Vernehmungen und der Auswertung mehrerer Datenträger wurde letztendlich bekannt, dass der Syrer, welcher in der Folge auch als Gefährder des islamistischen Spektrums eingestuft



Anschläge
9/11

▶ 2016

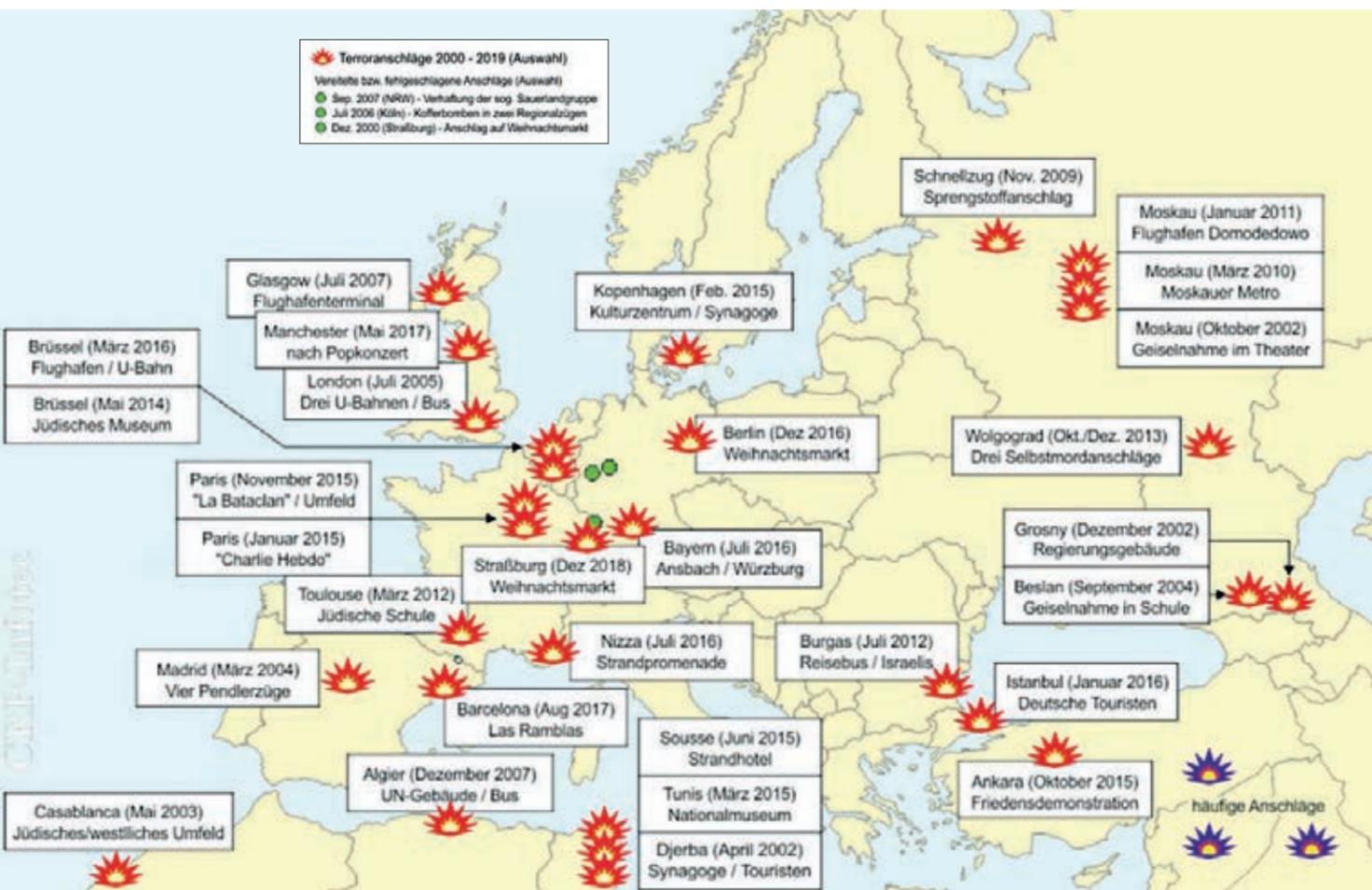
wurde, Mitglied des IS in Syrien war und dort auch eine militärische und religiöse Ausbildung durchlief. Durch seine Eltern wurde er damals gegen seinen Willen gemeinsam mit einem Onkel nach Deutschland geschickt, bevor er den Treueeid gegenüber dem IS leisten konnte. In Deutschland bemühte er sich immer wieder zurück nach Syrien zu kommen, um dort am bewaffneten Kampf teilzunehmen. So hielt er per Messengerdienst Kontakt zu einem Imam, der ihn weiter für den IS anwarb. Ihm gegenüber erklärte er seine Bereitschaft, mit zwei weiteren Personen einen nicht näher konkretisierten Anschlag in Deutschland zu begehen. Dies konnte jedoch durch das LKA ver-

hindert werden und der Gefährder wurde zu einer Jugendstrafe von fünf Jahren verurteilt. Parallel zur Neustrukturierung wurde die Vernetzung und Zusammenarbeit mit anderen Behörden deutlich gestärkt. Beispielsweise sei hier die Ständige Arbeitsgruppe Aufenthalt (SAGA) unter Leitung des Referates 21 (Ausländerrecht) im Ministerium des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg genannt, die als elementarer Baustein für die Beendigung eines Aufenthalts in Deutschland ihr Arbeitsvolumen und damit auch die Realisierung von Abschiebungen islamistischer Flüchtlinge in den letzten Jahren kontinuierlich gesteigert hat. Im Vergleich der ostdeutschen Bun-

desländer hatte Brandenburg in den zurückliegenden Jahren stets den höchsten Anteil an Gefährdern und Relevanten Personen im islamistischen Phänomenbereich. Aktuell ist jedoch die Tendenz festzustellen, dass immer häufiger auch deutsche Konvertiten in den Fokus polizeilicher Ermittlungen gelangen. Folglich stellt diese Form des Terrorismus auch im Land Brandenburg kein rein ausländisches Phänomen mehr dar. Unbestritten ist der Islamismus auch hier angekommen und wird uns ebenso wie die politischen, medialen und juristischen Debatten zukünftig dauerhaft fordern und beschäftigen.

LKA 300

Übersicht
Islamistischer Terror
in und um
Europa,
Stand:
01.02.2019



► 2016

Kohlebergbau in der Lausitz

KLIMAAKTIVISTEN UND POLIZEI-GROSSEINSÄTZE



Die Bergbaugeschichte in der Lausitz geht auf das Jahr 1789 zurück, als bei Bockwitz, dem heutigen Lauchhammer-Mitte, das erste Kohlenflöz angebohrt wurde. Mitte der 1890er Jahre setzte sich der Tagebau durch und acht Jahre später wurde der erste Abraum-Kettenbagger auf der Grube eingesetzt.

Zeitgleich gingen die ersten Elektrizitätswerke in Betrieb und die Industrialisierung in diesem Teil Deutschlands nahm einen zügigen Verlauf. Kohle wurde ein unverzichtbarer Energieträger zu Schaffung ganzer Industriezweige und damit verbundener Arbeitsplätze in zuvor nicht gekannter Dimension.

Nach dem zweiten Weltkrieg war Braunkohle als einziger Energieträ-

ger der ehemaligen DDR nicht mehr wegzudenken, um die Industrie und das Land neu aufzubauen. In der Braunkohleindustrie waren zu DDR Zeiten um die 60.000 Menschen beschäftigt. Arbeitsplätze, die mit der DDR verschwanden und an keiner Stelle wiedergekehrt sind.

Auf der anderen Seite steht die völlige Zerstörung von Ortschaften und der Verlust der Heimat tausend-

der Menschen und ihrer damit verbundenen Erinnerungen. Eine geschundene Landschaft, auf der tiefe Narben hinterlassen wurden. Die Veränderung des Wasserhaushaltes und des Klimas durch Immissionsbelastungen. Aber auch Chancen durch notwendige Neuerungen in der Infrastruktur. So sind die ersten Seen, die aus ehemaligen Tagebauen durch Flutung der Restlöcher neu entstanden sind, bereits Bestandteile der Kulturlandschaft geworden. Weitere Umstrukturierungen sind dringend erforderlich, denn zur Erreichung der klimapolitischen Ziele wird die Kohleverstromung in Deutschland bis 2038 beendet. Manchem zu schnell, denn zirka 20.000 Industrie-Arbeitsplätze in

Türme des Kraftwerkes Jänschwalde



An einer Betonpyramide angeketete Protestierende auf der Kohlebahn

Zu schützende Infrastruktur des Energieunternehmens im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Süd (Stand März 2019)

Größe der Fläche Tagebaue und Länge der Außenkante		
	Jänschwalde	Welzow
Fläche (in km ²)	80	90
Länge (in km)	50	41
Anzahl der in ihnen arbeitenden Tagebaugroßgeräte		
insgesamt, davon	15	19
Schaufelradbagger	5	3
Eimerkettenbagger	5	8
F60	1	1
Absetzer	2	2
Bandwagen	3	4
Haldenschüttgerät		1
Länge der Förderbandanlagen insgesamt Vorschnitt und Grube		
Vorschnitt 1 (in m)	13.429	12.188
Vorschnitt 2 (in m)	13.000	11.138
Grube (in m)		9.786
Grundfläche der Kraftwerke		
(in km ²)	3,50	0,48

Blockade der Kohlebahn vor dem Kraftwerk Jänschwalde



der Lausitz brauchen einen adäquaten Ersatz und Strompreise sollen für die Unternehmen und alle Verbraucher bezahlbar bleiben.

Klimaaktivisten geht dies viel zu langsam und sie verlangen einen sofortigen Ausstieg aus dem über 230-jährigen Bergbau in der Lausitz mit massiven Aktionen.

Vor dem Hintergrund gab es immer wieder im Lausitzer Revier Aktionen der einen Seite für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und auf der anderen Seite für den Erhalt von Heimat sowie Natur – bis dahin immer friedlich.

Im Mai 2016 luden Umweltaktivisten wie „Ende Gelände“ Gleich-

gesinnte in Proschim zu einem „Klima- und Energiekamp“ ein. 3.500 aus ganz Europa folgten dem Aufruf, unter ihnen zahlreiche gewaltbereite und militante Gruppen.

Vor der Polizei stand die Mammutaufgabe, die Infrastruktur des damaligen schwedischen Staatskonzerns „Vattenfall“ mit Einsatzräumen bis zu 50 Kilometer und Großgeräten in den Tagebauen mit einer Höhe von zirka 80 Metern und einer Länge bis 350 Metern, sowie hunderte Kilometer Gleisanlagen sowie zwei Kraftwerke zu schützen. Oberste Priorität hatte die Erhaltung der Energieversorgung, die Vermeidung von schwersten Verletzungen oder gar Todesfällen wie durch das Herabstürzen von Großgeräten und von Beschädigungen an wichtigen Anlagen des Unternehmens.

Vom Polizeiführer wurde das Gespräch mit den Verantwortlichen vom Klimacamp gesucht, um ihnen den rechtlichen Rahmen zu verdeutlichen sowie auf die Gefahren hinzuweisen, die mit einem widerrechtlichen Eindringen in die Infrastruktur verbunden sind. In deutscher und englischer Sprache wurden Hinweiszettel an die Teilnehmer verteilt.

Was zunächst friedlich mit Aktivitäten wie Radtouren, Mahnwachen und Versammlungen begann, eskalierte im weiteren Verlauf der kommenden Tage. Aus einem Versammlungsaufzug mit 1.600 Teilnehmern drangen Hunderte in den Tagebau Welzow ein, besetzten auf dem Betriebsgelände verteilt, Großgeräte und Gleisanlagen. Ein



Nur mit schwerem Gerät konnten 2016 Protestierende von der Schiene gelöst werden

Agieren der Einsatzkräfte gestaltete sich in Teilen aus Fürsorgegründen wegen der Lebensgefahr als außerordentlich kompliziert und in Teilen unmöglich. Abraumhalden in einer Höhe eines 12-stöckigen Hauses lassen keinen Fehltritt im wahrsten Sinne des Wortes zu.

Am 14. Mai 2016 dann der Höhepunkt und in Deutschland eines wohl einmaligen Gewaltaktes gegen ein Energieunternehmen. Zirka 500 Personen stürmten den Werkseingangsbereich des Kraftwerkes „Schwarze Pumpe“, rissen Zäune nieder und übten Gewalt gegen das Sicherheitspersonal des Unternehmens aus. Polizeikräfte konnten die eingedrungenen Aktivisten vom Kraftwerksgelände zurückdrängen und in der Folge 130 von ihnen festnehmen.

Die Polizei wurde in der gesamten Infrastruktur des Unternehmens in

Schach gehalten, ob das Besteigen von Großgeräten, dass Festketten an den Gleisanlagen, die Blockierung von Kohlebunkern und anders mehr. Zwei Tage später war „Ende im Gelände“ und zurück blieben fassungslose Bergleute, große Teile der Bevölkerung und Kommunalvertretungen sowie die Auswertung im Innenausschuss des Brandenburger Landtages zu den Geschehnissen.

Bis zur Leistungsgrenze erschöpfte Einsatzkräfte, viel Arbeit für die Strafverfolgung, Nachbereitungen in den einzelnen Einsatzabschnitten sowie des Gesamteinsatzes mit den notwendigen Schlussfolgerungen. Aber auch eine Desillusionierung über „zivilen Ungehorsam“ und „Klimaaktivisten“.

Es folgten in den darauffolgenden Jahren weitere Aktionen von „Ende Gelände“ und Polizeiein-



Abraumbagger und Großgeräte im Tagebau

Bundesweite Unterstützung für den Einsatz 2019



2019 verschafften sich mehrere Kleingruppen Zutritt zu den Tagebauen Jänschwalde und Welzow

sätze. Im Februar 2019 wurden von ihnen über Nacht Bagger und eine Förderbrücke in schwindelerregender Höhe im Tagebau Welzow besetzt. Teil einer Aktionswoche in ganz Deutschland und filmreif initiiert. Höhenretter der Technischen Einsatzinheit und des Energieunternehmens LEAG sollten sie medienwirksam abseilen. Ein Ansinnen, dem wegen der bestehenden Lebensgefahr abgelehnt wurde. Klirrende Kälte bewog sie zum Einlenken und selbstständigen Hinabklettern. Es wurde Hilfestellung gewährt, um Schlimmeres zu verhindern.

Die 23 Personen wurden in Gewahrsam genommen, wo sie bis in die Nachmittagsstunden des kommenden Tages verblieben. Da sie nicht bereit waren, ihre Personalien zu nennen, war nun auch die Kompromissbereitschaft der Justiz

ausgeschöpft. Gegen 18 Aktivisten wurde Haftbefehl erlassen! Zu diesem Zeitpunkt wohl ein herausragender Vorgang in der Bundesrepublik. Fünf von ihnen erkannten bei der richterlichen Anhörung den Ernst der Lage und benannten wahrheitsgemäß ihre Personalien. Spätestens ab diesem Zeitpunkt erkannten sie, dass Straftaten in der Lausitz konsequent geahndet werden und Rechtsverstöße kein ziviler Ungehorsam sind.

2019 im sogenannten „multithematischen Protestjahr“ folgten weitere Aktionen von „Ende Gelände“ im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Süd. So reisten vom 29. November bis 1. Dezember 2019 bis zu 4.000 Personen aus dem In- und Ausland in der Region an. Mit den Erfahrungen der zurückliegenden Einsätze standen ihnen

zirka 3.000 Polizeibedienstete aus Brandenburg sowie acht weiteren Bundesländern und der Bundespolizei gegenüber. Ein Besetzen von Großgeräten und Angriffe auf die Kraftwerke konnten verhindert werden. Bei der gewaltigen Größe des Einsatzraumes gelang es 300 Personen, in den Tagebau Jänschwalde einzudringen. Dabei wurden Polizisten angegriffen, die sich mit dem Einsatz von Reizgas und Schlagstock dem Handeln erwehren mussten.

Im Juni 2020 eine weite Aktion nach einem Aufruf von „Ende Gelände“ und die Besetzung über Nacht einer Abraumförderbrücke F 60 im Tagebau Jänschwalde.

Es wurde ein Banner mit der Aufschrift „Wenn Gesetze versagen ist Zeit für Blockaden“ angebracht. Eine Auffassung, die deutlich revidiert werden musste. Nachdem 14 Personen am Nachmittag freiwillig das Großgerät verließen, musste eine Person durch Kräfte der Technischen Einsatzinheit abgeseilt werden.

Auch bei diesem Einsatz erfolgte nach erfolgloser Identitätsfeststellung die Haftanregung für 13 Beschuldigte durch die zuständige Staatsanwältin. Bei der richterlichen Anhörung am Amtsgericht Cottbus war für alle „Aktivisten“ klar, in Cottbus versagen die Gesetze nicht! Es wurden die Angaben zur Identität gemacht und danach erging ein Aufenthaltsverbot für das Lausitzer Braunkohlrevier.

Eine Konsequenz, die auch in Zukunft beibehalten wird. Friedlicher Protest und freie Meinungsäußerung ja – Straftaten auch unter dem Deckmäntelchen des zivilen Ungehorsams nein. Nicht nur die Rechtslage, auch die Menschen in einer Region mit über 230 Jahren Bergbaugeschichte mit all ihren Facetten haben dazu ihren Standpunkt.

Ines Filohn

VON HELFENDEN HÄNDEN UND SICHEREN UNTERKÜNFEN

Die Flüchtlingskrise der Jahre 2015 und 2016 stellte vor allem die Kommunen in allen Teilen Deutschlands vor enorme Herausforderungen. Auch im Landkreis Dahme-Spreewald stand vor der Aufgabe tausende Menschen schnell und unkompliziert unterzubringen. Nicht immer verlief dieses plötzliche Zusammenleben von Menschen aus verschiedenster Kulturen und Religionen ohne Probleme. Das zeigte sich auch im Einsatzkommen der Rettungskräfte wie Johanniter, Feuerwehr oder Polizei. Gerade in den Gemeinschaftsunterkünften kam es zu den vielfältigsten Einsatzanlässen, bei welchen auch manchmal die Einsatzkräfte selbst an ihrer Tätigkeit gehindert wurden.

Das ließ uns aufhorchen und wir suchten Partner, mit dem Ziel, die Situation vor Ort möglichst rasch und im Sinne aller Beteiligten in den Griff zu bekommen. Der Verbund aus Vertretern des Kreisfeuerwehrverbandes Dahme-Spreewald e. V., der Johanniter Unfallhilfe Dahme-Spreewald, der Polizeiinspektion Dahme-Spreewald, dem Amtsgericht Königs Wusterhausen und vielen ehrenamtlichen Sprachmittlern traf sich mehrfach, um inhaltliche Aspekte und eine mögliche Aufgabenverteilung zu besprechen.

Im Ergebnis entstand das Konzept „Sicheres Flüchtlingsheim“.

Das gemeinsame Ziel war der Aufbau eines Dialogs mit den Bewohnern und die Förderung des gegenseitigen Respekts im Zusammenleben als Grundlage für eine friedliche und sicherere Zukunft in unserer zunehmend multikulturellen deutschen Gesellschaft. Die Vermittlung von demokratischen und rechtsstaatlichen Werten und die Einflussnahme auf das Verhalten in Alltagssituationen stehen dabei im Mittelpunkt. Themen wie Religion, Frauen in Deutschland, Rechtsstaat und Grundgesetz wurden behandelt. Vertreter des Amtsgerichtes Königs Wusterhausen unterstützen bei Bedarf. Drogenprävention aber auch die Verkehrserziehung (Radfahrprüfung) waren und sind bei Bedarf auch noch heute inhaltliche Schwerpunkte des Sachgebietes Prävention der Polizeiinspektion Dahme-Spreewald.

Als beispielgebend und im besonderen Maße erfolgreich bezeichnete der damalige Bundesinnenminister Thomas de Maiziere das Projekt „sicheres Flüchtlingsheim“ und zeichnete es unter den 351 Nominierten mit dem 1. Platz des Förderpreises „Helfende Hand“ im Jahr 2016 aus.

Susanne Heinrich
SG Prävention,
PI Dahme-Spreewald

Bewohnern demontierten Feuer-melder in den Einrichtungen, da sie beim Rauchen angingen und störten.

Bei einem medizinischen Notfall wollte die gesamte Familie mit dem Rettungswagen ins Krankenhaus fahren.



Gesprächsrunde zum Thema häusliche Gewalt (oben)
Schulung Erste Hilfe (darunter)

FÖRDERPREIS
HELFENDE
HAND

DIALOG: POLIZEI, FORSCHUNG UND ZIVILGESELLSCHAFT

Viele Institutionen und Organisationen beschäftigen sich mit denselben Themen. Nur selten finden sie zusammen, um Gemeinsamkeiten und unterschiedliche Perspektiven kennen und verstehen zu lernen. Ein fehlender Austausch kann für Missverständnisse sorgen, die einer positiven Begegnung von Herausforderungen im Wege stehen.

Von wenigen zur Kenntnis genommen, entwickelte sich das Veranstaltungsformat „Dialog – Polizei, Forschung, Zivilgesellschaft“, eine Initiative des Polizeivizepräsidenten, zu einer wichtigen Möglichkeit des Austausches unterschiedlicher Akteure.

Einmal jährlich treffen sich verschiedene Experten und beraten sich interdisziplinär zu einem Thema. Dazu werden weitere Experten eingeladen, die für einen aktuellen Stand der Wissenschaft als Diskussionsgrundlage sorgen.

Der Behördenstab 1K wurde mit der Organisation und Durchführung dieser Veranstaltungsreihe beauftragt. Im Jahr 2018 fand die erste Dialog-Veranstaltung statt. Sie befasste sich mit dem Thema „Sicheres Flüchtlingsheim“. Hier nahmen führende Vertreter der Polizei und der

Staatsanwaltschaften Brandenburgs, Vertreter von spezialisierten Organisationen und Wissenschaftler teil.

Bereits im Rahmen der im Folgejahr stattfindenden Veranstaltung mit dem Thema „Bildung und Förderung regionaler Netzwerke zur Bekämpfung von Extremismus und Gewaltkriminalität“ zeigte sich, dass ein offener und ehrlicher Dialog unter Teilnehmern, die sich bereits aus dem ersten Dialog kannten, Vertrauen schafft. Das ist förderlich für das gemeinsame Verstehen und Bewerten der Lage.

Leider mussten die Veranstaltungen pandemiebedingt für die Jahre 2020 und 2021 abgesagt werden. Sofern es die Situation erlaubt, findet die nächste Veranstaltung 2022 statt.

Christian Schmidt



Deutsch-polnischer Jugendaustausch in Sachen Kriminalprävention: Jugendgruppen bei der Darstellung ihrer Aktionen (oben)
Innenminister Karl-Heinz Schröter bei der deutsch-polnischen Jugendbegegnung (unten)

EINMALIGES PROJEKT WURDE ZWEIMALIG

2016 wurde der Behördenstab 1K beauftragt, die Initiative des damaligen Innenministers Schröter umzusetzen, eine deutsch-polnische Schülerbegegnung zu organisieren, in der sich die Schüler*innen mit kriminalpräventiven Themen auseinandersetzen sollten.

An der vom Landespräventionsrat finanzierten Veranstaltung nahmen Schüler aus Seelow und Schüler aus der mittelpolnischen Stadt Sieradz (Nähe Łódź) teil.

Das polnische Präventionsprogramm namens „Profilaktyka a Ty“ (Prävention und Du), das die Polizei über Jahre landesweit mit vielen Partnern organisiert hatte, sollte den Schülern ermöglichen, sich mit dem Thema „Sucht“ in der Form zu beschäftigen, die sie an meisten anspricht. Das konnten Theatergruppen sein, aber auch Sport- und Musikgruppen. Dieses Programm fand in Polen viel Anklang.

Unter Verantwortung der Bildungs- und Begegnungsstätte Schloß Trebnitz (bei Müncheberg) wurde ein Plan für eine einwöchige Begegnung erarbeitet. Mit Hilfe der Präventionstheatergruppe EUKITEA entwickelten die Jugendlichen ein Bühnenstück, das am Ende des Aufenthaltes im Kulturhaus Seelow vor Vertretern des Landes, des Landkreises, der Polizei Brandenburg, des MIK und der KWP Łódź aufgeführt wurde.

Als besonders nachhaltig erwies sich die Durchführung einer weiteren deutsch-polnischen Veranstaltung mit Jugendlichen im Jahr 2018.

Dieses Mal war neben den polnischen Schülern aus Sieradz, eine Schule aus Potsdam beteiligt, in die auch Jugendliche mit schwierigen persönlichen Hintergründen gingen.

Organisiert wurde die Veranstaltung wiederum durch die Bildungs- und Begegnungsstätte Schloß Trebnitz, die über viel Kompetenzen in deutsch-polnischen Schülerbegegnungen verfügt.

In verschiedenen Workshops, die sich um Cybermobbing und Mobbing drehten, setzten sich die Schüler unter Anleitung von polnischen Theaterpädagogen mit diesen Themen auseinander. Am Ende der rund eine Woche dauernden Maßnahme wurden die Stücke im Rahmen einer Veranstaltung des Landespräventionsrates vor Publikum in Potsdam aufgeführt. Alle Zuschauer zeigten sich von der Methodik und dem erfolgreichen Zusammenarbeiten begeistert. Selbst die Schulsozialarbeiter waren überrascht vom Engagement und der Hingabe ihrer teilweise als schwierig eingeschätzten Schüler.

In bewegenden Szenen verabschiedeten sich die Schüler später voneinander und bedankten sich bei der Polizei für die Aufmerksamkeit, die sie bekamen und für die Möglichkeit, sich mit dem Thema auseinander zu setzen. Das Ganze hatte sie selbst so beeindruckt, dass sie ein paar Monate später an ihrer Schule die Workshops zu diesen Themen organisiert haben. Das kann durchaus als Nachhaltigkeit bezeichnet werden.

Natürlich wurden beide Veranstaltungen von deutschen und polnischen Polizeibeamt*innen begleitet.

Leider fand dieses Veranstaltungsformat, ebenso wie das polnische Programm „Profilaktyka a Ty“ bislang keine Fortsetzung
Christian Schmidt

MITWIRKUNG BEIM NPD-VERBOTS- VERFAHREN

Auf Antrag des Bundesrates hatte das Bundesverfassungsgericht über ein Verbot der Nationaldemokratischen Partei und ihrer Teilorganisationen zu entscheiden. Nachdem das höchste deutsche Gericht im November 2016 die Verkündung seiner Entscheidung für den 17. Januar 2017 in Aussicht gestellt hatte, bat das Bundesministerium des Innern die Innenministerien der Bundesländer um Amtshilfe bei der Sicherstellung des Parteivermögens in dem Falle, dass das Gericht dem Verbotsantrag folgt.

Daraufhin bat das Ministerium des Innern und für Kommunales (MIK) des Landes Brandenburg das Polizeipräsidium um Vorbereitung und Umsetzung der möglicherweise erforderlich werdenden Maßnahmen. Besonderheit bei diesem Verfahren war, dass zum einen das Ergebnis der Entscheidung des Gerichts – selbstverständlich – nicht bekannt war, also nicht klar war, ob ein Verbot der Partei erfolgen oder dem Antrag nicht entsprochen wird. Zum anderen wurde mit dem Vollzug eines möglichen Parteiverbots Neuland insoweit betreten, als in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland es zuvor erst zwei Parteiverbotsverfahren (Sozialistische Reichspartei als Nachfolgepartei der NSDAP und Kommunistische Par-

tei Deutschlands) gab, die in den 1950er-Jahren angestoßen wurden und damit über 60 Jahre zurücklagen. Dabei war zu berücksichtigen, dass im Falle eines Verbotsurteils zur Verhinderung einer Verdunkelung die Maßnahmen unmittelbar nach der Verkündung der Entscheidung zu vollstrecken waren,

‘Zur Durchführung der Vollzugsmaßnahmen sollte/n

- Räumlichkeiten durchsucht und das Parteivermögen sichergestellt
- Konten einschließlich etwaig vorhandener Bankschließfächer sichergestellt
- organisationsbezogene Post sichergestellt
- Schreiben des Bundesministeriums

NOVELLIERUNG DES BRANDENBURGISCHEN POLIZEI- GESETZES

Nach dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt in Berlin im Dezember 2016 beauftragte der damalige Minister für Inneres und Kommunales Karl-Heinz Schröter das Polizeipräsidium mit der initiativen Unterstützung des Ministeriums bei der Überarbeitung des BbgPolG. Ziel des Herrn Ministers war es, ein zeitgemäßes BbgPolG zu schaffen, das insbesondere den Herausforderungen der Terrorismusbekämpfung gerecht wird. Seitens des Polizeipräsidiums wurde daraufhin eine Arbeitsgruppe gebildet, die zahlreiche Vorschläge aus der polizeilichen Praxis nach entsprechender Sichtung in einem mehrmonatigen Arbeits- und Abstimmungsprozess aufbereitete und dem Ministerium zukommen ließ. Im Ergebnis u.a. dieser Zusammenarbeit konnten u.a. wesentliche Änderungen bei bereits vorhandenen polizeirechtlichen Standardmaßnahmen erzielt werden. Darüber hinaus konnten mit dem neuen Abschnitt der §§ 28a ff. BbgPolG neue Befugnisse zur Abwehr von Gefahren des Terrorismus für die Polizei implementiert werden.

Bernd Schulze-Kalthoff, Thomas Weber

des Innern für eine Vermögensauskunft ausgehändigt

■ Asservate dem Bundesverwaltungsamt übergeben werden.

Die Einziehung des Parteivermögens hätte auf Grundlage des Verbotsbeschlusses unmittelbar vollstreckt werden können.

Das Polizeipräsidium hatte die Durchsuchung der Räumlichkeiten und die Zustellung eines Sicherstellungsbescheides vorzubereiten. Die vom MIK vorbereiteten Gerichtsanhträge wurden vom Polizeipräsidium zu den Gerichten gebracht und nach Ausfertigung die Beschlüsse dort entgegengenommen, um sicherzustellen, dass alle erforderlichen Unterlagen am Einsatztag den Einsatzkräften vorliegen. Die praktische Durchführung der Maßnahmen oblag dem Landeskriminalamt.

Da die Anträge bei den Verwaltungsgerichten mit dem nötigen Vorlauf gestellt werden und die Beschlüsse rechtzeitig zum Vollstreckungszeitpunkt vorliegen mussten, musste gleichwohl Sorge für Fall getragen werden, dass dem Verbotsantrag nicht entsprochen wird. In diesem Fall mussten die bei Gerichten eingereichten Anträge noch am Tag der Verkündung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bei den Verwaltungsgerichten zurückgezogen werden. Letztlich hat das Bundesverfassungsgericht die NPD nicht verboten, sodass Einsatzmaßnahmen nicht notwendig waren.

**Bernd Schulze-Kalthoff,
Thomas Weber**

UMBAU DES FÜHRUNGSRAUMS



Zur Optimierung der Führungsstabarbeit bei herausgehobenen Einsatzanlässen und zur Umsetzung technischer Standards wurden ab November 2016 umfangreiche bauliche, technische und organisatorische Veränderungen im Führungsraum des Polizeipräsidiums durchgeführt. Die dadurch neu geschaffenen Möglichkeiten führen bei der Bewältigung von besonderen Einsätzen und der täglichen Arbeit, zu einer deutlichen Verbesserung der Arbeitsabläufe. Ein freigeswordenes Büro wurde zur Erweiterung des Führungsraumes umgebaut, der so in die Bereiche Lagezentrum, Stab und Polizeiführer (inkl. Beratern) unterteilt werden konnte. Weiterhin wurden die technischen Möglichkeiten zur Visualisierung der Einsatzlage, vor allem in ihrer Quantität, deutlich erweitert und durch beschreibbare und mit einem magnetischen Anstrich versehende Wände ergänzt.

Führungsraum im Einsatz- und Lagezentrum in Potsdam-Eiche

POGIDA

2016 wurden mehrere Monate regelmäßig in der Landeshauptstadt Brandenburgs Protestaktionen der PEGIDA Bewegung (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) durchgeführt. Die in Potsdam unter dem abgewandelten Namen „PoGiDa“ durchgeführten Demonstrationen und Aufzüge wurden durch die Polizei über viele Monate hinweg erfolgreich bewältigt.



Hessische Kollegen an der Abspernung am Bahnhof-Babelsberg

»UNSER BILD IST MEHR ALS HANDY«

10 JAHRE
POLIZEI-
PRÄSIDIUM



Die TEE im Einsatz in Grünheide (TESLA-Gelände), hier Übung einer Rettung aus großer Höhe



Versammlungen und Veranstaltungen galt es seit je her polizeilich abzusichern, aber kein Jahrzehnt hat den Bereich der Beweissicherung und Dokumentation in der Technischen Einsatz Einheit (TEE) und den Einsatzhundertschaften (EHu) derart geprägt wie das Vergangene.

▶ 2017



An der Elbbrücke in Wittenberge: Herauslösen von Umweltaktivisten



Flotte mit Abrollbehälter und Gitter-Transportwagen und Absperrgittern

Vom Wechsel auf das 16:9 Seitenverhältnis bei höheren Auflösungen oder dem Auslaufen der Magnetbandaufzeichnung gehen die Entwicklungen dabei weg vom Verständnis einer von Hand zu bedienenden Consumer Foto- oder Videokamera hin zu einem viel weitreichenderen technisch unterstütztem und vielfältigeren Arbeiten. Ab 2010 wurden durch die Bereitschaftspolizei Brandenburg die ersten vom Bund bereitgestellten Beweissicherungs- und Dokumentationskraftwagen (BeDoKw) mit Mastkamera übernommen. Die neue Technik ermöglicht nun mit einem fernsteuerbaren Kamerakopf aus erhöhter Perspektive ein geschütztes Arbeiten und das zielgenaue Ansteuern von Positionen. Das gesamte Filmmaterial kann noch im Einsatz verarbeitet, als Videoprint für Zugriffskräfte gereicht oder als unveränderte Daten sowie als Aufbereitung übergeben werden. Die besondere Perspektive war schon immer ein Entwicklungsbaustein

in der Technischen Einsatzeinheit. Hier konnten im letzten Jahrzehnt für die Lagebilddarstellung für Befehlsstellen providergestützt sowie infrastrukturunabhängig Alternativen zum Bildübertragungsnetz des Hubschraubers geschaffen werden. So lässt sich die Mastkamera des BeDoKw sowie weitere abgesetzte Bildquellen z.B. aus Stadien, von Hochhäusern oder dem Fahrzeug unzugänglichen Bereichen in die Bildübertragung und damit in die bestehende Pol1 APC/mAPC Infrastruktur implementieren. Bereits 2017 wurden die Einsatzmöglichkeiten von Drohnen erkannt und im Bundesvergleich frühzeitig in der Technischen Einsatzeinheit erprobt und beschafft. Bei der Vermessung von Tatorten, der Lagebilddarstellung, der Absuche nach Personen oder Sachen und der Sicherung von Beweisen, stellt diese Technik einen echten nicht mehr weg zu denkenden Mehrwert für die Unterstützung anderer Behörden dar. Heute findet sich die Technik gemeinsam mit der noch umfangreicheren Detektions- und Abwehrtechnik zur Erkennung, Nachverfolgung und Störung unautorisierter Drohnenflüge in der neu geschaffenen Drohneneinsatz- und Abwehrgruppe (DEAG) der Technischen Einsatzeinheit wieder. Durch die Beteiligung in Arbeitsgruppen auf Bund- und Länderebene und dem vernetzten Zusammenarbeiten begegnet die Technische Einsatzeinheit den fortschreitenden



technischen Entwicklungen auch in Zukunft entschlossen, denn das Gegenüber schläft nicht.

Manches kommt, geht und kommt auch wieder

Ein Großteil unseres Fuhrparks wurde altersbedingt erneuert. So stehen wir derzeit vor einer komplett neuen LKW Generation mit neuen Abrollbehältern und Anhängern für unsere Absperrgitter oder die 2020 neu beschafften mobilen Fahrzeugsperrern. Die Absperrgitter sollen dabei in Zukunft vom Abrollcontainer in sog. Gitter-Transportwagen abgeladen und weiter vermittelt werden. Das System Fahrzeugsperrern punktet in Wirksamkeit, Entfaltungszeit und Gewichtersparnis gegenüber den nach dem Weihnachtsmarktattentat 2016 in Berlin bekanntgewordenen schweren Betonkonstruktionen oder umständlichen Befüllelementen. Einige Gewerke und Funktionalitäten



Mast mit Kamerakopf am Kraftwagen für Beweis-sicherung und Dokumentation

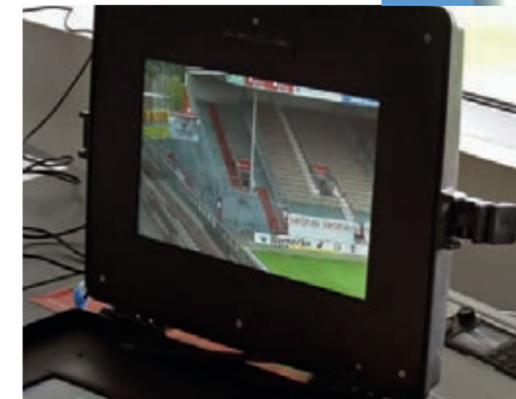


sterben auch aus und werden durch neue ersetzt. Zwei dieser Erfolgsgeschichten stellen die Öffnungstechnik und die taktisch-technischen Maßnahmen in Höhen und Tiefen (TMHT) dar. Bei Baumbesetzungen, Baggerbesetzungen oder Abseilaktionen von Brücken oder Gebäuden konnten die Kollegen bereits ihre Fähigkeiten und starke physische und psychische Belastbarkeit unter Beweis stellen und erfolgreich Umweltaktivisten sicher aus gefährlichen Bereichen herauslösen. Dass Gutes auch wiedereingeführt werden kann, zeigt unsere Wasserwerferstaffel. Zwei Wasserwerfer 10000 (WaWe10) bieten heute im Vergleich zum Vorgänger (WaWe9) zusätzliche Sprühstrahlarten und damit erweiterte taktische Einsatzmöglichkeiten. Mit dem enormen Wasservorrat konnten die Fahrzeuge bei der Waldbrandbekämpfung in Brandenburg und Mecklenburg Vorpommern 2019 unterstützen. Mehr und mehr wird dieses Einsatzmittel aber auch in seiner klassischen Funktion als distanzschaffendes und damit zu anderen Einwirkungsmöglichkeiten milderes Mittel von Polizeiführungen anerkannt und zeigt

bereits frühzeitig im Einsatzraum offene Präsenz. Gleiches gilt auch für unseren Lautsprecherwagen, der polizeiliches Handeln bereits im Entstehen größerer Personengruppen transparent macht und in diesem Zusammenhang durch die Nachrüstung von LED-Tafeln ein Stück weit barrierefreier geworden ist. Durchsageergänzend können nun alle Informationen auch als Laufschrift und Symbole visualisiert werden. Besonders bei Lenkungsinformationen tragen animierte Pfeile zur Minimierung von Missverständnissen in der Richtungsangabe bei.

Herausforderungen der digitalen Transformation

In allen Bereichen der Technischen Einsatzeinheit stellen wir aber auch die wachsende Komplexität und Empfindlichkeit der neuen Technik fest, die uns vor Herausforderungen bei der Schulung und Wissensteilung stellt. Hier gilt es auch für die Zukunft immer einen hohen Qualitätsstandard vor eine Quantität von



Unterstützungsaufträgen zu stellen. Als sehr komplexen Vertreter sei hier unsere 2017 erhaltene satellitengebundene mobile Basisstation (mBs) für den Digitalfunk genannt. Gerade im Flächenland Brandenburg ist diese Komponente zur Verdichtung des Digitalfunknetzes, Kapazitätserhöhung, Erhöhung der Funkgüte und Erweiterung und Verbesserung des Digitalfunknetzes in schwach oder gar nicht versorgten Regionen unentbehrlich, aber weit entfernt von einem Gerät, welches lediglich einzuschalten ist.

Im Stadion der Freundschaft in Cottbus: Bildübertragung aus dem Stadion in die Befehlsstelle (oben) Mobile Basisstation (unten)

Tino Schubert

Anderthalb Jahre Vorbereitung durch die Hansestadt, insgesamt fast 20.000 Beamte, 150.000 Hotelübernachtungen, 220.000 Verpflegungsbeutel, 3.000 Einsatzfahrzeuge, über 200 Diensthunde zum Schutz von über 35 Delegationen mit mehr als 6.000 Delegierten.

Der größte und spektakulärste Einsatz des letzten Jahrzehnts begann im Jahr 2017 für Teile der Brandenburger Bereitschaftspolizei bereits weit vor dem eigentlichen Termin. Kolleg*innen der Einsatzküche reisten bereits Anfang April für mehrere Wochen nach Hamburg und unterstützen bei der Vorbereitung der Einsatzversorgung. Zusätzlich entsandten wir für vier Nachschichten a 12 Stunden die 2. EHu und die 4. EHu zum Schutz des Veranstaltungsgeländes.

Im Bestand von 388 Beamt*innen verlegten wir am 03.07.2017 nach Hamburg. Der Tag war gekennzeichnet von Einsatzbesprechungen



und Einweisungen in allen Führungsebenen und der eigentlichen Einsatzvorbereitung wie das Einrichten der Abteilungsbefehlsstelle. Rechtzeitig in den Mittagsstunden erhielten die Einheiten dann auch die Informationen über die Unterkünfte direkt an der Ostsee. Eigentlich schön zu dieser Jahreszeit, aber mit Fahrzeiten zwischen anderthalb und zwei Stunden hart bezahltes Urlaubsflair. Somit summierte sich die reine Arbeitszeit ohne Verzögerung, Vor- und Nachbereitung eingerechnet auf mindestens 16 Stunden täglich. Für Teile der Hundertschaften besserte sich diese Lage aber während des Einsatzes durch den Umzug nach Hamburg.

Während die TEE sämtliche technische Maßnahmen im Einsatz unterstützte und die Wasserwerfer im entsprechenden Unterabschnitt zum Einsatz kamen, war der Einsatzauftrag für die Abteilung zweigeteilt. Während wir an den ersten beiden Tagen am Veranstaltungsort Messe und zum Teil Elbphilharmonie, zum Schutz und Einrichtung der Sicherheitszone eingesetzt waren, waren die folgenden drei Tage durch Objektschutz der Hotels der Gipfelteilnehmer*innen gekennzeichnet.

Beim Veranstaltungsort Messe waren noch keine gravierenden Konfrontationen mit Störern zu verzeichnen. Allerdings ließ der Fund eines sogenannten Züricher Molotowcocktails in unserem Bereich erahnen, mit welchem Gewaltpotential in den kommenden Tagen zu rechnen sei.

Beim Objektschutz der Hotels für die Staatschefs, deren Delegationen und weiterer Organisationen teilten wir uns den Einsatzauftrag mit einer Abteilung aus NRW.

Am Freitag dann eskalierte die Lage für alle Einsatzkräfte. Während des Tages versuchten teils kleinere, teils größere Gruppen von Störern immer wieder in den Nahbereich von geschützten Hotels zu kommen und die polizeiliche Reaktion zu testen. Dabei kam es einige Male zur direkten Konfrontation zwischen unseren Kräften und Störern. Den Schutzauftrag hielten wir aufrecht.

In den Abendstunden eskalierte die Lage zu ihrem traurigen Höhepunkt und wir lagen mit zumindest zwei Hotels sehr nahe dem Epizentrum, teils nur ca. 200 m entfernt.



BRANDENBURGER IM EINSATZ DER SUPERLATIVE

Flotte der Bereitschaftspolizei Brandenburg im Hamburger Hafen

Nach Einbruch der Dunkelheit mehrten sich dann die Versuche unsere Kolleg*innen wie auch Schutzobjekte anzugehen. Diese wurden aber frühzeitig im Keim erstickt. Bei der Bewältigung der Lage in Schanzenviertel und Schulterblatt nicht unterstützen zu können, belastete die Kolleg*innen sehr. Während dessen erreichte der nachalarmierte BFE Zug der 3. EHu die Hansestadt. Die vorgesehenen Ablösekräfte wurden zunächst für andere Aufträge vorgehalten. Nachdem sich die Lage weit nach Mitternacht langsam beruhigte, konnten wir letztlich um 3:15 Uhr unseren Einsatzabschnitt übergeben und beendeten nach 24 Stunden unseren Dienst.

Nach wenigen Stunden Schlaf übernahmen wir wieder unseren

Einsatzabschnitt. Die letzte Schicht am Samstag verlief dann eher unspektakulär. Gegen 21:00 endete diese wieder und wir gingen in Bereitschaft über, da es erneut zu Ausschreitungen im Schanzenviertel kam.

Mit der Rückverlegung am Sonntag endete dieser, unser Hamburg G20 Einsatz. In unserem Verantwortungsbereich kam es zu keinem Zwischenfall oder jedwede Bedrohung oder Beschwerden der jeweiligen Delegationen. Wir haben unseren doch wichtigen Einsatzauftrag mehr als erfüllt. Für alle war es ein Einsatz, der viel Nerven und Durchhaltvermögen erforderte, der aber auch lange in Erinnerung bleibt, weil wir noch nie eine solche Vielzahl an Sympathiebekundun-

gen erfuhren. Die Dankbarkeit der Hamburger Bewohner*innen war allgegenwärtig und Balsam für die strapazierte Polizistenseele.

Als deutliches Zeichen der Fürsorge und Verbundenheit erkundigte sich der damalige Innenminister, Karl-Heinz Schröter, persönlich regelmäßig direkt bei den Einsatzkräften nach der Lage. Nach der Rückkehr der Abteilung ließ er es sich nicht nehmen, seinen Dank als direkte Ansprache an die Einsatzkräfte zu richten. Er fungierte dabei höchstpersönlich als „Grillmeister“ und suchte beim Verteilen der Würste das Gespräch mit dem ein oder anderen Beamten.

Niels Stransky, Leiter Bereitschaftspolizeiabteilung

FÜR MEHR SICHERHEIT: IN 365 TAGEN UM DIE WELT

Im Zentrum von Cottbus wurde im September 2017 die Videoüberwachung des Stadthallenvorplatzes durch Polizeipräsident Hans-Jürgen Mörke angeordnet.

Dem vorausgegangen waren permanente Auseinandersetzungen von Gruppierungen einheimischer Jugendlicher und junger Migranten, Pöbeleien sowie Handgreiflichkeiten von Personen aus dem Trinkermilieu, der Konsum von Betäubungsmitteln und seinen Folgen in den angrenzenden Parkanlagen. Kurzum ein Zustand, der für die Bürger und die Geschäftsleute in der Innenstadt nicht mehr hinnehmbar wurde.

Es folgte ein Alkoholverbot in Teilen der Innenstadt, unmittelbare repressive Maßnahmen unserer Kollegen von der zuständigen Polizeiinspektion und das Anschieben von Maßnahmen der verschiedensten kommunalen und gesellschaftlichen Verantwortungsträger in der Stadt.

Im Januar 2018 sorgten zwei Straftaten, begangen durch syrische Jugendliche, für Empörung unter

der Bevölkerung. Ein grundloser Übergriff von drei Jugendlichen auf ein Ehepaar sowie ein Messerangriff auf einen 16-jährigen Schüler ließen den damaligen Innenminister Brandenburgs Karl-Heinz Schröter zu drastischen Maßnahmen greifen. Er kam nach Cottbus, sprach mit Oberbürgermeister Holger Kelch und Bildungsministerin Britta Ernst, um ein ganzes Maßnahmenbündel zur Verhinderung von Gewalt zu planen.

Eine unmittelbare Festlegung in Abstimmung mit dem Polizeipräsidenten war die sichtbare Präsenz von Polizei durch Fußstreifen in der Lausitzstadt.

Gemeinsame Streifen – Bereitschaftspolizei und Ordnungsamt in der Cottbuser Innenstadt



Seit dem 22. Januar 2018 gehen drei Teams, mit jeweils zwei Bereitschaftspolizisten und einem Mitarbeiter des Ordnungsamtes, Streife in der Cottbuser Innenstadt. Für insgesamt zehn Kolleginnen und Kollegen gehört die Fußstreife jetzt zum täglichen Geschäft. In einem Jahr kommen so über 20.000 Stunden Fußstreife zusammen. Bei durchschnittlich 2 km/h Streifengeschwindigkeit, sind das mehr als 40.000 Kilometer im Jahr, also fast einmal um die Erdkugel und das auch bei den widrigsten Wetterbedingungen. Respekt für diese Leistung.

Die Belastung für die Bereitschaftspolizei ist die eine Seite, jedoch können wir zurecht mit Stolz konstatieren, dass unsere Arbeit wesentlich zur Herstellung des sozialen Friedens in Cottbus beigetragen hat.

Unser Preis für die chronisch qualmenden Fußsohlen waren die Achtung und Anerkennung in der Bevölkerung sowie der Dank des Direktionsleiters der PD Süd Sven Bogacz:

„Ich habe große Hochachtung vor unseren Kolleginnen und Kollegen der Direktion Besondere Dienste und ihren Leistungen. Mit ihrem differenzierten und zielorientierten Handeln, einer bemerkenswerten, offensiven sowie freundlich-direktiven Kommunikation haben sie in der Wahrnehmung der Bürger das Ansehen der Polizei unseres Landes nachhaltig positiv gestaltet. Bei den häufigen Medienbegleitungen aus ganz Deutschland und darüber hinaus, waren und sind sie die besten Botschafter, die man sich wünschen kann.

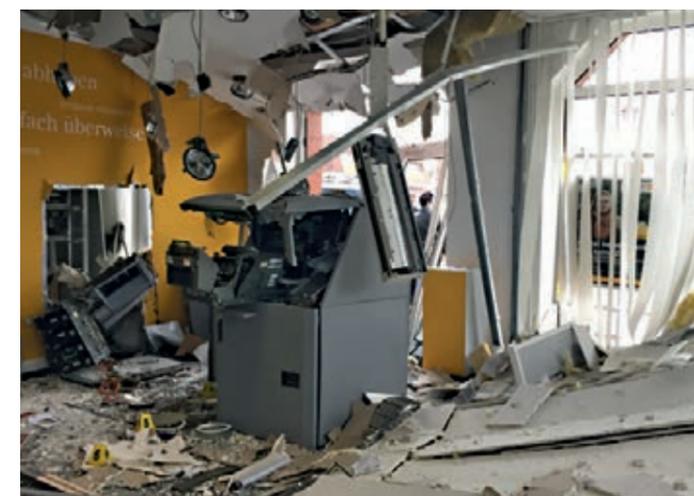
Ohne sie wäre diese bei der gegenwärtigen Personalsituation im Wach- und Wechseldienst nicht zu stemmen. Herzlichen Dank für das kollegiale Miteinander!“

3. Einsatzhundertschaft der
Direktion Besondere Dienste

BAO »GELD«

Gesprengrer Geldausgabeautomat in der Commerzbank in Luckau

Quelle:
Tatortbilder
Commerzbank
Luckau
10.11.2016

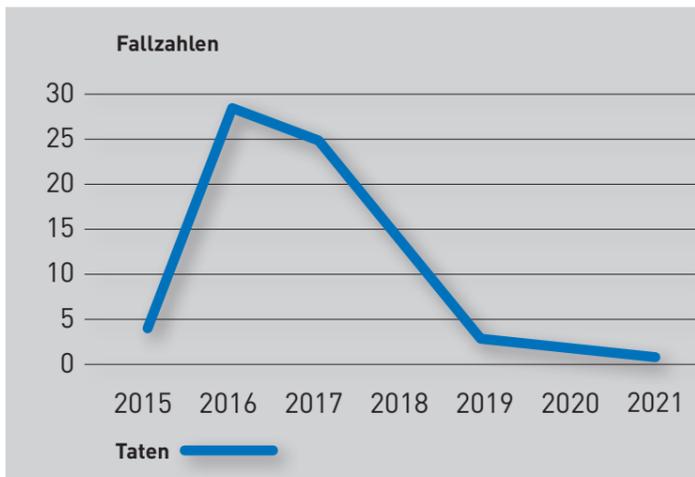
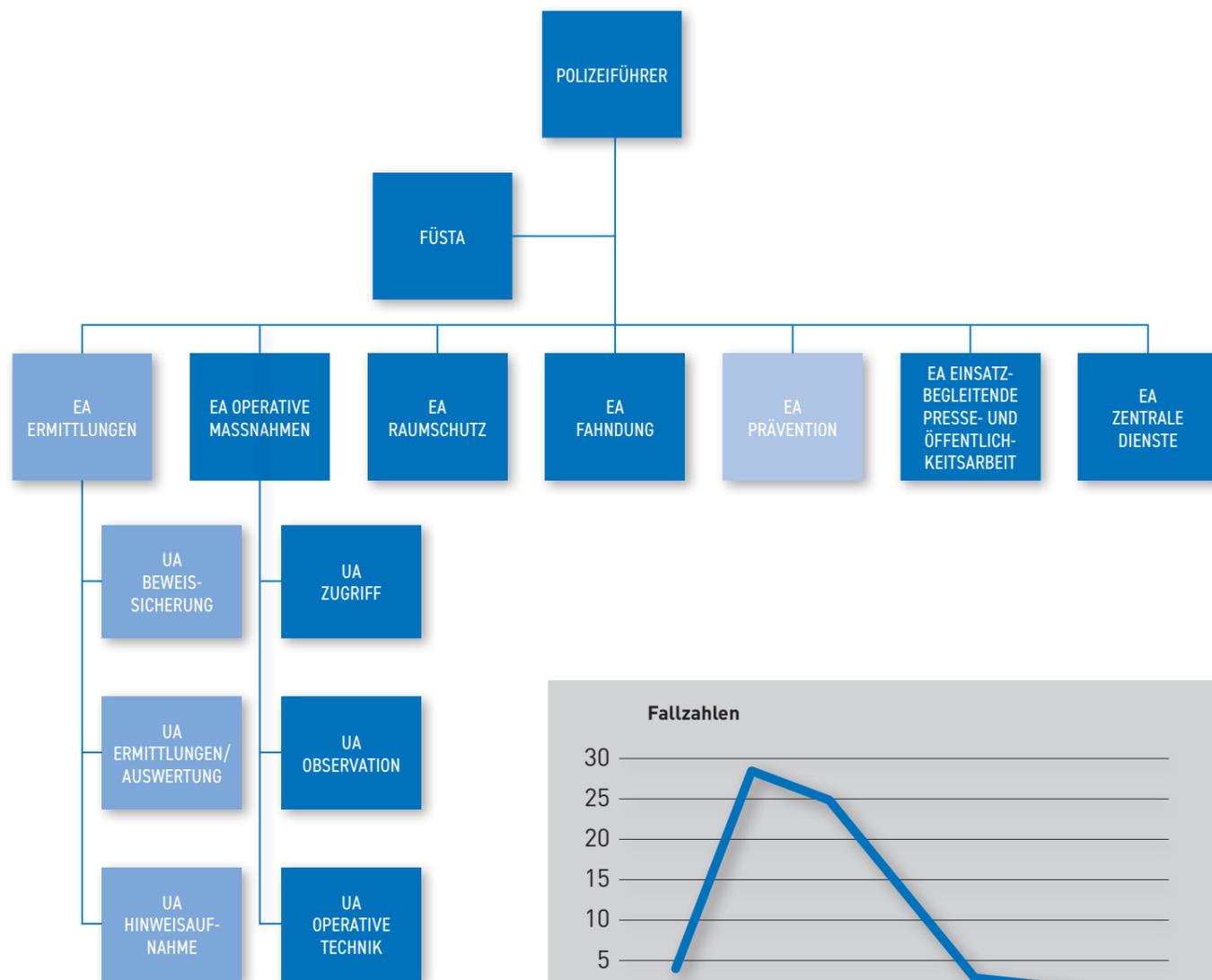


Seit 2016 mehrten sich im Land Brandenburg die Fälle von aufgesprengten Geldausgabeautomaten merklich. Waren 2015 insgesamt vier solcher Taten zu verzeichnen, waren es im Jahr 2016 bereits 28 Angriffe auf Geldausgabeautomaten verschiedener Geldinstitute.

Als Konsequenz aus den steigenden Zahlen und auf Grund der zum Teil hohen Gefahr für Unbeteiligte wurde im Oktober 2016 im Polizeipräsidium zunächst die Besondere Aufbauorganisation (BAO) „Fläming“ zur zentralen Bearbeitung der Ermittlungsverfahren eingerichtet. In der Folge wurde zum 01.11.2017 die BAO „Geld“ aufgerufen, welche durch die Abteilung Organisierte Kriminalität und Schwere grenzüberschreitende Eigentums kriminalität (LKA 200) des Landeskriminalamtes geführt wurde.

Nunmehr wurden alle Angriffe auf Geldausgabeautomaten sowie damit in Zusammenhang stehende Straftaten durch den Einsatzabschnitt (EA) Ermittlungen mit einer Stärke von 21 Beamten bearbeitet. Daneben kam besonders dem EA Prävention erhebliche Bedeutung zu. Denn es waren sensible Gesprächen mit den Vorständen der Banken zu führen, um eine Intensivierung der Präventionsmaßnahmen der Geldinstitute selbst zu initiieren.

Es wurden Sicherheitsgespräche geführt, die Mitarbeiter sensibilisiert und taktische Verhaltensweisen ver-



mittelt. Die anderen EA wurden temporär im Zusammenhang mit komplexen Maßnahmen aufgerufen und befanden sich andernfalls in Rufbereitschaft.

Mehrere groß angelegte Komplexeinsätze und etliche Durchsuchungs- und Festnahme-Einsätze später konnte die BAO „Geld“ insgesamt 30 namentlich bekannt gemachte Tatverdächtige (14 Deutsche; 11 Polen und 5 Niederländer)

und 18 Festnahmen verbuchen. Dabei war vor allem die intensive Zusammenarbeit mit den polnischen Kollegen des Centralne Biuro Śledcze Policji (CBSP) Zielona Gora unentbehrlich.

Im Rahmen einer operativen Ermittlungsgruppe wurden ohne großen Zeitverzug Informationen ausgetauscht. Auch waren bei den Festnahmen polnischer Tatverdächtiger Kollegen der BAO „Geld“ in Polen

mit vor Ort. Die Beschuldigten sind zum Teil zu langjährigen Haftstrafen verurteilt worden. Ein Großteil der polnischen Beschuldigten muss aktuell noch Haftstrafen in Polen verbüßen, bevor die Auslieferung nach Deutschland erfolgen kann.

Im Ergebnis war festzustellen, dass die Anzahl der Angriffe auf Geldausgabeautomaten merklich zurückging. Aus der BAO „Geld“ wurde die Soko „Geld“ welche

Tatortbilder: Commerzbank in Luckau vom 10.11.2016



Tatortbilder: Sparkasse in Burg (Spree-wald) vom 11.10.2017

schließlich in die Allgemeine Aufbauorganisation (AAO) überführt wurde. Seit dem 01.08.2019 liegt die Zuständigkeit für die zentrale Bearbeitung von Angriffen auf Geldausgabeautomaten bei dem dafür neugegründeten LKA 226 „Schwere überregionale Eigentums kriminalität“.

BABY GESUCHT

Aus einer Vermisstenanzeige für ein neun Monate altes Baby wurde am Ende eine Entführung, die ihr Ende in den Niederlanden fand.



Mit Unterstützung der Staatsanwaltschaft Neuruppin, den Länderpolizeien Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz konnte das kleine Mädchen sechzehn bange Tage später wohlauf gefunden werden.

Am 30.12.2017 meldete sich eine 18-Jährige (russ. Föderation) bei der Polizei und gab an, dass ihr 39-jähriger syrischer Mann das gemeinsame Kind nicht zurückgebracht hatte. Die getrenntlebenden

Eltern stritten sich seit längerem um das Sorgerecht. Der Kindsvater war zunächst nicht zu fassen, konnte jedoch in Rheinland-Pfalz lokalisiert werden. Derweil lief die Suche in den Asylunterkünften auf Hochtouren: Fahndungsplakate wurden in mehrere Sprachen übersetzt, um so viele Menschen wie möglich zu erreichen und Hinweise auf den Aufenthaltsort des Mädchens zu bekommen. Im Rahmen einer Besonderen Aufbauorganisation (BAO) und mit Unterstützung der Staatsanwaltschaft Neuruppin konnten inzwischen wegen Entführung Minderjähriger schnell alle nötigen Beschlüsse erlangt werden (Telefonüberwachung, Funkzellendatenortung, Einsatz eines IMSI-Catchers). Intensive Ermittlungen brachten schließlich den entscheidenden Hinweis: der Kindsvater hat eine in Herwijen (Niederlande) lebende Schwester. Die Frau wurde aufgesucht und bei ihr befand sich das Baby. Der Kindsvater wurde vorläufig festgenommen, die Staatsanwaltschaft beantragte Haftbefehl wegen Kindesentführung ins Ausland. Im August 2018 wurde der 39-Jährige nach acht Monaten Untersuchungshaft wegen Geiselnahme verurteilt. Er bekam eine Freiheitsstrafe von einem Jahr und zehn Monaten, die auf Bewährung ausgesetzt wurde.

Ariane Feierbach

DIE POLIZEILICHE ARBEIT BLEIBT GEFÄHRLICH

Nahezu täglich finden Widerstandshandlungen gegen Polizeivollzugsbeamte oder tätliche Angriffe in den polizeilichen Lagebildern Erwähnung.

1.158 Fälle von Gewalt gegen Polizeibeamten wurden im Jahr 2020 im Land Brandenburg registriert. Das sind durchschnittlich drei Übergriffe am Tag. Besonders betroffen von derartigen Attacken sind die im operativen Dienst tätigen Kolleginnen und Kollegen.

2.085 Polizistinnen und Polizisten sind nach offiziellen Zahlen im Jahr 2020 durch derartige Delikte betroffen gewesen. Zur Erinnerung,

die Landesregierung hat die Absicht bekundet, die Zahl der Brandenburger Polizistinnen und Polizisten auf 8.500 Bedienstete bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode zu erhöhen. Rein rechnerisch ist also im vergangenen Jahr nahezu jeder vierte Polizist im Land Brandenburg im Dienst mit unterschiedlichen Formen von Gewalt konfrontiert worden.

Der 28. Februar 2017 ist vielen Kolleginnen und Kollegen in mahrender Erinnerung. An diesem Tag vollzog sich ein bis zu diesem Zeitpunkt ungekanntes Ausmaß von Gewalt gegen Polizisten. Zwei Kollegen des Wach- und Wechseldienstes der Polizeiinspektion



Oder-Spree/Frankfurt (Oder) sind an diesem Tag von einem auf der Flucht befindlichen Mörder in Oegeln, bei Beeskow, vorsätzlich überfahren und so getötet worden. An der Unglücksstelle erinnert heute ebenso wie in Potsdam, eine Stele an die unfassbare Tat. Torsten Krautz und Torsten Paul wurden aus dem Leben, aus ihren Familien und aus dem Kollegenkreis gerissen.

Unmittelbar in das Geschehen involvierte Kolleginnen und Kollegen kämpfen zum Teil noch immer mit der Verarbeitung des Erlebten. Die Stelen in Oegel und Potsdam sowie die Gedenktafel des Martin-Heinze-Fonds in Fürstenwalde und Potsdam mahnen und sind sichtbares Zeichen für die Gefahren, die mit dem Beruf des Polizisten tagtäglich verbunden sind.

Die Gewerkschaft der Polizei thematisiert mit ihrer Kampagne „Auch Mensch“ Gewalt gegen Polizisten und Rettungskräfte bereits seit einiger Zeit. Im Jahr 2018 wurden zudem mit den § 114 und 115 StGB neue Strafrechtsnorm mit dem Ziel geschaffen, derartigen Straftaten unter anderem durch ein höheres Strafmaß zu begegnen.

Auch die Brandenburger Landesregierung hat auf diese Tat vom 28. Februar 2017 reagiert. Mit der Richtlinie des Ministeriums für Inneres und Kommunales zur Unterstützung Hinterbliebener von im Einsatz tödlich verunfallter Angehörigen der Feuerwehr, der Hilfsorganisationen und der Polizei ist die finanzielle Absicherung der Angehörigen wesentlich verbessert worden.

Roland Kamenz

In Gedenken an die im Dienste der Polizei des Landes Brandenburg zu Tode gekommenen Kolleginnen und Kollegen wurde am 7. November 2018 die „Stätte der Erinnerung und Mahnung“ im Herzen der Liegenschaft des Polizeipräsidiums in Potsdam in einer feierlichen Zeremonie mit Familienangehörigen und zahlreichen Gästen eingeweiht. An den furchtbaren Verlust unserer getöteter Kollegen

Polizeihauptmeister Martin Heinze
Polizeihauptkommissar Steffen Meyer
Polizeihauptmeister Torsten Krautz
und Torsten Paul

erinnern drei einzelne Stelen. Es für das Polizeipräsidium eine Ehre im November jeden Jahres in einer Gedenkveranstaltung an die Kolleginnen und Kollegen zu erinnern die wir verloren haben.

Sie sind unvergessen.
 Ulrike Gladitz, Präsidialbüro



Gedenktafel in der Polizeiinspektion Oder-Spree/Frankfurt



Orte des Gedenkens in Oegeln und auf dem Gelände des Polizeipräsidiums in Eiche



WER BEHAUPTET NOCH, WAFFENRECHT SEI LANGWEILIG?



Das tägliche Geschäft einer Waffenbehörde ist bekanntlich zu einem hohen Prozentsatz an den Dienst im Büro geknüpft. Dies wiederum könnte Außenstehende zu der Meinung verführen, die Erteilung von waffenrechtlichen Erlaubnissen, Widerruf, der Kontrollen von Waffenhändlern und Schießstätten bis hin zu Fundwaffen oder Erbfällen seien ein langweiliges Unterfangen.

Doch weit gefehlt! Lassen Sie mich ein Beispiel bringen, welches aufzeigen soll, wie spannend unsere Arbeit sein kann. Wenn ich die letzten zehn Jahre Revue passieren lasse, dann war dies sicher ein Highlight. Und ich rede von einer Zeit, in denen bekanntlich vermehrt Reichsbürger und sog. „Selbstverwalter“ die Polizei beschäftigen.

Nun, so viel schon einmal vorab. Bei diesem Beispiel handelt es sich nicht um einen Anhänger solcher kruder Ideen, sondern um einen

Waffenhändler, der bei uns eine Waffenhandelserlaubnis beantragte. Daraufhin schellte im November 2017 das Telefon. Das Landeskriminalamt war am Apparat und bat um Unterstützung der Direktion Ost. Wurde gegen den Barnimer doch zu dieser Zeit zum Vorwurf des unerlaubten Waffenbesitzes und Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz ermittelt. Wie ernst man die Sache nahm, ließ sich beim Anblick von Kräften der Spezialeinheiten der Länder Brandenburg und Berlin erahnen, die am Einsatztag voll aufgerüstet erschienen. Der Beschuldigte fand sich dann auch ganz schnell in Handfesseln wieder. Der Anblick, der sich in den Räumen seines Hauses bot, sorgte im Anschluss selbst bei uns Experten für Erstaunen. Waffen aller Art fanden sich in jedem Winkel des Objektes: Perkussionswaffen, Streitäxte, Morgensterne, Bögen, Präzisionsarmbrüste, Bajonette, Schreckschusswaffen, Samuraischwerter sowie Maschinenpistolen, halbautomatische Pistolen und und und... Wer da noch meinte, dass es sich doch wohl nur um Sammlerstücke handeln konnte, den belehrten die greifbar gelagerten Waffen an jedem Fenster bzw. auf den Fensterbrettern der unteren Etage eines Besseren. Von wegen Waffenhandel! Es schien, als habe der Beschuldigte jede Sekunde mit einem Angriff von Schwerbewaffneten gerechnet. In der Küche, quasi zwischen den Cornflakeschüsseln der Kinder des Mannes, lag eine halbautomatische Pistole und die passende Munition

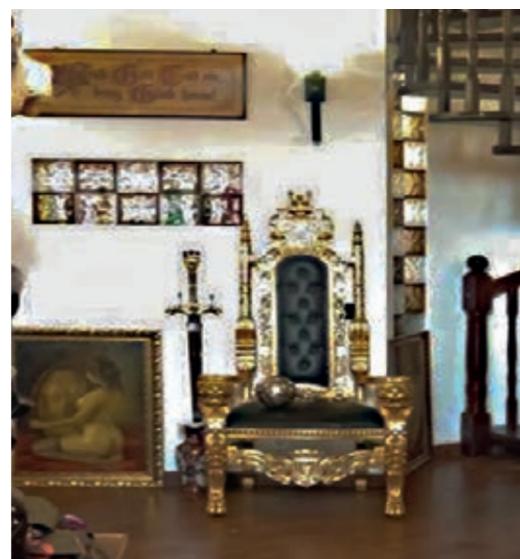


Aufgefundene Waffen im Haus eines so genannten Selbstverwalters

fand sich in gefühlt jedem zweiten Küchenschrank. Darüber hinaus schienen Säbel und Bajonette zur Standardausrüstung des Einfamilienhauses zu gehören. Im Schlafzimmer entdeckten wir eine größere Metallbox mit der unglaublichen Anzahl von 5700 (!) Schuss erlaubnispflichtiger Munition. Man wagt es kaum auszusprechen, aber an diesem Tag wunderte sich kaum noch jemand, als wir auch im Auto des Zwei-Meter-Hünen drei halbautomatische Pistolen vorfanden.

Noch einmal, der Barnimer war nicht etwa ideologisch verblendet. Dem offensichtlich fanatischen Waffennarren wurden umgehend sämtliche waffenrechtliche Erlaubnisse entzogen. Also, liebe Kolleginnen und Kollegen – seid nie nachlässig in Eurer Eigensicherung! Wenn der Mann auch wie ein Bär rüberkam, so war ihm seine Gedankenwelt doch nicht anzusehen ...

Falko Schäfer



Streitäxte, Morgensterne, Bögen, Präzisionsarmbrüste, Bajonette, Schreckschusswaffen, Samuraischwerter sowie Maschinenpistolen (li. oben) – und ein Thron (oben)

LANGERSEHENTER NEUBAU



Fredy Lange, Leiter Führungs- und Revierdienst der Polizeiinspektion Havelland in Falkensee:

„Der „Kreislauf“ der Falkenseer Polizei seit der Wende: „Der 01. November 1991 – ich trete meinen Dienst als Wachenleiter in Falkensee an – in einer Stadtvilla, die nicht wirklich polizeitauglich war. Später zogen wir in eine Baracke, mieteten für die Kripo zeitweise einen Kindergarten an, brachten Teile der Mannschaft in einer von der Stadt abgeschriebenen Liegenschaft unter und übernahmen am 6. Dezember 2017 den Schlüssel für unser neues Haus...“



10 Jahre Polizeidirektion West – noch mehr Themen gibt's hier:



DIENST- WAFFE GEHT IN PENSION



Viele Konzeptionen wurden innerhalb der letzten Jahre erstellt. Eine hiervon war 2017 der Einführung der neuen Standarddienstpistole H&K SFP9 gewidmet. Bei der SFP9 handelt es sich um eine moderne Schlagbolzenschlosspistole mit vielen technischen und ergonomischen Innovationen. Damit steht unseren Polizeivollzugsbediensteten in den nächsten Jahrzehnten ein, den polizeilichen Anforderungen entsprechend, zertifiziertes Einsatzmittel zur Verfügung. Nach einer durchschnittlichen Nutzungsdauer von 23 Jahren wurde und wird die „Alte“ SIG Sauer P228 sukzessive in Pension geschickt.



GEPANZERT IM EINSATZ

Ob Erstintervention im Wach- und Wechseldienst und Bereitschaftspolizei oder Spezialeinheiten, in besonders gefährlichen Einsätzen wird besondere Ausstattung mit hohen Sicherheitsanforderungen benötigt. Gerade in terroristischen Bedrohungslagen oder bei Anschlagssituationen ist die bestmögliche Ausstattung für die Spezialkräfte notwendig.

Aus diesem Grund kann die Polizei des Landes Brandenburg seit Herbst 2017 über ein sondergeschütztes Gruppenfahrzeug vom Typ HVMV Survivor verfügen und dieses universell einsetzen. Das Fahrzeug ist beschussfest, bietet Schutz gegen Absprengungen und ist mit einem Räumschild und Feuerlöschsystem ausgestattet.

Im Einsatzgeschehen wurde das Fahrzeug bereits beschossen und hat seine Feuertaufe damit erfolgreich absolviert.

ALLE IM SELBEN BOOT

Stärkung der Arbeitsfähigkeit in der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung

In den Kriminalkommissariaten der Polizeiinspektionen (KKI) und den Kriminalkommissariaten Zentrale Bearbeitung (KK ZENTRAB) werden zusammen ca. 95 Prozent der Gesamtkriminalität im Land Brandenburg bearbeitet. Die hohe Arbeitsbelastung und die permanenten Anpassungen an das Kriminalitätsgeschehen machten Veränderungen der Struktur notwendig.

Der 2017 eingerichtete Arbeitskreis (AK) ZENTRAB, der durch den Behördenstabsbereich 1K begleitet wurde, prüfte Möglichkeiten der Optimierung der Arbeitsweise der ZENTRAB. Nach aufwendigen Überprüfungen, Abwägungen und Diskussionen, sprach sich der AK u.a. für eine Auflösung der lang-

jährig vorhandenen ZENTRAB II aus. Im Gegensatz zur ZENTRAB, führte die ZENTRAB II dort weitere Ermittlungshandlungen durch, wo die ZENTRAB Verfahren abschloss oder an die KKI weiterleitete.

Nachdem im Jahr 2018 die Evaluation der ZENTRAB II unter dem strategischen Schwerpunkt „Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung“ abgeschlossen wurde, sollten daran anknüpfend Vorschläge für die Kriminalkommissariate in den Polizeiinspektionen (KKI) erarbeitet werden, um eine quantitative und qualitative Sachbearbeitung bei weiter steigenden Anforderungen gewährleisten zu können.

So wurde konsequenter Weise die „Arbeitsgruppe zur Gewährleistung der Funktionsfähigkeit in den KKI“ (AG KKI) im August 2019 einberufen. Ziel war es, erfolgskritische Einflussfaktoren zu identifizieren, um auch weiterhin die Arbeitsfähig-

keit in diesem Bereich zu gewährleisten. Die Arbeitsgruppe hat ihren Abschlussbericht vorgelegt.

Es ist nun gemeinsame Aufgabe, die Ergebnisse der Diskurse in der Praxis umzusetzen und mit Leben zu erfüllen. Denn die notwendige Fortentwicklung in den KKI und KK ZENTRAB kann nur gemeinsam, insbesondere mit einem verantwortungsvollen und transparenten Vorgehen seitens der Führungskräfte und einem Mitwirken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der betroffenen Bereiche gelingen.

Und es wird wahrscheinlich nicht unsere letzte Befassung mit der Frage „Wie kann die Funktionsfähigkeit der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung bei weiter steigenden Anforderungen gewährleistet werden?“ sein. Es ist ein ständiger Prozess, bei dem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kriminalpolizei „in einem Boot“ sitzen und dem wir als Behördenstab 1K unsere besondere Aufmerksamkeit schenken.



10 JAHRE
POLIZEI-
PRÄSIDIUM

Waldbrand Treuenbrietzen

150 HEKTAR WALD ZERSTÖRT



Kilometerweit sichtbare Rauchsäulen über dem Einsatzraum

Mathias Tänzler, Leiter der Polizeiinspektion Brandenburg an der Havel:

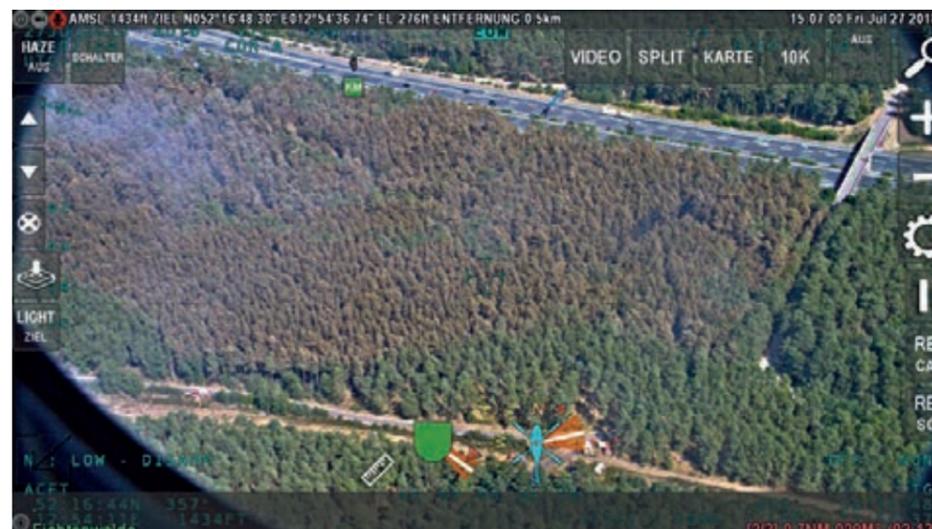
„Wie der Zufall es wollte, war ich im Sommer 2018 bei beiden Großbränden in Fichtenwalde und Treuenbrietzen als Leitungsdienst der Polizeidirektion West Polizeiführer der Phase 2.“

Mir wird insbesondere die gute Zusammenarbeit mit dem Landkreis Potsdam-Mittelmark in Erinnerung bleiben. Der Einsatzerfolg für Polizei und Feuerwehr hing wesentlich mit der durchgehenden Verfügbarkeit eines Polizeihubschraubers zusammen, da nur dessen Aufklärungsergebnisse eine wirksame Steuerung von Brandbekämpfungs- und polizeilichen Maßnahmen ermöglichte.

Hinderlich bei der polizeilichen Aufgabenerfüllung waren das Fehlen jeglicher, geländegängiger Fahrzeuge in den Polizeiinspektionen, die riesigen Lücken in der Handynetzaabdeckung sowie erhebliche Probleme mit dem Funk, welche die Führung der Kräfte zusätzlich erschwerte. In Erinnerung bleiben werden bei mir aber auch die riesigen Rauchwolken am Horizont, die schon von Weitem sichtbar waren und zeigten, hier ist etwas unvorstellbar Bedrohliches im Gange....“



Brand in Fichtenwalde vom Hubschrauber aus, Aufnahme von Löschwasser



DOPPELMORD IN RATHENOW

Carsten Teichert, Ermittler der Mordkommission in der Kriminalpolizei der Direktion West:

„Der Doppelmord vom 13. Januar 2018 in der Rathenower Goethestraße berührt und macht betroffen – umso mehr, als an Hand der Spurenlage herausgestellt werden konnte, welche schier unerträgliche Qualen durch die massiven Verletzungen an den Körpern der Opfer sowie durch die Art der Fesselung an Händen und Füßen verursacht wurden.“

Dazu kommt die immer wiederkehrende Frage: „Wie kann ein Mensch nur so etwas tun? Was spielte sich zuletzt in den Gedanken der beiden Opfer ab? Was ging in den Köpfen der Täter vor? Den Opfern muss, ausgesetzt einer aussichtslosen und schmerzvollen Situation, lange bewusst gewesen sein, dass sie diese Situation nicht überleben werden.“



Es bleibt bei den Ermittlern aber auch die Genugtuung, mit den Ergebnissen der Spurenuntersuchung jeweils die Art der Tatbeteiligung der beiden Täter im Einzelnen nachweisen zu können. Wie z.B. die Leiter zum Einsteigen in die Wohnung, der Führung der Tatwerkzeuge, die Art der Fesselung, trotz des Versuches der Spurenvernichtung mittels Brandlegung. Was aber auch bleibt, sind die Gesichter der Täter ...

10 Jahre Polizeidirektion West – noch mehr Themen gibt's hier:



▶ 2018



AUSSERORDENTLICHES PROJEKT

Brückenabrisss Anschlussstelle Birkenwerder in Richtung Berlin

Seit 2018 wird an den Autobahnen im Nordwesten des Landes gebaut. Ein ganz besonderes Projekt begann im Sommer mit einem Spatenstich und wird voraussichtlich Ende 2022 fertig sein.

Die Bundesautobahnen A 10 (nördlicher Berliner Ring) und A 24 (Berlin – Hamburg) wurden zum ersten Mal in der Landesgeschichte als öffentlich-privates Projekt (ÖPP) gebaut. Insgesamt 65 km Autobahn galt es auszubauen oder zu erneuern, darunter zählte auch der sechsstreifige Ausbau der A10 zwischen den Dreiecken Pankow und Havelland. Dabei wurde von Anfang an Wert auf eine gute Zusammenarbeit zwischen der DEGES (Deutsche

Einheit Fernstraßenplanungs-/bau), der Havelland Autobahngesellschaft und der Polizeidirektion Nord gelegt. Konzepte für Rettungswege mussten mit den Blaulichtorganisationen abgesprochen und immer wieder neu justiert werden. Schwerpunkte wurden schnell erkannt und behoben. An einer Anschlussstelle kam es immer wieder zu Verkehrsunfällen, die schnell durch eine mehrfach herabgesetzte Geschwindigkeitsgrenze und bauliche Veränderungen entschärft werden konnte.

Bislang ist der Bau hervorragend und ohne einen Anstieg der Verkehrsunfallzahlen gelaufen. Bauarbeiter haben immer wieder Stellen für Geschwindigkeitsmessgeräte ermöglicht, weil ihnen aufgefallen war, dass die Fahrzeuge dann langsamer fahren und ihr Arbeitsplatz

dadurch sicherer wurde. Eine Task-Force wurde gebildet, um den Verkehr bei den Vollsperrungen, die für Brückenabrisse und Einhübe nötig waren, über geeignete Strecken umzuleiten und ein Verkehrschaos zu verhindern.

Am Ende des nächsten Jahres sind dann insgesamt neun Anschlussstellen ausgebaut, fünf Park-/WC-Anlagen erneuert, eine Brücke ersatzlos abgerissen und 38 Brücken erneuert worden. Neu an dem Projekt ist auch, dass die erneuerten Abschnitte auf dem Berliner Ring noch 30 Jahre von der Havelland Autobahngesellschaft unterhalten werden – mit eigenem Betriebsdienst und Infrastruktur.

Ariane Feierbach

»SYRISCHER MAFIA« DAS HANDWERK GELEGT

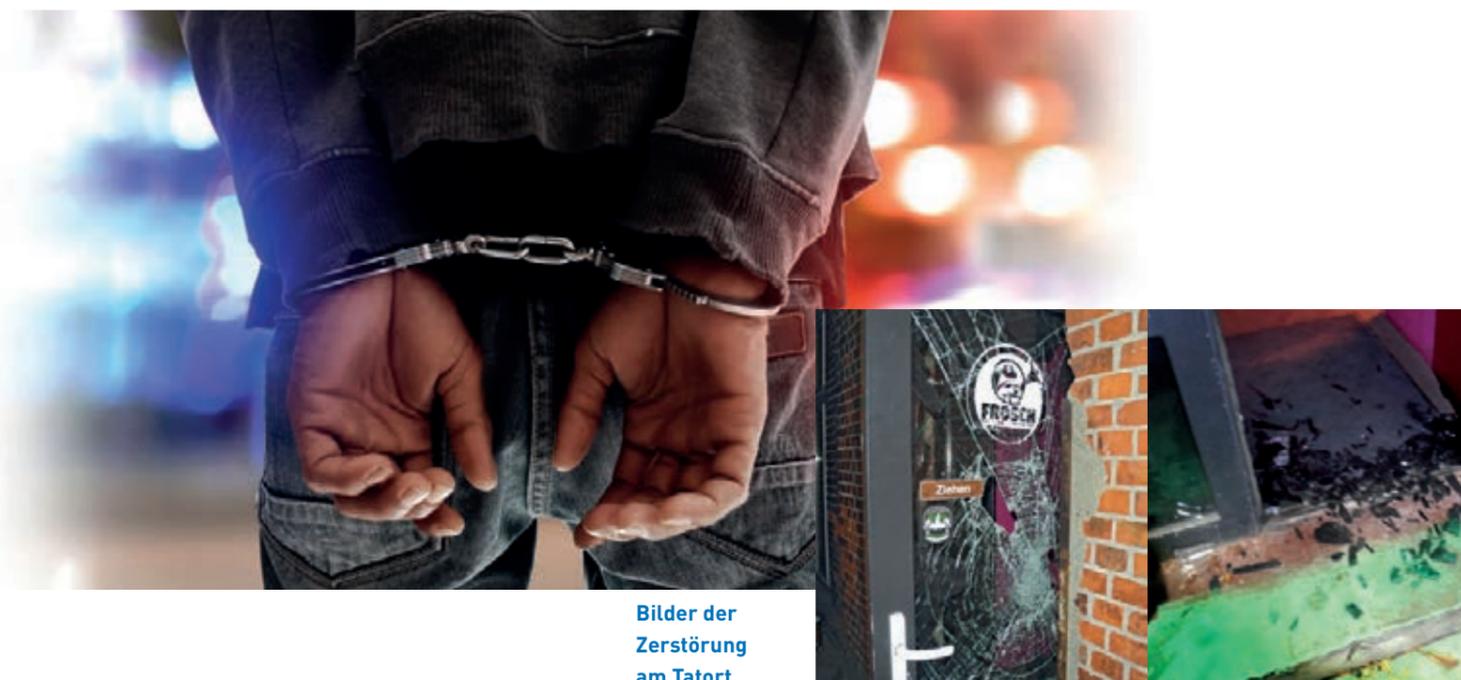
Im Jahr 2018 verzeichnete die Polizei in Frankfurt (Oder) eine wachsende Zahl von Straftaten, die in unterschiedlichen Konstellationen von verschiedenen Mitgliedern einer Personengruppe verübt wurden.

Die Gruppe von 18 Männern syrischer Herkunft, die seit 2015 als Asylsuchende in die Oderstadt gekommen waren, hatten sich unter dem selbstgewählten Titel „Syrische Mafia“ sukzessive zusammengeslossen und waren fortan fast täglich Bestandteil der polizeilichen Lage in Frankfurt (Oder). Neben diversen Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz und Rohheitsdelikten in der Öffentlichkeit war es dann die zunehmende Qualität und Intensität der begangenen Rechtsbrüche, die zur Bildung einer

Ermittlungsgruppe der Polizei führten. Herausragend hierbei war der Angriff eines Teils dieser Gruppe auf einen Club und dessen Gäste in der Nacht zum 26.08.2018. Ohne jede Scheu vor Konsequenzen hatten sich die Täter damals bewaffnet und verbündet, um in aller Öffentlichkeit die gut besuchte Diskothek zu stürmen und Rache dafür zu nehmen, dass einigen ihrer Kumpane der Zutritt zuvor verweigert worden war. Das Erschrecken in der Öffentlichkeit war groß und die Tat erfuhr bundesweite Beach-

tung in den Medien. In Frankfurt (Oder) brodelte es. Die Menschen bekundeten offen, dass sie sich nicht mehr sicher fühlten. Was also tun mit einer solch verworrenen und verschworenen Gemeinschaft, die dem hiesigen Rechtsstaat offen ablehnend gegenübertritt, keine Schnittmenge mit den Werten der Gesellschaft und keinerlei soziale Bindungen hier hat? Was tun, um das sonst gute Verhältnis zur Frankfurter Bevölkerung und das bestehende Vertrauen in die Polizei als Gefahrenabwehr- und Ermittlungsbehörde nicht zu gefährden? Die Antworten darauf finden alle Interessierten unter dem QR-Code (rechts).

Till-Justus Hille,
Pressestelle PD Ost



Bilder der Zerstörung am Tatort



WIR MACHEN THEATER: SENIONENTHEATER

Frühjahr 2017...Deutscher Präventionstag...über den Tellerrand schauen und Möglichkeiten, zur vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung austauschen. Ein wichtiges und immer präsent Thema – Betrugsdelikte.

Enkel am Telefon? Schauspieler stellen einen Trickbetrug nach

Enkeltrick, Falscher Polizist, Gewinnversprechen, falscher Handwerker, Haustürgeschäfte... Die Liste der Delikte, bei welchen die Hilfsbereitschaft und Gutgläubigkeit gerader älterer Menschen ausgenutzt werden, ist endlos lang und es finden ständig neue Ideen Einzug.

Im Landkreis Dahme Spreewald, wie natürlich auch in anderen Regionen Deutschlands, versuchen Täter immer wieder mit ausgefeilten Betrugsmaschinen an das Geld der Senioren heranzukommen. Also wie können wir als polizeiliche Prävention diese Gruppe informieren,

warnen und schützen? Die schwierige Erreichbarkeit von Senioren ist keine Unzulänglichkeit dieser Zielgruppe, sondern ein Zeichen von Lebenserfahrungen und Selbstständigkeit. Lediglich die Darstellung in Form von Veranstaltungen mit der Weitergabe von Verhaltenstipps und



Einweisung vom Fachmann: „Casting“ für das Seniorentheater

der damit verbundene „Zeigefinger“ bringen nicht den erforderlichen Aha-Effekt.

Hier kam im Jahr 2017 die neue Idee ins Spiel. Wir machen Theater – Seniorentheater. Den Senioren soll anhand von Beispielen (Sachverhalten aus dem Leben) anschaulich dargestellt und aufgezeigt werden, welche Vorgehensweisen die Täter nutzen, um an das bevorzugte Gut zu gelangen. Gleichzeitig werden Verhaltensweisen zum Schutz vor Trickdiebstahl und Betrugsdelikten dargestellt.

Nach dem „Casting“ im August 2017, bei welchen weit über 40 Senioren erschienen sind, besteht nun der harte Kern der „Schauspieler“ aus ca. 10 Personen. Diese sind mittlerweile in einem Verein tätig – Senioren-Sicherheitstheater Königs Wusterhausen



... Das Seniorentheater für mehr Sicherheit im Landkreis Dahme Spreewald hatte vor der Covid 19 Pandemie viele Auftritte. Es bereitete uns als Präventionsteam gemeinsam mit „unseren Schauspielern“ große Freude – aufzuklären und Verhaltenstipps weiter zu geben. Der Erfolg, der Rückgang der vollendeten Betrugsdelikte im Landkreis Dahme Spreewald, sprach für uns. Daher bewarben wir uns im Jahr 2018 für den Landespräventionspreis Brandenburg. Im Dezember 2018 erfolgte die Auszeichnung und die Übergabe der Urkunde sowie eines Preisgeldes an den Verein durch den damaligen Innenminister, Herrn Schröter.

Nunmehr sind wir bereits wieder fleißig am Proben für kommende Auftritte. Zahlreiche Nachfragen hinsichtlich der Durchführung von Präventionsveranstaltungen sind bereits eingegangen. In der Zwischenzeit ist aus dem Seniorentheater ein eingetragener Verein geworden.

Weitere Informationen unter www.seniorentheater-lds.de/ startseite

Susanne Heinrich

Trotz ernstem Inhalt – alle Senioren sind mit viel Freude bei der Umsetzung der Szenee-Ideen dabei

»MIT 25 EIN ALTER HASE ...«

VERJÜNGUNG IN DEN REVIEREN

10 Jahre Polizeidirektion West – noch mehr Themen gibt's hier:



► 2018



PK'in Vanessa Schilde, Kollegin des Wach- und Wechseldienstes Luckenwalde:

„Als Werbegesicht auf vielen Einsatzfahrzeugen begann ich im Herbst 2018 meinen Polizeialltag in der Polizeinspektion in Teltow-Fläming. Meine ersten Schichten absolvierte ich mit Kollegen, welche sowohl dienst- als auch lebenserfahrener waren als ich. Das Durchschnittsalter lag bei ca. 35 Jahren. Doch mittlerweile gehöre auch ich, durch die andauernde Alterstransformation der Reviere, bereits mit 25 Jahren zu den sogenannten „alten Hasen“ der Dienststelle ...“

STRECKEN-BOOTE GETAUFT



Im Rahmen des Bootneubauprogramms wurde in den letzten Jahren umfassend die Neubeschaffung von Streckenbooten als Ersatz für die derzeit im Dienst befindlichen Dienstboote des Typ II erarbeitet. Dienstboote des Typs II sind für den Einsatz auf Gewässern mit überwiegend Sport- und Freizeitschifffahrt für den Streifendienst und die Verkehrsüberwachung konzipiert.

Nach Beschaffung der ersten zwei Streckenboote wurden diese 2018 öffentlichkeitswirksam in Potsdam getauft und in den Dienst gestellt. Eine der beiden Taufpatinnen war die damalige Staatssekretärin, Frau Katrin Lange.

10 JAHRE
POLIZEI-
PRÄSIDIUM

MORD OHNE LEICHE

Burkhard Plock, Dezernat 1, Mordkommission der Kriminalpolizei in der Direktion West:

„Noch vor Eröffnung der Hauptverhandlung nahm sich der tatverdächtige Ehemann der Vermissten in der JVA Wulkow das Leben. Er hatte sich bis zuletzt zur Tat nicht eingelassen. Auch der Leichnam der Vermissten konnte bis zum heutigen Tag nicht aufgefunden werden. Zurück bleibt, mit vielen offenen Fragen, die minderjährige Tochter“



Im März 2019 meldete Rene K. seine Ehefrau Claudia K. als vermisst. Es begannen umfangreiche Ermittlungen. Durch widersprüchliche Angaben in den Vernehmungen geriet schnell der Ehemann selbst unter Tatverdacht, seine Frau nach einem Streit getötet zu haben. Die Erweiterte Mordkommission (EMK) ermittelte über zwei Monate zum Verdacht eines Mordes an Claudia K. und suchte nach Beweisen und ihrem Verbleib. Die Staatsanwaltschaft sah es aufgrund erdrückender Beweislast als erwiesen an, dass K. seine von ihm getrennt lebende Ehefrau an ihrer Wohnung abhing, dazu brachte in seinen PKW einzusteigen und sie wenig später an einem unbekanntem Ort tötete.

10 Jahre Polizeidirektion West – noch mehr Themen gibt's hier:



▶ 2019

Mit der Bekanntgabe des Tesla-Chefs Elon Musk im Rahmen der Gala eines großen Medienhauses am 12.11.2019, eine Gigafactory nahe Berlin zu errichten, wurde in den Reihen der Brandenburgischen Polizei klar, dass damit verbunden auch zusätzliche Aufgaben für die Kolleginnen und Kollegen entstehen. Nun mag man sich fragen: Was hat die Polizei mit einer Automobilfabrik zu tun?

WAS HAT DIE POLIZEI MIT EINER AUTOMOBIL- FABRIK ZU TUN?



Schnappschuss des beeindruckenden Trainings in schwindelerregender Höhe



Luftaufnahme der Großbaustelle bei Grünheide (Mark)

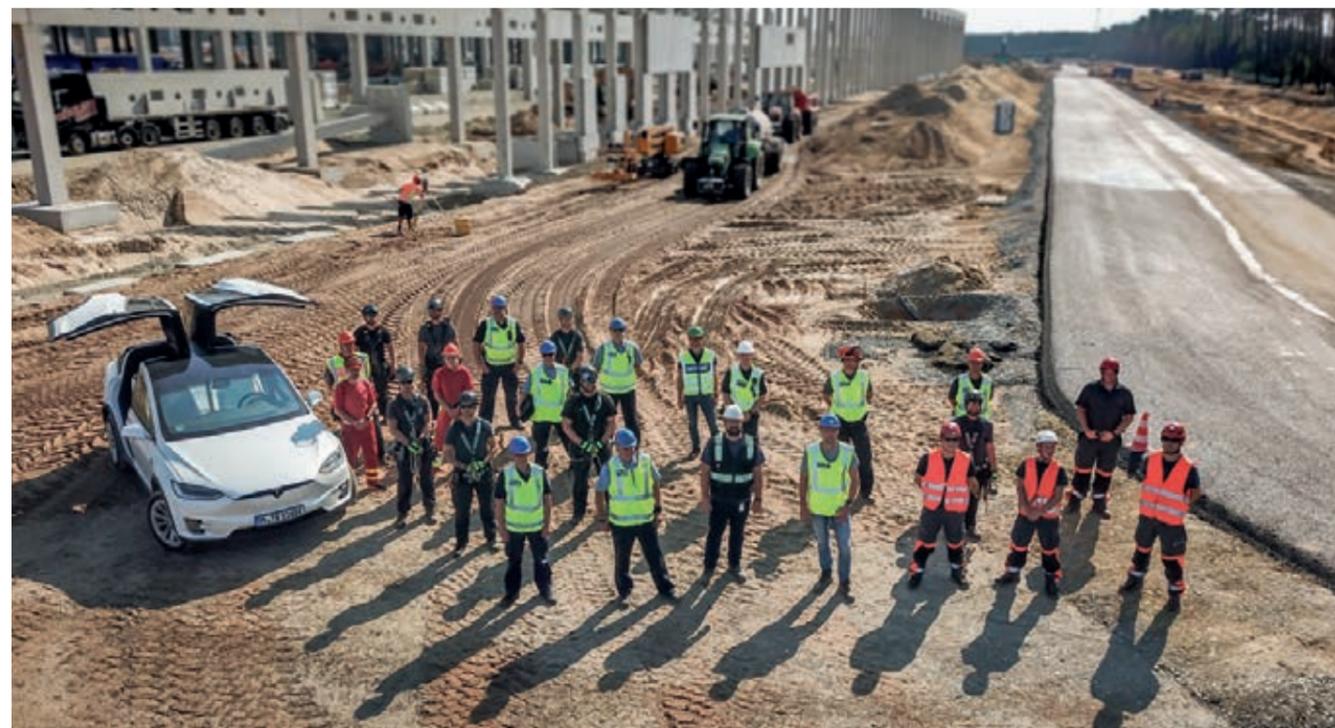


Regelmäßig erfolgt bei Großprojekten in Teilen der Bevölkerung, insbesondere bei Anwohnern der betroffenen Region, eine kritische Auseinandersetzung. Dies führte auch in und um Grünheide unmittelbar nach Bekanntwerden des Vorhabens zu einer Vielzahl von kleineren und größeren Versammlungen und demonstrativen Aktionen. Immer wieder waren Plakatierungen im Umfeld der Baustelle und in den benachbarten Gemeinden festzustellen. Auf Pappschildern und Stoffbannern, welche teilweise in erstaunlicher Höhe in Bäumen angebracht wurden, drückten Kritiker ihren Unmut im Zusammenhang mit dem Großprojekt aus. Die Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den kommunalen Ordnungsbehörden, welche die Sachverhalte

ten die Baubesetzungen im Zusammenwirken mit den örtlichen Polizeikräften innerhalb kürzester Zeit friedlich beendet werden. Nun wurden die polizeilichen Schutzmaßnahmen für das Gelände weiter erhöht, um derartige Aktionen für die Zukunft zu verhindern. Es erfolgten engmaschige Kontrollen in dem Bereich, um Störungen rechtzeitig zu erkennen und angemessen entgegenwirken zu können.

Bau beteiligten Firmen und nicht zuletzt mit den Ansprechpartnern der Firma Tesla aufzubauen und zu unterhalten.

Mit den sichtbaren Entwicklungen auf dem Areal nahe der Autobahn BAB 10 stieg auch das Interesse sogenannter „Spotter“. Diese machten sich den Fortschritt der Technik zu Nutze und setzten neben hochauflösenden Fotoapparaten zu



Einsatz des Hubsteigers zur gefahrenfreien Befestigung der Takellage

zuständigkeitshalber von der Polizei übernommen oder gleich selbstständig tätig wurden, lief hervorragend. Mit dem Näherrücken des Termins für die ersten Rodungsmaßnahmen war hierbei eine deutliche Steigerung zu erkennen, die letztlich im Februar 2020 auch zu zwei Baubesetzungen führten. Durch auf Höhenintervention spezialisierte Beamte der Technischen Einsatzeinheit konn-

Frühzeitig wurden in der Polizeidirektion Ost und in der Polizeiinspektion Oder-Spree/Frankfurt (Oder) jeweils ein Beamter mit der Koordination der polizeilichen Maßnahmen sowie der sachgerechten Informationssteuerung mit Tesla-Bezug beauftragt. Es galt, den Kontakt zu Behörden und Einrichtungen, die mit dem Bau der Gigafactory befasst sind, mit am

nehmend auch Drohnen ein, um die besten und aktuellsten Bilder für ihre Berichterstattung in sozialen Medien und auf Videoplattformen im Internet zu bekommen. Nach anfänglich auftretenden kleineren Regelverletzungen und Störungen der Drohnenführer, insbesondere der besonders strengen Regeln bezüglich der Kontrollzone des Flughafens BER, in welchem der

größte Teil des Tesla-Geländes liegt, konnten die Akteure in präventiven Gesprächen und Aufklärungsrunden unter Einbeziehung von Fachleuten der Gemeinsamen Oberen Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg zu ihrer Verantwortung sensibilisiert werden. Seitdem ist ein regelkonformes Verhalten der meisten „Spotter“ zu beobachten, sodass die Drohnen Einsatz- und Abwehrgruppe der Technischen Einsatzeinheit der Brandenburgischen Polizei nur zu einzelnen besonderen Einsatzanlässen eingesetzt wird.

Einen unschönen Höhepunkt fanden die Proteste gegen die Errichtung der Gigafactory Ende Mai 2021 in einem Brandanschlag auf eine provisorische Starkstromanbindung außerhalb des Baustellengeländes. Hierbei wurden durch bisher unbekannte Täter oder Täterinnen die Bauzäune an der Kabeltrasse überwunden und mehrere Kabel mittels einer unkonventionellen Spreng- und

Brandvorrichtung (USBV) nicht unerheblich beschädigt. Offenbar sollten durch die Sabotage an der Stromleitung die Bauarbeiten behindert und verzögert werden. In einem zeitnah auf einer einschlägigen Internetseite veröffentlichten Selbstbeichtigungsschreiben einer bereits bekannten linksterroristischen Vereinigung wurde der Anschlag unter anderem mit dem Kampf gegen den sogenannten „grünen Kapitalismus“ begründet. Nachdem die örtlich zuständigen Polizeidienststellen den Ersten Angriff eingeleitet hatten, übernahm das Landeskriminalamt der Brandenburgischen Polizei umgehend die Ermittlungen. Inzwischen wurden die Ermittlungsakten und somit auch die Zuständigkeit der weiteren Bearbeitung auf Weisung des Generalbundesanwaltes an das Bundeskriminalamt übergeben.

Mit der zwischenzeitlich abgeschlossenen zweiten Auslegung und Erörterung der Antragsunterlagen für die Tesla-Industrieanlage rückt

eine Entscheidung, zu der durch das US-Unternehmen angestrebten Gesamtgenehmigung des Projektes, näher. Eine abschließende Genehmigung des Bauvorhabens bildet die Grundlage für den Produktionsstart, der aktuell immerhin noch für das Jahr 2021 geplant ist. Auch wenn die ersten Elektroautos der Modellreihe Tesla Y vom Band rollen, ist die Aufgabenerfüllung für die Polizei nicht zu Ende. Weitere vorgesehene Ausbaustufen für die Gigafactory, welche die Mitarbeiterzahl am Standort Grünheide auf zirka 40.000 Personen anwachsen lassen könnten und der damit verbundene Zuzug von Menschen in die Region sowie die zu erwartenden Ansiedlungen weiterer Unternehmen und Zulieferer in Verbindung mit umfangreichen Infrastrukturmaßnahmen, werden die Polizei des Landes Brandenburg auch künftig vor weitere Herausforderungen stellen.

Danny Knispel, TESLA-Verantwortlicher der PI Oder-Spree/Frankfurt (Oder)

Teilnehmer der Übung auf dem Gelände der zukünftigen Gigafabrik neben einem dann dort produzierten Fahrzeug

INFORMIEREN, KONTROLLIEREN, SANKTIONIEREN

Fahrzeug wird
anvisiert und
in die Messstre-
cke begleitet



Teambespre-
chung der Ein-
satzkräfte am
Boden

Ankündigung
der Abstands-
kontrolle am
Autobahnrand

50 40 30 00
Messstrecke = 50 Meter

Die Verkehrspolizei muss stetig auf die sich ändernden politischen, wirtschaftlichen und technischen Entwicklungen reagieren, um ihre Aufgaben erfüllen zu können.

Auf Grund des immer weiter steigenden Verkehrs auf der Ost-West-Achse und steigenden Unfallzahlen, insbesondere bei den Auffahrunfällen mit Personenschäden und erheblichen Schäden, ist die Verkehrspolizei gefordert.

Neben dem Videowagen und videobildbasierten Abstandsmessung von Brücken ist in der Vergangenheit bereits der Polizeihubschrauber genutzt worden, um Abstandsverstöße auf Autobahnen beweissicher dokumentieren und verfolgen zu können.

Als im Rahmen eines Pilotprojektes der Direktion Besondere Dienste der Einsatz von Drohnen in der Brandenburger Polizei getestet wurde, weckte dies auch unser Interesse als Verkehrspolizei, da sich eine Drohne als perfektes Dokumentationsmittel eines Abstandsverstößes eignen könnte.

Unter Einbeziehung der Bußgeldstelle, des zuständigen Amtsgerichts, der Sonderüberwachungsgruppe und der Autobahnpolizei der Polizeidirektion Ost wurde ein Einsatz zur Abstandskontrolle im Zusammenwirken mit der Direktion Besondere Dienst (Drohne) von langer Hand vorbereitet und geplant. Alle beteiligten Organisationen brachten ihre Möglichkeiten und Vorstellungen in diese Vorbereitung ein, sodass wir gut gerüstet unsere erste Abstandskontrolle am 16.04.2019 auf der BAB 12 in Fahrtrichtung Polen durchführten.

Der § 4 Abs. 3 der Straßenverkehrsordnung regelt, dass Lastkraftwagen mit einer zulässigen Gesamtmasse über 3,5 t oder Kraftomnibussen auf Autobahnen zum vorausfahrenden Fahrzeug einen Mindestabstand von 50 Metern halten müssen, wenn deren gefahrene Geschwindigkeit mehr als 50 km/h beträgt. Da auf der Bundesautobahn A 12 viele ausländische Fahrzeugführer unterwegs sind, in deren Heimatländern zum Teil eine solche Norm nicht existiert, hat die Polizeidirektion Ost im Zusammenwirken mit dem Landesbetrieb Straßenwesen und den Autobahnmeistereien, auf Kosten der Brandenburger Polizei ergänzende Hinweistafeln anfertigen und aufstellen lassen, die den Inhalt der Bestimmung visualisieren.

Die Autobahnpolizei der PD Ost ist derzeit bestrebt, monatlich eine Abstandskontrolle zu realisieren, welche grundsätzlich wie folgt durchgeführt wird.



An einer zuvor definierten Messstelle wird ein Messbereich abgemessen und gekennzeichnet (50m-40m-30m), damit dies aus der Luft gut zu erkennen ist. Auf Höhe dieses Messbereiches ist die Messstelle mit den Drohnenführern und einem fachkundigen Beamten. Durch die Drohne kann das Fahrverhalten des Betroffenen während der kompletten Beobachtungsphase und dann der entsprechende Abstand dokumentiert werden. Der Betroffene wird einem Lotsenfahrzeug konkret



Polizeitechnik zu Land und in der Luft

zugesprochen, das den Betroffenen in die Kontrollstelle lotst. Hier wird er von den Kollegen der SüGru erwartet, welche durch digitalen Aufzeichnungen des LKWs die tatsächlich gefahrene Geschwindigkeit auslesen können. Per

E-Mail bekommt der kontrollierende Beamte einen Screenshot vom Abstandsverstoß, sodass der Betroffene auch sich und sein Verhalten identifizieren kann. Alle Daten, der Screenshot und die Videosequenz werden der Bußgeldstelle im SC-Owi-System zur Verfügung gestellt. So hat auch die Richterin am Amtsgericht die Möglichkeit sich ihr eigenes Urteil zu bilden.

Anzumerken ist, dass es bis dato zu keinerlei Gerichtsverhandlungen kam.

Nicht unerwähnt bleiben soll an dieser Stelle, dass auch die Zahl der Verkehrsunfälle mit LKW-Beteiligung und der Unfallursache „Abstand“ auf der BAB 12 seit dem Jahr 2019 gesunken ist. Möglicherweise hat die Intensivierung der Abstandsüberwachung auf der BAB 12 die positive Unfallentwicklung unterstützt.

Marcel Voss

Kopf im Nacken – Fliegen auf Sicht. Polizeikommissar Eichelmann als Drohnenoperator



In der Fußballsaison 2019/20 startete das bundesweite Pilotprojekt „Polizeilicher Informationsaustausch Sporteinsätze (PIAS)“. In dieser Extrapolanwendung besteht nun erstmalig die Möglichkeit bundesweit alle polizeilich relevanten Informationen, wie Voraus- und Verlaufsinformationen darzustellen. Dazu kann jede beteiligte Dienststelle eigene Informationen anlegen, welche für alle Berechtigten sofort nutzbar sind. Dies stellt eine enorme Erleichterung für die polizeiliche Einsatzbewältigung dar. In wenigen Sätzen sind die umfangreichen Möglichkeiten dieser Anwendung nicht zu beschreiben, aber z.B. ist hervorzuheben, dass alle Spielansetzungen sowie Informationspakete zu den Vereinen ständig auf dem aktuellen Stand sichtbar sind, eine umfangreiche Recherche von wichtigen Informationen zur Vor- und Nachbereitung eines Einsatzes

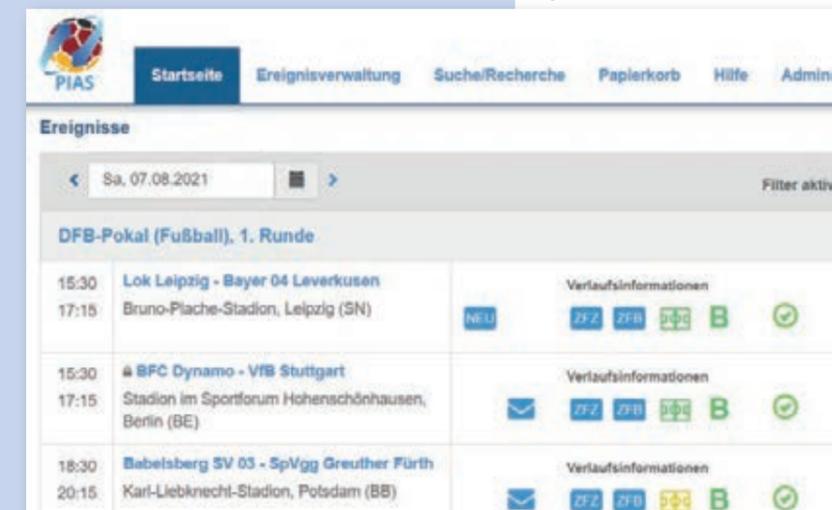
EINE ANWENDUNG, DIE MIT DER ZEIT GEHT

möglich ist und nicht zuletzt die bisher umfangreiche Versendung über EPOST wegfällt.

Nunmehr hat sich das Pilotprojekt bewährt und wird seit der Saison 2020/21 im Echtbetrieb umgesetzt. Im Land Brandenburg sind mittlerweile 208 Bedienstete aktive Anwender*innen. Es ist jederzeit möglich, eine Berechtigung für „PIAS“ bei der LIS zu beantragen. Wer ein dienstliches Interesse zur Nutzung dieser Anwendung hat, kann sich in der Infothek im Extrapol dazu umfangreich informieren oder die LIS Brandenburg dazu kontaktieren.



Systemansicht „Polizeilicher Informationsaustausch Sporteinsätze“



HERAUSRAGENDE GERICHTS-ENTSCHEIDUNGEN

Nach der Einführung der Kennzeichnungspflicht für Polizeivollzugsbeamte in § 9 Absatz 2 – 4 BbgPolG zum 01.01.2013 musste sich der Stabsbereich Recht mit beantragten Befreiungen von der Verpflichtung zum Tragen eines Namensschildes befassen.

Nachdem bereits das Verwaltungsgericht und das Oberverwaltungsgericht entsprechende Klagen der Polizeivollzugsbeamten gegen das Polizeipräsidium als unbegründet zurückgewiesen hatten, hat das Bundesverwaltungsgericht die Revision der Kläger im Jahre 2019 als unbegründet zurückgewiesen. Sowohl die Pflicht zum Tragen eines Namensschildes, als auch einer zur nachträglichen Identitätsfeststellung geeigneten Kennzeichnung sind nach Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts verfassungsgemäß. (Vertieft hierzu: ZBR 2020, 245 ff.)

VERKEHRSunFALL-PRÄVENTION

Seit Jahresbeginn 2019 wurden die Aufgaben der Verkehrsunfallprävention dem Sachbereich Verkehrsangelegenheiten des Behördenstabs im Polizeipräsidium zugeordnet.

Mit verschiedenen Projekten und Aktionen, wie z.B. dem jährlich stattfindenden Bikerday, einem Fahrsicherheitstraining für Senioren oder der Gestaltung eines Banners zum „Sicheren Schulweg“, ist es das Ziel der Verkehrsunfallprävention, die Verkehrssicherheitsarbeit innovativ, kreativ und vor allem nachhaltig im Land zu gestalten. So wurde beispielsweise im Jahr 2021 die mehrjährig angelegte Ver-



kehrsunfallpräventionskampagne „Aufgepasst Brandenburg – Verkehrssicherheit für Kinder“ ins Leben gerufen.

Parallel dazu hat sich die Verkehrsunfallprävention im Behördenstab auf die Fahnen geschrieben,

landesweit einheitliche Qualitätsstandards für die Verkehrsunfallprävention zu erarbeiten sowie sämtliche Informations- und Arbeitsmaterialien seitens des Polizeipräsidiums zu standardisieren.

10 JAHRE
POLIZEI-
PRÄSIDIUM

Nach intensiver Ermittlungsarbeit:

FESTNAHME IN POTSDAM

**Dr. Oskar Vurgun, zum Einsatzzeitpunkt
Leiter des Führungs- und Revierdienstes
der Polizeiinspektion Potsdam:**

„Es war ein absolutes Gänsehautmoment, als ich die Meldung in der Befehlsstelle erhielt, dass wir gemeinsam den Serienvergewaltiger ergriffen haben, der im Sommer 2020 die Brandenburger und Berliner Bevölkerung in Aufregung versetzte. Sieben junge Frauen soll der 30-jährige serbische Staatsbürger innerhalb weniger Wochen überfallen und auch vergewaltigt haben.“

„So etwas habe ich in 30 Jahren nicht erlebt“, sagte mir ein Kollege und kriminalpolizeiliches Urgestein aus Potsdam. Denke ich ein Jahr später hieran zurück, habe ich wieder Gänsehaut – es erfüllt mich mit Dankbarkeit, Demut und Stolz, Polizist unserer Brandenburger Polizei zu sein. Und das wird auch immer so bleiben.“

10 Jahre Polizeidirektion West – noch mehr Themen gibt's hier:



Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität

Gegen 06:00 Uhr morgens informierte am 28. Juli 2021 die Berliner Polizei ihre Brandenburger Kollegen über den Diebstahl eines Kleintransporters Peugeot Boxers aus Berlin. Die Tat ereignete sich kurze Zeit zuvor. Das Besondere an dem Sachverhalt war, dass der Geschädigte aufgrund im Fahrzeug verbauter Ortungstechnik Angaben zum Standort des Fahrzeugs machen konnte.

Der Kleintransporter hatte Berlin bereits verlassen und war auf der B 1 im Landkreis Märkisch-Oderland in Richtung Bundesgrenze unterwegs. Vermutlich war die Zeit zur Verbringung des Fahrzeuges durch die Diebe bewusst gewählt.

Die Täter hatten offenbar aber nicht mit der Gemeinsamen operativen Fahndungsgruppe der Polizeiinspektion Märkisch-Oderland gerechnet, die bereits in der Grenzregion aktiv war und sich nun für das Fahrzeug interessierte.

Ungefähr 20 Minuten nach Eingang des Fahndungsersuchens aus Berlin konnten die zivilen Ermittler das Fahrzeug am Ortseingang in Seelow, knapp 30 Kilometer vor der Bundesgrenze aufnehmen. Die erfahrenen Beamten stellten fest, dass das gesuchte Fahrzeug, an dem sich mittlerweile polnische Kennzeichen befanden, scheinbar gemeinsam mit drei weiteren Fahrzeugen mit polnischen Kennzeichen unterwegs war. Eines der

GEMEINSAMER ERFOLG

Fahrzeuge, ein Citroen Jumper, fuhr in der Folge auf das Gelände einer Tankstelle und konnte dort unmittelbar einer Kontrolle unterzogen werden. Dabei stellte sich heraus, dass das Fahrzeug aus dem Landkreis OHV stammte und zu diesem Zeitpunkt noch fahndungsfrei war. Da das Zündschloss allerdings „gezogen“ war, klickten bei dem 36-jährigen polnischen Fahrzeugführer die Handschellen.

Die anderen drei Fahrzeuge setzten ihre Fahrt in Richtung Frankfurt (Oder) fort, unwissend, dass sie dabei von den Zivilkräften der Gemeinsamen operativen Fahndungsgruppe begleitet wurden. Parallel dazu wurden uniformierte Unterstützungskräfte der Bundespolizei und der Brandenburger Polizei zusammgezogen und der Einsatz des Polizeihubschraubers geprüft.

Einer Kontrollstelle, die in Lebus von uniformierten Beamten kurzerhand eingerichtet wurde, wichen die drei Fahrzeuge zunächst über mehrere Feldwege aus.

Im weiteren Verlauf stoppten die Fahrer des als gestohlen gemeldeten Peugeot Boxers und eines Fiat Ducato ihre Fahrzeuge nahe des Dorfes Schönfließ und versuchten ihr Glück in der Flucht zu Fuß. Zwei zwischenzeitlich alarmierte Diensthunde der Brandenburger Polizei nahmen ihre Fährte auf und fanden die gesuchten Tatverdächtigen wenig später versteckt in Brombeersträuchern. Auch der Fahrer des vierten flüchtigen Fahrzeuges, es handelte sich um einen PKW Fiat, versuchte sich zu Fuß zu flüchten.

Ein Hubschrauber, der die vierte gesuchte Person kurz darauf auf dem Boden liegend in einem Feld lokalisieren konnte, sorgte im Zusammenwirken mit einem Diensthundführer der Bundespolizei dafür, dass auch hier die Handschellen klickten.



Die Bilanz des gemeinsamen länderübergreifenden Einsatzes zur Verhinderung der grenzüberschreitenden Kriminalität war zugegebenermaßen auch für die Bediensteten der Gemeinsamen operativen Fahndungsgruppe nicht ganz alltäglich.

Vier entwendete Fahrzeuge im Wert von zirka 75.000 Euro konnten sichergestellt und vier polnische Tatverdächtige im Alter von 19-36 Jahren, von denen einer bereits mit Haftbefehl gesucht wurde, gestellt werden.

Der polizeiliche Erfolg basierte maßgeblich auf dem klugen taktischen Vorgehen und dem abgestimmten Zusammenwirken aller beteiligten Einsatzkräfte.

Roland Kamenz

**Sicher-
gestellte
gestohlene
Fluchtfahr-
zeuge und
Tatwerkzeu-
ge der Täter**



▶ 2020

Gemeinsame (operative) Fahndungsgruppen im Grenznahen Raum, die nur in der Polizeidirektion Ost existieren

SIE SIND GUT VERNETZT, EFFEKTIV UND ERFOLGREICH

Zivile Fahndungseinheiten gibt es grundsätzlich in allen Polizeidirektionen und darüber hinaus das Mobile Einsatz-Kommando (MEK) bei der Direktion Besondere Dienste. Diese werden durch vielfältige bestehende Auftragslagen beansprucht. Meist müssen konkrete Erkenntnisse zu bestimmten Straftat vorliegen, die einen Einsatz der zivilen Ermittler erfolgreich erscheinen lassen und diesen somit rechtfertigen.

Der Unterschied zwischen den operativen Fahndungsgruppen in den Polizeidirektionen und den Gemeinsamen (operativen) Fahndungsgruppen tritt schon in der Bezeichnung zutage. Während in den operativen Fahndungsgruppen ausschließlich Bedienstete der Brandenburger Polizei tätig und durch vielfältige Aufträge gebunden sind, arbeiten in den Gemeinsamen (operativen) Fahndungsgruppen Beamte verschiedener Sicherheitsbehörden zusammen.

In der PD Ost gibt es im Landkreis Uckermark, im Landkreis Märkisch-Oderland und in Frankfurt (Oder) solche Fahndungseinheiten, die in unterschiedlichen Konstellationen existieren.

In der Uckermark und in Märkisch-Oderland existieren die GOF bereits seit Bestehen des Polizeipräsidiums.

In ihnen wirken Bundespolizisten, Zöllner und Brandenburger Polizisten zusammen. Alle involvierten Sicherheitsbehörden betei-

ligen sich an der personellen und materiellen Ausstattung der GOF.

Und genau dieser Fakt bietet Potenzial. Die unterschiedlichen Erkenntnisse, Expertisen und Eingriffsbefugnisse kommen hier zusammen und bewirken große Synergieeffekte.

Die an den GOF's mitwirkenden Sicherheitsbehörden verbinden mit ihrem Engagement natürlich die Forderung, dass die Einheit auch den jeweils bestehenden originären Aufgaben nachgehen. Diese Forderung und die nach wie vor beschränkten Personalressourcen führten vermutlich dazu, dass sich der Zoll im Jahr 2020 aus der Gemeinsamen operativen Fahndungsgruppe in Märkisch-Oderland zurückzog.

Seitdem wirken hier wie in der Gemeinsamen Fahndungsgruppe Frankfurt (Oder) Bundespolizisten und Brandenburger Polizisten zusammen.

Die Bilanzen der gemeinsamen Fahndungseinheiten sind beeindruckend und haben dazu geführt, dass dies insbesondere innerhalb der Brandenburger Polizei einen überregionalen Bekanntheitsgrad erlangt haben.

Allein in den letzten vier Jahren, seit 2017, haben die drei Einheiten entwendete Vermögenswerte in Höhe von 8.047.600 sichergestellt (darunter zum größten Teil PKW und deren Teile). 434 Personen wurden durch sie auf frischer Tat festgenommen. Zudem stellten sie 67 Personen mit illegalem Aufenthalt fest.

Roland Kamenz, PHK

Gemeinsame operative Fahndung im Einsatz



BERLIN HAT EINEN NEUEN FLUGHAFEN

Über den Flughafen BER in Schönefeld ist in den letzten Jahren schon viel berichtet worden. Kaum ein Infrastrukturprojekt hat die Menschen in Deutschland und die Medienlandschaft so lang beschäftigt. Am 31.10.2020 wurde er nun eröffnet, der Flughafen Berlin-Brandenburg „Willy Brandt“, wie er offiziell heißt. Ohne die einst geplante große öffentliche Einweihungsfeier, dafür mit Protesten von Fluggegnern und Klimaschützern, erfolgte der Festakt. Eine erste polizeiliche Bewährungsprobe mit Blick auf das regelmäßig zu erwartende Versammlungsgeschehen.

Ankunftshalle des BER

Für die Polizeiinspektion Flughafen endet damit ebenfalls eine fast zehnjährige Zeit des Wartens, Planens und Vorbereitens. Vergessen wird dabei oft, dass in Schönefeld bereits ein voll funktionsfähiger und in den letzten Jahren bis zur Belastungsgrenze ausgereizter Flughafen stand. Mit zuletzt über 11.000.000 Reisenden und knapp 95.000 Flugbewegungen zählte der Flughafen Schönefeld zu den zehn größten Flughäfen in Deutschland. Nach der Schließung des Flughafens Tegel, dem zweiten verbliebenen Berliner Flughafen, am 08. November 2020 wird der gesamte Luftverkehr in der Hauptstadtregion nun über den BER abgewickelt. Menschen aus der ganzen Welt vom Touristen über Geschäftsreisende bis zu Schutzpersonen aus Politik und Wirtschaft landen in Schönefeld. Dazu kommt der gesamte Post- und Frachtverkehr. In seiner finalen Ausbaustufe soll der BER bis zu 55 Millionen Fluggäste



pro Jahr abfertigen und übernimmt damit Platz 3 im Deutschlandvergleich. Von der Maximalauslastung ist der BER derzeit, wie alle anderen Flughäfen auch, jedoch durch die Einschränkungen der Coronapandemie weit entfernt.

Für den Schutz der kritischen Infrastruktur und der Fluggäste sind originär die Landes- und die Bundespolizei verantwortlich. Klar getrennt nach den jeweiligen hoheitlichen Befugnissen ist die Bundespolizei für die Luftsicherheit und die grenz- sowie bahnpolizeilichen Aufgaben zuständig. Die Polizeiinspektion Flughafen bearbeitet einen Großteil der festgestellten Kriminalität und sie verantwortet die Sicherheit für den Flughafen von der sogenannten Landseite aus. Da-



Die Sondermaschine des US-amerikanischen Außenministers – Anreise Libyen-Konferenz

zu zählen die öffentlichen Teile der Terminals genauso wie der Außenschutz, des etwa 2.000 Fußballfelder großen Arials. Dazu kommen der ZOLL, private Sicherheitsdienste im Auftrag der Bundespolizei und der Flughafensicherheit sowie die Flughafenfeuerwehr. Die Deutsche Flugsicherung verantwortet den reibungslosen Luftverkehr. Alle relevanten Informationen laufen im Airport Control Center (ACC), dem Herz des Flughafens zusammen. Zu den Aufgaben des ACC gehören die Planung und Durchführung der Flughafenressourcen, der Abflugprozesse, die Umsetzung und Kontrolle von Notfallverfahren sowie die Gewährleistung eines effektiven und stabilen Planungsprozesses mit allen beteiligten Partnern. Auch hier sind wir dauerhaft präsent.

WAS MACHT DIE POLIZEI-INSPEKTION FLUGHAFEN

Die PI Flughafen ist für den BER und die Gemeinde Schönefeld zuständig. Dafür unterhält die PI fünf Dienstgruppen des Wach- und Wechseldienstes sowie vier Dienstgruppen in der Verfügungsgruppe. Dazu kommen Diensthundführer, die Revierpolizei und das KKI. Im regulären Dienstbetrieb sind aus dem WWD drei Einsatzmittel für den Objektschutz am und im Flughafen eingesetzt. An den gemeinsam mit der Bundespolizei betriebenen Servicepoints in den Terminals steht jeweils ein Mitarbeiter den Gästen des Flughafens zur Verfügung. Für die allgemeinpolizeilichen Aufgaben

in der Gemeinde Schönefeld ist ein weiterer Funkwagen eingesetzt.

Die Beamten der Verfügungsgruppe sind für die Absicherung und Begleitung von Schutzpersonen durch die Wirren des Flughafens zuständig. Addiert man die schutzbedürftigen Reisebewegungen der alten Flughäfen Schönefeld und Tegel sind zukünftig etwa 7.000 Flugbewegungen von Schutzpersonen zu erwarten. Eigens für Staatsgäste steht zusätzlich der Regierungsflughafen im militärischen Sicherheitsbereich, abgesetzt vom Hauptterminal zur Verfügung. Der Hausherr, das Bundesverteidigungsministerium, darf im Inland jedoch nur bedingt hoheitliche Aufgaben wahrnehmen. Daher obliegen die Maßnahmen zum Schutz von Staatsgästen den jeweiligen Polizeien der Länder, am BER also der Polizei des Landes Brandenburg. Dazu wird dem Polizeipräsidium Brandenburg temporär das Hausrecht für die notwendigen Sicherheitsbereiche übertragen.

Wie personal- und zeitintensiv die Aufgaben am Regierungsflughafen sein können, zeigte sich Mitte Juni 2021. Die Vereinten Nationen und der Bundesaußenminister hatten zur zweiten Libyen-Konferenz nach Berlin eingeladen. 17 Delegationen mit teilweise über 50 Einzelpersonen reisten dazu über den militärischen und den zivilen Teil des BER an und wurden durch die Berliner Polizei weiter bis zum Zielort in der Bundeshauptstadt eskortiert. Allein die Anzahl der beteiligten Behörden und Institutionen, die für einen

sicheren und reibungslosen Ablauf notwendig sind, verdeutlicht den organisatorischen Aufwand einer solchen Konferenz. Die Polizei Berlins und Brandenburgs, das Bundeskriminalamt, verschiedene Bereiche des Auswärtigen Amtes, die Flugbereitschaft des Bundesverteidigungsministeriums, die Botschaften der teilnehmenden Länder und natürlich der Flughafen selbst waren an diesem Einsatz beteiligt. Im Anschluss folgte eine Beratung europäischer sozialdemokratischer Regierungschefs, ein informelles Treffen des Bundespräsidenten mit deutschsprachigen Staatsoberhäuptern in Potsdam sowie der offizielle Staatsbesuch des niederländischen Königspaars mit allen protokollarischen Ehren. Als Drehkreuz der Weltpolitik ist der BER also schon vollständig in Betrieb.

Zum großen touristischen Drehkreuz wird sich der Hauptstadtflughafen in den nächsten Jahren ebenso entwickeln. Dann werden vermutlich auch die Planungen für das Terminal 3 und 4 fortgesetzt, da zum 10. Jahrestag des Flughafens BER die derzeitige Kapazität nicht mehr ausreichen wird. Die Polizeiinspektion Flughafen ist bereits in den letzten 10 Jahren stetig gewachsen. Daher werden die Kolleg:innen zukünftig aus einem neuen und den Anforderungen entsprechenden Dienstgebäude an gleicher Stelle für die Sicherheit des Flughafens und der Menschen in Schönefeld sorgen. Fertigstellung – nicht erst in 10 Jahren.

Maik Kettlitz

GEMEINSAMES DEUTSCH-POLNISCHES POLIZEI-TEAM IN GUBEN/GUBIN

Am 17. Januar 2020 eröffnete der Ministerpräsident des Landes Brandenburg Dr. Dietmar Woidke und Innenminister Michael Stübgen das Gemeinsame deutsch-polnische Polizeiteam in Guben/Gubin (GPT).



Bis zum Start dieses einmaligen Projekts war es jedoch ein langer Weg. Seit 2017 arbeiteten die Polizei des Landes Brandenburg und die Woiwodschaftskommandatur Gorzów Wlkp. intensiv an der Umsetzung des Vorhabens. Gefördert wird das GPT auch aus Mitteln des europäischen Kooperationsprogramms „INTERREG VA Brandenburg-Polen 2014-2020“.

Mit dem Beitritt Polens zum Schengenraum und der Unterzeichnung des ersten Deutsch-Polnischen Abkommens zur Zusammenarbeit der Polizei-, Grenz-, und Zollbehörden war auch die Gründung des Gemeinsamen Zentrums in Swiecko (PL) im Jahr 2007 möglich. Mit Fortschreibung des deutsch-polnischen Polizeivertrags im Jahr 2014 wurden die Befugnisse der deutschen als

auch polnischen Polizeibediensteten im jeweils anderen Land enorm ausgeweitet. Es war die Zeit, die gemeinsamen deutsch-polnischen Streifen neu zu bewerten, den aktualisierten Möglichkeiten anzupassen und mit den gesellschaftlichen Anforderungen mitzuhalten. Diese Überlegungen mündeten am 17. Januar 2020 in die Eröffnung des

Gemeinsames deutsch-polnisches Polizeiteam in Guben/Gubin (GPT)
Wspólny polsko-niemiecki zespół policyjny w Guben/Gubinie (WZP)

Die Idee, dass aus dem Polizeirevier Guben heraus deutsche und polnische Polizeibeamte täglich von Montag bis Freitag auf beiden Seiten der Neiße auf Streife gehen, entstand bereits vor 10 Jahren. Die

Festakt zur Eröffnung des GPT





Gemeinsame Fahrradstreife

bestehende Zusammenarbeit sollte verstetigt und für die Menschen auf beiden Seiten des Grenzflusses sichtbar werden. Dass die bisherige grenzüberschreitende Polizeiarbeit im Bewusstsein der Gubener:innen bislang nur bedingt angekommen war, zeigte sich im Jahr 2015. Das Sicherheitsgefühl der Menschen wurden damals durch eine Serie von schweren Raubstrafaten nachhaltig erschüttert. Aus der Bevölkerung und der Kommunalpolitik heraus wurde eine Erhöhung der Polizeipräsenz und eine bessere Zusammenarbeit mit der polnischen Polizei gefordert. Erst die Festnahme des jungen Täters in Gubin durch eben jene grenzüberschreitende Polizeiarbeit beruhigte die Situation in der Doppelstadt.

Genau hier setzt das fünfköpfige Polizeiteam an, ist als vollwertige Einsatzstreife in die polizeiliche Aufgabenbewältigung eingebun-

den und bei besonderen Lagen, Einsatzmaßnahmen sowie zu Veranstaltungen eingesetzt. Gleichzeitig soll das Polizeiteam verlässlicher Anlaufpunkt für die Bürgerinnen und Bürger beider Städte sein und daraus ein Vertrauensverhältnis entstehen, auf dessen Grundlage Probleme gemeinsam erkannt und gelöst werden. Auf Ihre Tätigkeit vorbereitet wurden und werden die Kollegen in Sprach- und Rechtskursen sowie Schulungen zur Stärkung der interkulturellen Kompetenz. Mit den Fördergeldern von rund 300.000 Euro sind neben einem eigenen Funkstreifenwagen auch Kommunikationsmittel und E-Bikes beschafft worden und es werden die zum Projekt gehörigen 24-wöchigen Sprachkurse finanziert.

Der erste Lockdown zur Eindämmung der Corona-Pandemie beendete vorerst die gemeinsamen Streifen. Die Vorgaben der Zentralkommandantur in Warschau erlaubten eine direkte Zusammenarbeit schlichtweg nicht. Das Projekt entwickelte sich trotz der Einschränkungen weiter, wie Holger Welkisch, einer der deutschen Projektteilnehmer, berichtet. „Wir stehen auch weiterhin fast täglich telefonisch in Kontakt und sehen uns regelmäßig auf der Grenzbrücke, um beispielsweise Asservate zu übergeben oder Informationen auszutauschen. Daraus ist in der Zwischenzeit eine echte Freundschaft entstanden.“ Auch aus dem Polizeirevier Guben ist das GPT nicht mehr wegzudenken, wie Florian Kraft verdeutlicht. „In Guben

haben wir regelmäßig mit polnischen Tätern oder Geschädigten zu tun. Diese Sachverhalte übernehmen wir und können dabei deutlich schneller Informationen mit unseren polnischen Kollegen austauschen. Das betrifft genauso Verfahren, die im Sachgebiet des KKI bearbeitet werden. Wir bekommen immer häufiger Anfragen aus der Kripo.“ Doch läuft dies nicht nur in eine Richtung, auch die Kriminalpolizei aus Gubin hat immer wieder Nachfragen zu verschiedenen Sachverhalten. Der Streifenbezirk des GPT umfasst das Polizeirevier Guben und das Kommissariat Gubin. Auf deutscher Seite ist das Team also im Rahmen der AAO zwischen Guben und Peitz einsetzbar. Zum Kommissariat Gubin gehören neben der Stadt Gubin, ein etwa 15 Kilometern breiter Streifen entlang der Neiße zwischen Mielno und ytowan (Coschen) Das bedeutet, dass das GPT auch auf polnischer Seite direkt an die Polizeidirektion Ost grenzt.

Neben den täglichen Aufgaben für die Polizeireviere auf beiden Seiten der Neiße sind die Kolleginnen und Kollegen in eigenen projektbezogenen Themenbereichen aktiv. So ist die Kooperation mit den kommunalen Verantwortungs-trägern immanent für den Projekterfolg. Daraus entstanden Einsätze beispielsweise während der kurzfristigen Grenzschießung im Frühjahr 2020 oder am Impfzentrum Anfang dieses Jahres. Für die gut 1.000 polnischen Arbeitnehmer der Stadt Gubin und die unzähligen Berufspendler waren die sprach- und rechtskundigen Beamten des GPT wichtige Ansprechpartner. Auch der Krisenstab der Stadt Guben war dankbar für die fachliche Expertise und die Initiative des GPT. Viele

EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Fonds für
regionale Entwicklung



UNIA EUROPEJSKA
Europejski Fundusz
Rozwoju Regionalnego



BB-PL
INTERREG V A
2014-2020

„Barrieren reduzieren - gemeinsame Stärken nutzen“ / „Redukować bariery - wspólnie wykorzystywać silne strony“

Anfragen zur grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung und der Arbeit des GPT bekommen die Kollegen auch von Betrieben und Gewerbetreibenden der Städte. Darüber hinaus ist das mediale Interesse an dieser einmaligen deutsch-polnischen Kooperation ungebrochen. Nicht nur die fünf Projektteilnehmer warten auf die Wiederaufnahme der gemeinsame Streifen, auch etliche Journalistinnen und Journalisten freuen sich darauf, über die Arbeit des gesamten Teams berichten zu können.

Sprache als zentrales Element

Neben der polizeilichen Arbeit steht das Erlernen der jeweils fremden Sprache, die Ausbildung umfangreicher interkultureller Kompetenz und die Rechtsausbildung im Mittelpunkt des dreijährigen Projekts. Der erste dreiwöchige Teil der Sprachausbildung begann am 02. März 2020. Für die polnischen Kollegen hieß es anfangs an einem Sprachinstitut in Cottbus den Funkstreifenwagen mit dem Klassenraum zu tauschen. Die drei deutschen Kollegen sind zeitgleich nach Zielona Góra gezogen. Besonders herausfordernd für die beiden polnischen Kollegen



im GPT, Jolita Cholewinska und Mariusz Podhorecki, war der spätere Wechsel in den Distanzunterricht im Zuge des Reiseverbots für polnische Polizeibeamte. „Wir sind aber froh, dass wir zumindest online an den Sprachkursen teilnehmen können. Unser Deutsch wird dadurch deutlich besser, auch wenn es schwierig ist. Es fehlt halt die direkte Kommunikation miteinander, das Anwenden der Sprache.“ so Mariusz Podhorecki.

Mitte Juni 2021 haben so alle Teilnehmer bereits das 3. Semester abgeschlossen und ihr Zertifikat zum Erwerb des Sprachniveaus B1 entsprechend des „Gemeinsamen Europäischen Rechtsrahmens für Sprachen“ erhalten. Eine beachtliche Leistung für alle Teilnehmer.

Das Verhältnis zum Gemeinsamen Zentrum in Swiecko: Im Gemeinsamen Zentrum in Swiecko und im Rahmen der gemeinsa-

men Streifen ist deutsch-polnische Zusammenarbeit seit mehr als 20 Jahren gelebte Realität. Gerade das GZ ist für Polizeibeamte ein oft und gern genutzter Dienstleister und das 24/7. Diese Formen der Zusammenarbeit sind jedoch für die Menschen in der Grenzregion nicht oder nur unregelmäßig erlebbar. Das GPT soll genau an dieser Stelle anknüpfen. Die gemeinsamen Streifen werden durch das GPT weiterentwickelt und verstetigt. Gleichzeitig wird die Polizeipräsenz in der Europastadt Guben/Gubin erhöht und das Sicherheitsgefühl der Einwohner in der Doppelstadt gestärkt. Zusätzlich werden Kompetenzen gebündelt, was vor allem Ermittlungen erleichtert. Des Weiteren wird das GPT imagebildend für die Europastadt Guben/Gubin und die Polizei des Landes Brandenburg sein.

Maik Kettlitz

Symbolische Schlüssel- übergabe

► 2020



BAO »DREISSIG«



Die zentralen Feierlichkeiten zum 30. Tag der Deutschen Einheit wurden im Jahr 2020 durch die Landeshauptstadt Potsdam ausgerichtet. Brandenburg ging zu diesem besonderen Jahrestag, auch auf Grund der zusätzlichen Anforderungen bezüglich der weltweiten Corona Pandemie, neue Wege. Die sonst auf drei Tage festgelegten Feierlichkeiten wurden auf 30 Tage erweitert und fanden nun vom 05.09.2020 bis

zum 04.10.2020 unter dem Motto „Wir miteinander“ und „30 – Jahre – 30 Tage – 30 x Deutschland“ als die „EinheitsEXPO“ statt. Der ökumenische Gottesdienst in der Peter und Paul Kirche, der Festakt in der Metropolis Halle sowie weitere Veranstaltungen mit hochrangigen Gästen verliefen alle störungsfrei. Der Veranstalter, die Bürger und Bürgerinnen als auch die Polizei des Landes Brandenburg haben ein durchweg positives Resümee gezogen und könnten sich auch zukünftig diese oder ähnliche Festveranstaltungen zum Jahrestag der deutschen Einheit vorstellen.

Im Führungsraum während der BAO „Dreißig“



► 2020

BEWÄLTIGUNG DER CORONA-PANDEMIE

Die Erfahrungen im Zuge der Corona-Pandemie haben gezeigt, dass sich bei der Ausbreitung einer Infektionskrankheit auch die Polizei besonderen Herausforderungen gegenübergestellt sieht. Zur Bewältigung dieser besonderen Lage wurde bereits im März 2020 im BStB1E, Sachbereich 1.1 eine Koordinierungsstelle „Corona“ eingerichtet, welche in der weiteren Folge unter Beteiligung aller Stabsbereiche zu einem Koordinierungsstab „Corona“ aufwuchs und abzüglich einer kurzen Verschnaufpause im Sommer 2020 insgesamt über ein Jahr bestand. Zu den wesentlichen Aufgaben des Koordinierungsstabes „Corona“ unter Leitung des BStB1E, Sachbereich 1.1 zählte die Erstellung des täglichen Sonderlagebildes „Corona“ mit allen wesentlichen Lageinformationen, die Herbeiführung von Entscheidungen um ein einheitliches Vorgehen im Polizeipräsidium zu gewährleisten sowie letztlich die Koordination der Impftermine für die polizeiinterne Impfstrecke. Auf der Grundlage der gesammelten Erfahrungen wurde durch den BStB 1E, Sachbereich 1.1 vor Beginn der zweiten Infektionswelle im Herbst 2020 ein Pandemieplan für das Polizeipräsidium als Handlungskonzept für diese und zukünftige Epidemien bzw. Pandemien erstellt und durch Herrn Polizeipräsidenten in Kraft gesetzt.

Nutzer des illegalen Internet-Handelsplatzes „crimenetwork.co“ im Visier

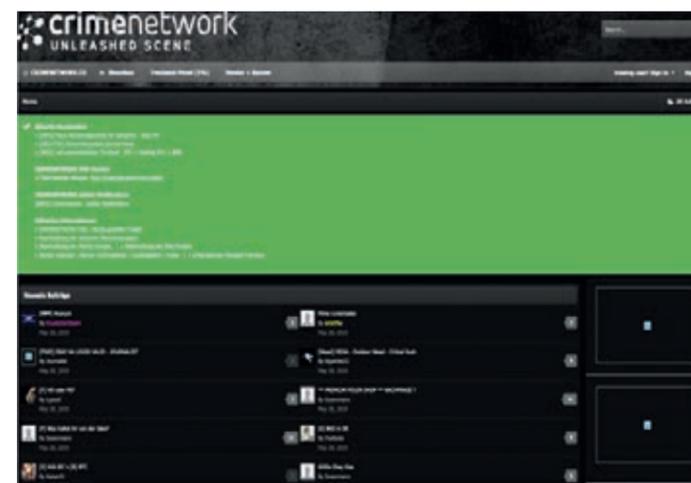
ERMITTLUNGSGRUPPE »FUMA III«

Mit bundesweiten Durchsuchungen erreichten die Ermittlungen gegen Nutzer des illegalen Internet-Handelsplatzes crimenetwork.co am 23.06.2020 ihren Höhepunkt. Bei „crimenetwork.co“ handelte es sich um eine Underground-Plattform auf der illegale Waren und „Dienstleistungen“, wie z. B. der Handel mit Betäubungsmitteln, illegal beschaffte Konten- und Kreditkartendaten, PayPal-Konten, Telefon- und Router-Zugangsdaten sowie die Herstellung/Verbreitung von Schadsoftware, angeboten wurden.

Koordiniert durch die bei der Generalstaatsanwaltschaft Bamberg errichtete Zentralstelle Cybercrime Bayern und das Landeskriminalamt Brandenburg vollzogen insgesamt 1.427 eingesetzte Polizistinnen und Polizisten fast aller Bundesländer und der Bundeskriminalämter aus Deutschland sowie Österreich im Rahmen von 328 Ermittlungsverfahren 232 Durchsuchungsbeschlüsse.

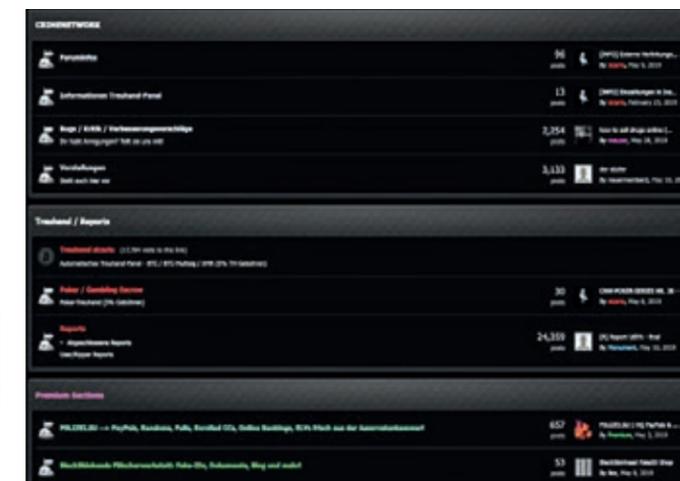
Neun Haftbefehle wurden vollstreckt sowie 32 Festnahmen realisiert.

Bei den Durchsuchungen wurden Betäubungsmittel, Datenträger mit insgesamt über 300.000 GB, über 400 Laptops und Mobilfunktelefone, Bargeld im mittleren fünfstelligen Bereich, digitale Währungen, Hieb-, Stich- und Schusswaffen sowie Unterlagen sichergestellt.



Bereits gut ein Jahr zuvor, am 28.05.2019, wurde der damals 26-jährige Administrator des Forums bei der Einreise nach Deutschland durch Beamte des BKA festgenommen und nach Verkündung des Haftbefehles in eine Justizvollzugsanstalt überführt.

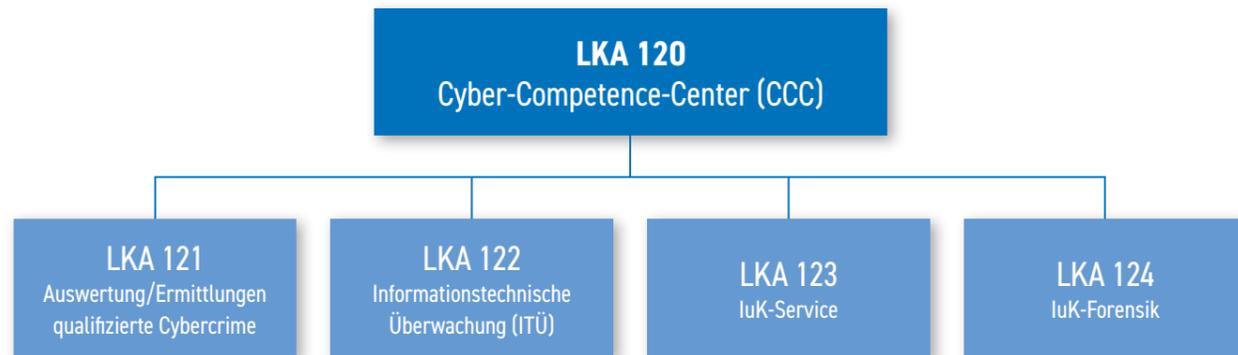
Zeitgleich beschlagnahmten Beamte des LKA Brandenburg den Datenserver des Forums und führten gemeinsam mit den Landeskriminalämtern des Nordverbundes (BB, BE, HB, HH, MV, NI, SH) Identifizierungsmaßnahmen über mehrere Monate durch.



Überblick Forum

Großen Anteil daran hatte das im Zuge der Evaluation der Polizei- strukturreform „Polizei Branden- burg 2020“ zum 01. November 2016 eingerichtete „Cyber-Competence- Center (CCC)“ im Landeskriminal- amt Brandenburg. Die Befassung mit der Thematik „Internetkrimi- nalität“ in Form einer zentralen Fachdienststelle im LKA reicht bis in das Jahr 2008 zurück. Damals

noch als IuK-Kompetenzzentrum (Informations- und Kommunika- tionstechnik) eingerichtet, waren in diesem Bereich die Zentralstelle IuK-Kriminalität, die Ansprechstelle Kinder- und Jugendpornografie, die Datenverarbeitungs-Beweissiche- rung und die IuK-Forensik angesie- delt. Diese wurden 2011 in Sachge- biete umgewandelt und stellen sich heute folgendermaßen dar:



Angebot Kokain auf Plattform



Die neu gewählte Bezeichnung für die Fachdienststelle Cybercrime im LKA (LKA 120) orientiert sich an den aktuellen Dienststellen- bezeichnungen der anderen Lan- deskriminalämter. Sie steht sinn- bildlich für die bewährte zentrale Bündelung von personellen und materiellen Ressourcen zur fach- lich kompetenten Bekämpfung der Cyberkriminalität.

Übernahme Täter-PC nach Zugriff



Kfz eines Täters

► 2020



Spezialisten in der Brandenburger Polizei beim Landeskriminalamt:
USBV-ENTSCHÄRFER

Die Gefahr ist allgegenwärtig – leider. Bahnhöfe, Einkaufszentren und Parkplätze etc. werden ge- sperrt, weil ein herrenloses Gepäck zunächst Panik und dann einen Polizeieinsatz auslöst. Es werden bei Durchsuchungen Waffen, Sprengstoff oder un- konventionelle Spreng- und Brandvorrichtungen (kurz USBV) gefunden. Und Beides erfordert das schnelle Eingreifen von Spezialisten – den USBV- Entschärfern.

Diese Spezialisten arbeiten im Kri- minaltechnischen Institut (KTI/LKA 400) des Landeskriminalamtes am Standort Eberswalde. Zurzeit stehen fünf Mitarbeiter für den operativen Einsatz zur Verfügung. Bis Ende des Jahres 2021 werden sich weitere drei Mitarbeiter in Ausbildung zum Entschärfer befinden. Eine weitere Aufstockung auf insgesamt elf ope- rativ einsetzbare USBV -Entschärfer ist geplant.

Für die Bewältigung der operativen Einsätze stehen den Mitarbeitern u. a. sogenannte Fernlenkmanipulatoren zur Verfügung. Fernlenkmanipulatoren sind ferngesteuerte Fahrzeuge zur Untersuchung und zum Transport gefährlicher Gegenstände.

Die besondere Schwierigkeit liegt darin, dass die zu untersuchenden Gegenstände Explosivstoffe oder andere gefährliche Stoffe enthalten können und keine Erkenntnisse zu Gefährdungen vorliegen. Dies ist z. B. der Fall, wenn herrenlose Taschen, Koffer oder verdächtige Päckchen und Pakete entdeckt werden. Die Entschärfer sind zuständig, diese USBV-verdächtigen Gegenstände zu erkennen, zu untersuchen, zu bewerten, ggf. zu entschärfen und darüber hinaus den sicheren Transport für deren

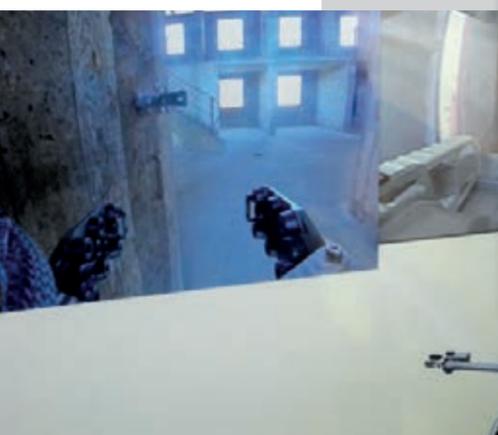
Verwahrung bzw. Vernichtung zu gewährleisten.

Nachdem die alte in die Jahre gekommene Einsatztechnik von 1992 immer unzuverlässiger geworden war, wurden die Entschärfer des KTI in den Jahren 2019/2020 nach einem langwährenden und komplexen Beschaffungsprozesse mit neuer Einsatztechnik – zwei identisch ausgestattete Einsatzfahrzeuge der Marke Mercedes Benz Sprinter, einschließlich Fernlenkmanipulatoren (Entschärfungs-Roboter) der neuesten Generation, und jeweils einem Transportanhänger ausgerüstet. Die Investitionssumme belief sich hierbei auf über 2 Millionen Euro. Mit Ausnahme einiger „Kinderkrankheiten“ werden die neuen Einsatzmittel als sehr zuverlässig eingeschätzt und geben den Kollegen das Gefühl, dass sie bei Not-

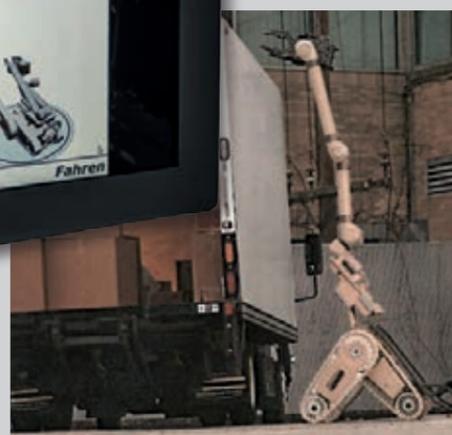
wendigkeit jederzeit auf die Anwendung fernbedienbarer Einsatzmittel zurückgreifen können, was nach der Polizeidienstvorschrift (PDV) 403 Anlage 9, bei Einsätzen mit USBV-Verdacht, auch gefordert ist. Mit einer Vielzahl von technischem Zubehör, wie z. B. verschiedenen Manipulationshaken und Greifern ausgestattet, bieten die neuen

Manipulatoren neben erweiterten Schwenkmöglichkeiten auch eine höhere Tragkraft der Gelenke bzw. der Greifarme. Ein leistungsstarkes Akkusystem sorgt für eine Einsatzdauer von bis zu 12 Stunden.

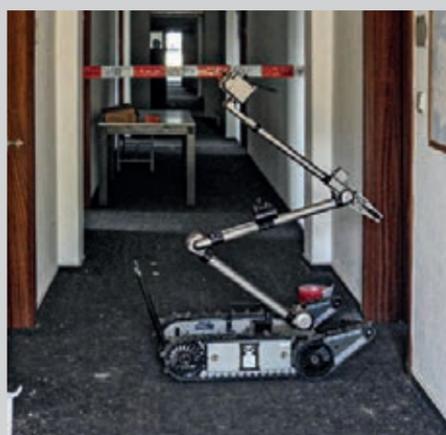
Die Technik wurde und wird seitdem sowohl bei operativen Einsätzen als auch im Rahmen der eigenen Ausbildung und bei Ausbildungsunterstützungen für das Bundeskriminalamt und der Bundespolizei sehr intensiv genutzt.



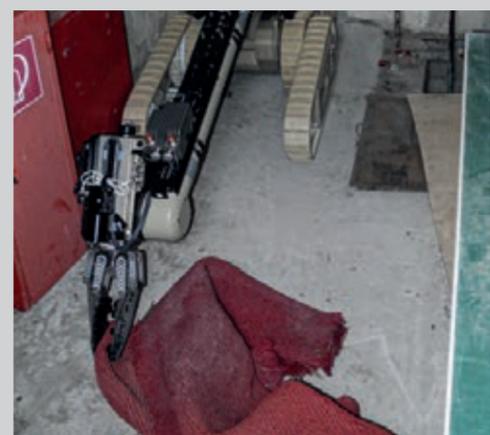
KOBRA Operator: Bilder der Greiferkamera und einer der vorderen Fahrkameras Kobra aus der Sicht des Operators am Bildschirm im Einsatzfahrzeug – dieser befindet sich in einer sicheren Entfernung zum Gefahrenbereich



Visuelle Untersuchung eines Transporters mit Kamerasystemen des Fernlenkmanipulators Kobra-Dachoberfläche mit Greifkamera



Visuelle Aufklärung von Gebäuden / Räumen mit den Kamerasystemen des Fernlenkmanipulators Packbot im Rahmen einer Entschärferausbildung



Arbeit in engen Räumen mit dem Greifer des Kobra – Untersuchung USBV-verdächtiger Gegenstände auf und unter dem Tisch

10
JAHRE
POLIZEI-
PRÄSIDIUM

TAGEBUCH-EINTRAG: » ÜBER DEN WOLKEN... «

02:30 Uhr. Der Wecker klingelt. Für Bereitschaftspolizisten keine ungewöhnliche Zeit. Trotzdem bleibt die gute Laune irgendwo zwischen Kopfkissen und Haustür liegen. Auf zur Hundertschaft. Der BvD erwartet mich bereits: „Na Urlauber, geht's wieder an den Strand?“ Keine Lust zu diskutieren. Nur eines der Vorurteile mit denen man Umgehen muss -Vorurteile gibt es viele.

Es ist nun kurz vor 4 Uhr. Es ist nass, kalt und dunkel. Ich will ins Bett. Ich schnappe mir den Schlüssel für das zivile Kfz, Einsatzbefehl in meinen Rucksack und noch schnell draußen eine rauchen. Jetzt aber ab auf die Autobahn. Bloß nicht in einen Stau geraten. Jeder Personenbegleiter Luft (PBL) startet von seiner eigenen Dienststelle. Ob die anderen schon los sind?

Derzeit sind wir nur noch zu dritt. Denn PBL sind eben nur Kollegen aus der DBD. Leider.

Na gut, ich fahre in Schönefeld ab, vorbei am Terminal 5 und muss schon das erste Mal meinen Ausweis vorzeigen: „Ach Sie sind von der Polizei, na dann fahr'n se durch. Parken wie immer, wa!“ – „Flughafensicherheit“

Auto parken, schnell den Kilometerstand aufschreiben und die Jungs begrüßen. Man haben wir uns lange nicht gesehen. Drei oder vier Wochen waren es bestimmt. Neben den bekannten Gesichtern sind auch jedes Mal neue Kollegen

dabei. Fast jede LaPo unterstützt mittlerweile den Bund personell bei den Rückführungsmaßnahmen. **Dann kommt auch schon das Shuttle.** Wir steigen ein, ab geht's zum Rückführungsbereich der BuPol. Hier erstmal Fieber messen. Dieses Mal inkl. Corona-Schnelltest. Zusätzlich natürlich die FFP2-Maske bis zum Dienstende am Abend. **Nun auch Erstkontakt zum Escort-Leader.** Dieser begleitet die gesamte Maßnahme vor und während des Fluges. Für uns ein bekanntes Gesicht. Er freut sich, uns zu sehen. Immerhin sind wir heute seine Kontingentsleiter (Teamverantwortliche). Obwohl wir erst seit knapp zwei Jahren dabei sind, werden wir mit Führungsaufgaben betraut, dabei spielt es keine Rolle welchen Dienstgrad man trägt.

Heutige Einweisung: es geht nach Moldawien und in den Kosovo. Nach den letzten Flügen nach Georgien, Albanien und Pakistan, sind dies wieder mal bekannte Länder, bekannte Flughäfen. Nix neues. Da

Charterflüge durch Frontex organisiert werden, nehmen oft andere EU-Mitgliedsstaaten daran teil. Zuletzt Frankreich und Schweden. Dann erfolgen Einweisung und weitere Kommunikation auf Englisch.

Auch heute wird das Charterflugzeug (eine Boeing-737) wieder bis auf den letzten Platz gefüllt sein.

Neben den PBL's und den heute knapp 50 Rückzuführenden fliegen auch ein Ärzteteam und mehrere Dolmetscher mit.

Im Anschluss an die Einweisung geht es auch direkt los. Aus dem

ganzen Bundesgebiet werden Ausreisepflichtige zum Rückführungsbereich am Flughafen gebracht. Ab dann übernehmen wir. Bis zur Ankunft im Zielland.

Gegen mittlerweile 10 Uhr ist das Boarding abgeschlossen und wir starten Richtung Moldawien. Flugzeit zwei Stunden. Es beginnt der eigentliche Hauptteil der Arbeit. Da es sich bei den Rückzuführenden neben Familien auch schon mal um Gewaltstraftäter, Btm-Konsumenten und psychisch auffällige Personen handelt, birgt jeder Flug neue Überraschungen. In Chisinau eingetroffen erfolgt die Übergabe an die Moldawischen Kollegen. Direkt im Anschluss geht es weiter nach Pristina/Kosovo. Diesmal knapp drei Stunden in der Luft. Als der letzte Kosovare das Flugzeug verlassen hat geht es direkt zurück.

Um 17 Uhr endlich der Aufschlag... ääh die Landung in Schönefeld.

Alle wollten nur noch zurück nach Deutschland. Dies ließ uns auch der Pilot spüren. Das dritte Mal Start/Landung an einem Tag. Nach knapp sieben Stunden im Flieger spürt man die sehr holprige Landung besonders im Rücken. Man fliegt halt nicht mit Emirates.

Im Dienstgebäude der BuPol werden dann wieder alle FEM abgegeben. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Fesselungsutensilien. Weder Schusswaffe noch RSG/EKA sind während der Maßnahme gestattet. Danach Auswertung.

Man bekommt nie alles mit, was im Flieger passiert. Jede Minute von der Anlieferung über Arzt Check, Betreuung am Boden, Verbringung zum Luftfahrzeug und die Übergabe an die örtlichen Behörden wird ausgewertet, sodass auch in Zukunft alles reibungslos läuft.

Heute verschaffte sich jemand Zugang zum Flughafengelände und filmte die Beamten beim Boarding.

Aufgrund der politischen Brisanz und der internationalen Zusammenarbeit wird sehr penibel darauf geachtet, dass derartige Aufnahmen nicht gefertigt werden. Nicht zuletzt zum Schutz der eingesetzten Beamten.

Dann die Entlassung durch den Escort-Leader. Wir nehmen Kontakt mit den Kollegen der KostRück auf. Die Kollegen sind für uns rund um die Uhr erreichbar und immer froh über die Nachricht, dass wir gesund und ohne größere Probleme wieder gelandet sind. Längere Verspätungen sind nicht unüblich. Als ein Vogel sein Leben in einer der Turbinen beendete, bescherte uns dies einen acht stündigen Aufenthalt auf dem Rollfeld Tirana's (Albanien).

Gegen 19:00 Uhr verlegen wir zum Hotel. Nach 14 Stunden Maske tragen, volle Aufmerksamkeit, höchste Alarmbereitschaft und auch gerne mal den einen oder anderen Widerstand auf Reiseflughöhe freut man sich dann ganz besonders auf eine Dusche und das Kopfkissen.

A. Graf, M. Pilz



Bereitstehendes
Charterflugzeug (oben)
Team „Personen-
begleiter Luft“ (re.)



▶ 2021

GEMEINSAME STREIFEN

Seit mehreren Jahren fährt die Wasserschutzpolizei Brandenburg gemeinsame Bootsstreifen zum einen mit polnischen Kollegen auf dem Grenzfluss „Oder“ sowie auf den Wasserflächen im Lausitzer Seenland mit Kollegen der Wasserschutzpolizei des Freistaates Sachsen.

In beiden Fällen wurde die länderübergreifende Zusammenarbeit intensiviert.

Im Lausitzer Seenland wurde 2021 die bundesweit erste gemeinsame Dienststelle der Wasserschutzpolizei zweier Bundesländer eröffnet.

Gemeinsame Bootsstreifen: Arne Feuring, damaliger Polizeipräsident, im Gespräch mit dem RBB



ZUM GLÜCK GAB ES SIE DANN DOCH:

DIE WECHSELLADER

Durch die BPA Abteilung TEE müssen unterschiedliche Aufgaben zur Absicherung von Demonstrationen und Veranstaltungen wahrgenommen werden. Eine dieser Aufgaben ist der Transport und das Aufstellen der Hamburger Gitter. Seit Jahren wurden dazu durch den Bund bereitgestellte Fahrzeuge mit fast schon „Museumscharakter“ genutzt.

Das Land Brandenburg hat hier mit dem Ziel langsam in der Neuzeit anzukommen Geld investiert. 2021 wurden vier Fahrzeuge Wechsellader angeschafft, um unterschiedliche Ladungsträger aufnehmen zu können. Hamburger Gitter, mobile Straßensperren oder auch andere Transportgüter können so mittels sogenannter Austauschbarer Ladungsträger (ATL) geladen und umweltfreundlich zum Einsatzort transportiert werden. Neben funktionellen Gesichtspunkten ergeben sich dadurch gerade für die Bediensteten erhebliche Erleichterungen.



Neue Flotte Wechsellader (oben)
Mobile Fahrzeugsperrre auf Ladungsträgern (Mitte)
Das Museumsstück (unten)

Erpressung zum Nachteil eines deutschen Paketdienstleisters

BAO »QUER«



Jahrelang beschäftigte die Polizei diese besondere Einsatzlage. Angefangen an einem Tag im Dezember 2017 als eine verdächtige Paketsendung an eine Apotheke am Rande des Potsdamer Weihnachtsmarktes geliefert wurde, bis zu deren plötzlichen Ende im Frühjahr 2021.

Herausragendes ist bei dieser Langzeitlage durch viele Kolleginnen und Kollegen geleistet worden und es gibt selten eine polizeiliche Lage, bei der man über einen jahrelangen Zeitraum immer mal wieder glaubt, dass man dem Täter ganz, ganz dicht auf den Fersen sei. Und dann zerplatzt diese Hoffnung wie eine Seifenblase. Und trotzdem arbeiten viele Kolleginnen und Kollegen rastlos an der Lösung dieses rätselhaften Falles der Erpressung eines deutschen Paketdienstleisters -

lohnenswert hier beispielhaft erzählt zu werden.

Die Eine beginnt am 1. Dezember. Einem Freitag, der in seiner Schlichtheit eigentlich nichts Besonderes bot und trotzdem überschlugen sich am Nachmittag die Ereignisse. Im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit freuten wir uns an diesem Tag über die erste externe Neueinstellung einer jungen Kollegin für den Sachbereich Soziale Medien. Seit der vollzogenen Neustrukturierung des Bereiches ein knappes halbes Jahr zuvor wird zukünftig dieser Bereich nun nicht mehr ausschließlich aus Polizistinnen und Polizisten, sondern ganz maßgeblich durch externe Einstellungen von Frauen oder Männer be-

Sämtliche Maßnahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit aufzuschreiben, würde den Rahmen dieses Artikels sprengen. Aber es gibt zwei Anekdoten, die es sich

stehen und geprägt werden, die gar keinen polizeilichen Background besitzen.

Seit dem Anschlag auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz mit 12 Toten im Jahr zuvor herrschten auch auf dem Potsdamer Weihnachtsmarkt „Blauer Lichterglanz“ erhöhte Sicherheitsvorkehrungen. Polizeistreifen mit Maschinenpistolen, Absperrbollwerke wie Poller, Betonklötze, mobile Durchfahrsperrern – all das gehörte nun zum Stadtbild. Die Berichterstattung darüber war in den Medien zum allgegenwärtigen Thema geworden.

Jener Freitag im Dezember also, an dem es auch Beförderungen im PP gab, versprühte trotz der fiktiven Bedrohung eher die Stimmung „Freitag ab eins, macht jeder seins ...“.

Damit war es umgehend vorbei als der LvD über einen verdächtigen Gegenstand vor einem Kinder-Karussell auf dem Weihnachtsmarkt informierte. Weiträumige Absperungen des Marktes in der Brandenburger Landeshauptstadt, eine hohe öffentliche Wahrnehmung des Ereignisses und der polizeilichen Maßnahmen, einhergehend mit der allgemeinen angespannten Sorge, dass auf Weihnachtsmärkten Anschläge verübt werden könnten, führten schlagartig zu einem überregionalen Medieninteresse. Polizeilich war das nahe am Super-Gau und medial vorerst nicht mehr aufzuhalten. Schnellst-

möglich konnten wir uns nur versuchen darauf einzustellen. Die Freitagstimmung war dahin und das Begrüßungssektchen, natürlich alkoholfrei, wurde schnell weggestellt. Aus der Schublade wurde die BAO-Struktur gezogen und mit der Erstmeldung zum Ereignis via Twitter erfolgte die Information der Bevölkerung. Innerhalb kürzester Zeit fanden sich vor Ort scharenweise Medienvertreter ein. Sie an einen geeigneten Ort für Medienauskünfte zu leiten und dort valide Informationen durch einen polizeilichen Pressesprecher zu erteilen, gestaltete sich schwierig.

Erschwerend kam hinzu, dass Politiker aus der Stadt- und Landespolitik ebenfalls vor Ort kamen und - teils unter dem Eindruck des Geschehens stehend mit den wenigen Informationen, die ihnen vor-

Journalisten sprachen mit Weihnachtsmarktbesuchern und Standbetreibern. Eilmeldungen liefen als Ticker online und im TV. So entstand innerhalb kürzester Zeit in den Medien ein vielschichtiges Informationsgebilde aus Tatsachen, Meinungen und Spekulationen. Dies ließ sich unmittelbar nur schwer einfangen und konnte erst im Laufe der nächsten Tage durch fundierte Erkenntnisse sachlich dargestellt werden. Eine Pressekonferenz mit dem Minister des Innern

und für Kommunales des Landes Brandenburg, Karl-Heinz Schröter, Polizeipräsident Hans-Jürgen Mörke und dem Leitenden Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft Potsdam Heinrich Junker zur Darstellung der aktuellen Ermittlungsergebnisse wurde zwei Tage später, es war der erste Advent um 15 Uhr, einberufen und live im Fernsehen übertragen.

Ein anderer Einblick markiert das Ende der Story

Knapp dreieinhalb Jahre nach dem Beginn und durch das LKA BB geführten Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Herbeiführens einer Sprengstoffexplosion sowie der schweren räuberischen Erpressung, lag nun ein Bild eines unbekanntes Mannes vor, welches veröffentlicht werden sollte. Für sachdienliche Hinweise, welche zur Ermittlung, Identifizierung oder Ergreifung des Tatverdächtigen führen, wurde eine Belohnung in Höhe von bis zu 5.000 Euro ausgesetzt. Wie so oft in der polizeilichen Arbeit, war es kein besonders großes und aussagekräftiges Foto. Mit einer Bildgröße von nur 96 KB war ein unbekannter Mann mit einer roten Mund-Nasen-Schutzmaske an einem Bitcoin-Geldautomaten in Berlin im Oktober 2020 aufgenommen worden. Der Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wurde mit der Erstellung eines Fahndungsplakates beauftragt. Diese Maßnahme zeigt einerseits die Hartnäckigkeit von Strafverfolgungsbehörden und den unbändigen Willen dieses Verbrechens aufzuklären, andererseits aber auch, dass wir zur Unterstützung der eigenen Ermittlung nun die Hilfe der Bevölkerung benötigten.



Allgemeine Handlungsempfehlung beim Umgang mit verdächtigen Postsendungen



Erkennungsmerkmale

Bomben, die als Postsendungen getarnt sind, können in vielfältiger Erscheinungsart hergestellt sein. Einer solchen Sendung ist äußerlich meist nichts Verdächtiges anzusehen.

Die nachfolgenden Punkte dienen lediglich als Hilfestellung für das Erkennen von sprengstoffverdächtigen Sendungen und das Verhalten bei Verdacht auf solche Sendungen. Sie dürfen jedoch keinesfalls als abschließende und vollständige Aufzählung verstanden werden!

Allgemeiner Hinweis:

- vorausgegangene Drohungen an den Adressaten

Auffälligkeiten am Brief/Päckchen/Paket:

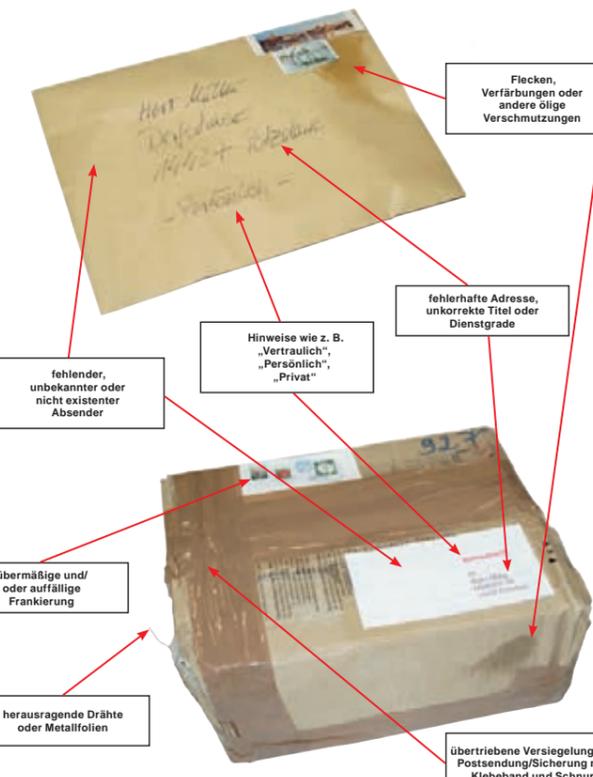
- ungewöhnliche Dicke des Briefes
- ungewöhnlich hohes Gewicht der Postsendung in Bezug auf ihr Format
- das Aussehen der Sendung stimmt nicht mit dem vermuteten Inhalt überein
- unübliches Verpackungsmaterial
- auffällige Unebenheiten bzw. fühlbare, harte Gegenstände im Inneren des Umschlages
- ölige Flecken oder Verfärbungen
- herausragende Drähte oder Metallfolie
- übertriebene Versiegelung der Postsendung/Sicherung mit Klebeband und Schnur
- Postsendung ist über das notwendige Maß frankiert
- ungewöhnliche Zustellungsart (z.B. Paket wurde nicht durch kommerziellen Zusteller ausgeliefert, sondern durch unbekannte Person abgegeben)
- es wird keine Sendung dieser Art vom angegebenen Absender erwartet

Auffälligkeiten beim Adressaten:

- fehlerhafte Adresse wie:
 - o unkorrekte Titel oder Dienstgrade
 - o Angabe eines Titels, aber keine Namensangabe
 - o Adresse steht nicht am üblichen Platz und/oder
 - o auffallende Rechtschreibfehler
- Hinweis auf der Sendung wie z.B. »Vertraulich«, »Persönlich«, »Privat«

Auffälligkeiten beim Absender:

- fehlende Absenderangaben, unbekannter bzw. nicht existenter Absender
- ungewöhnlicher Aufgabort bzw. anderer Aufgabort als im Absender vermerkt (Distanz)
- eventuell den Empfänger kompromittierender Absender z.B. Erotikartikelversand, Inkassobüro, usw., die eine Poststelle/Sekretariat veranlassen, den Brief/das Paket nicht zu öffnen



Verhaltensmaßnahmen

Brief- bzw. Paketbomben sollen in der Regel erst beim Öffnen explodieren. Sie können daher als bedingt handhabungssicher angesehen werden, da sie bereits transportiert worden sind. Unterlassen Sie aber im Verdachtsfall jegliches weitere Handeln mit der Sendung!

Geht der Empfänger einer Postsendung davon aus, dass es sich um eine »Brief- oder Paketbombe« handeln könnte, so hat er Folgendes zwingend zu beachten:

- Ruhe bewahren!
- eventuell Kontaktaufnahme mit dem angegebenen Absender
- den verdächtigen Gegenstand
 - ! nicht berühren!
 - ! nicht abtasten!
 - ! nicht bewegen!
 - ! nicht schütteln!
 - ! nicht biegen oder knicken!
 - ! nicht beschließen!
- keiner extremen Hitze (z.B. Heizung oder direkte Sonneneinstrahlung) oder Kälte aussetzen
- Gegenstand **nicht** ins Wasser legen oder anfeuchten
- **keine** Bänder oder Schnüre zerschneiden
- **keine** Öffnungsversuche irgendwelcher Art unternehmen
- verdächtigen Gegenstand **nicht** in ein Behältnis legen (bei einer Explosion besteht zusätzliche Splittergefahr!)
- alle Personen zum Verlassen des Gefahrenbereichs (z.B. Büro) auffordern und diesen Bereich absperren
- unverzüglich die Polizei (Notruf 110) direkt und/oder über eine interne Notfallnummer informieren
- Eintreffen der Polizei/der Feuerwehr abwarten und diese über die bisherigen Maßnahmen umfassend informieren

Impressum:
 Herausgeber/Erstellung:
 Polizeipräsidentium
 Land Brandenburg
 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
 Kaiser-Friedrich-Straße 143
 14469 Potsdam
 Tel.: 0331 283-3020
 E-Mail:
 pressestelle.pp@polizei.brandenburg.de
 Text: Hessisches Landeskriminalamt
 Bilder: Polizei Brandenburg

Druck:
 Fachhochschule
 der Polizei Brandenburg
 Bernauer Str. 146
 16515 Oranienburg
 Auflage: 1.600
 Potsdam, 05.12.2017

Im Notfall: 110

In den vergangenen Jahren hatten wir umfangreiche präventive als auch strafverfolgende Maßnahmen in der Öffentlichkeit ergriffen. Wir suchten Zeugen, warnten die Bevölkerung Printmedien, im TV, Radio und online zum Umgang mit verdächtigen Postsendungen. Ein durch PÖA erstelltes Hinweisblatt mit Erkennungsmerkmalen und Verhaltensmaßnahmen wird heute noch gern nachgefragt und veröffentlicht. Selbst die Fahndung nach der kryptischen Mac Adresse f8:e0:79:af:57:eb im Januar 2019, mit der sich die Kommunikation des mutmaßlichen Täters via E-

Mail auf ein Endgerät der Marke Motorola zurückführen ließ, wurde umgesetzt. Im April 2021 wurden etwa 1.000 Fahndungsplakate an öffentlichen Stellen, Einrichtungen und Transportunternehmen übersandt. Sogar in den Zügen des Regionalexpresses von Frankfurt (Oder) über Berlin nach Magdeburg wurde nach dem Mann mit der roten Alltagsmaske gefahndet. Dies zeigte offensichtlich Wirkung. Mit der Pressemeldung Nr. 15 vom 27. Mai 2021 bestätigte das Polizeipräsidentium, dass sich „...eine 36-jährige männliche Person (deutsche Staatsangehörigkeit) über einen

Rechtsbeistand bei der Polizei des Landes Brandenburg...“ gemeldet „... und gegenüber der Staatsanwaltschaft im Beisein seines Rechtsbeistandes angab, der Erpresser und für die in Rede stehenden Taten verantwortlich zu sein ...“.

Somit endete eine aufregende Zeit für uns, welche an einem unscheinbaren Freitag im Dezember 2017 begann und deren Ereignis es bis in die Nachrichtenkanäle der USA und nach Australien schaffte.

Mario Heinemann



Das Präsidiabüro unterstützt den Polizeipräsidenten und den Polizeivizepräsidenten in der Zusammenarbeit mit Behörden, Einrichtungen, Interessenverbänden, Gremien sowohl inner- als auch außerhalb des Landes Brandenburg. Den Schwerpunkt der Aufgaben bildet die Entscheidungsvorbereitung in organisationsübergreifenden grundsätzlichen Angelegenheiten einschließlich der dazugehörigen vor- und nachgelagerten Prozesse sowie die Organisation der Besprechungen und Veranstaltungen der Behördenleitung.



„Es ist mir sehr wichtig, dass wir mit allen Behördenstabs- und Leitungsbereichen, mit den Direktionen, dem LKA und dem MIK eine gute und verlässliche Zusammenarbeit gestalten. Nur so gelingt es uns, die Behördenleitung gut auf ihre Termine vorzubereiten, alles auf den Punkt zu bringen. Das Spannende an unserer Arbeit ist, dass wir uns immer wieder mit Neuem befassen und wir auch bei den täglichen Aufgaben nie auslernen.“

Ulrike Gladitz, Leiterin Präsidiabüro seit Mai 2016

Was verbirgt sich dahinter?

Sechs Mitarbeiter/-innen des Präsidiabüros sind dafür verantwortlich, dass das tägliche Geschäft der Behördenleitung im und außer Haus verlässlich organisiert wird. Wir steuern schnell und zielgerichtet Informationen, wir fordern Unterlagen zu den verschiedensten Themen an, arbeiten diese auf, koordinieren, schreiben Grußworte und sichern eine hohe Qualität der Vorbereitung. Das verlangt von uns eine intensive Kommunikation mit den Kolleginnen und Kollegen, mit externen und internen Akteuren und die Fähigkeit, die aktuellen Themen, die Zeit und die Informationsflut im Auge zu behalten. Das Präsidiabüro stellt eine zentrale Schaltstelle zwischen der Behördenleitung und den Einrichtungen des Polizeipräsidiiums sowie externen Institutionen dar.

DAS PRÄSIDIALBÜRO

Dazu gehört, dass Termine vereinbart, entgegengenommen und verwaltet werden. Das ist nicht immer leicht, wenn man ein überfülltes Vorzimmer vermeiden möchte und trotzdem Zeit für die vielen Aufgaben der Behördenleitung eingeplant werden muss. Und auch wenn mal etwas Unvorhergesehenes dazwischenkommt: Der Geschäftsdienst bewahrt einen kühlen Kopf!



„Es bedarf schon großen Geschicks alle Gesprächstermine für den Polizeipräsidenten und den Polizeivizepräsidenten so zu organisieren, dass ein gut geplanter strukturierter Arbeitstag für alle Beteiligten gewährleistet wird. Wir stellen uns dieser Aufgabe täglich und freuen uns stets über ein sehr abwechslungsreiches Tagesgeschäft.“

Anke Parey, Geschäftsdienst

Eine besondere Herausforderung ist die Gestaltung und Organisation von Veranstaltungen und Konferenzen mit oft hochrangigen und internationalen Gästen. Wenn wir in die 10-jährige Geschichte des Präsidiabüros schauen, waren diese zahlreich – die Tage der offenen Tür, die Organisation und Mitgestaltung der Grenztagungen mit den polnischen Partnern sowie zahlreiche Treffen der Behördenleitung mit den polnischen Kommandanten, Sommerfeste mit den Partnern der Zusammenarbeit, die jährlichen Konferenzen des höheren Polizeivollzugs- und Verwaltungsdienstes, die Eröffnung der Stätte der Mahnung und Erinnerung 2018 ...



„Mir obliegt die Planung und Organisation der Außer-Haus-Termine, die Behördenleitung zuverlässig von A nach B zu bringen Und wenn Besprechungen und Veranstaltungen organisiert werden müssen, bin ich zur Stelle und stehe meinen Kolleginnen und Kollegen bei allen Belangen tatkräftig zur Seite.“

Sören Rittdorf, Mitarbeiter Präsidiabüro

Die Veranstaltung soll ein Erfolg werden. Zunächst braucht es dafür natürlich interessante Themen und Referenten. Aber all die unscheinbaren Dinge, der perfekte Veranstaltungsort, die Gestaltung des Raumes und nicht zuletzt eine gute Verpflegung sind Garantien für gutes Gelingen. Im Vorfeld werden also logistische Bedarfe geklärt, der Ablauf geplant, die Teilnehmer eingeladen und die Inhalte abgestimmt.



„Bereits Monate vorher beginnen die Vorbereitungen und Absprachen. Unser Ziel ist es, möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu erreichen und auch mit einem vielfältigen Angebot jedem etwas zu bieten. Besonders positiv ist uns der Zusammenhalt und die Freude an der Zusammenarbeit der Kollegen im Vorfeld in Erinnerung geblieben. Umso trauriger finden wir es, dass in den Jahren 2020 und 2021 wie, so viele andere Veranstaltungen auch, unser Gesundheitstag aufgrund der CoronaPandemie ausfallen musste. Wir hoffen umso stärker, dass dieser Tag in Zukunft wieder stattfinden kann und freuen uns auf viele Teilnehmer, tolle Kurse und das Fitnessbuffet.“

Andrea Koch und Alexandra Schindler, Mitarbeiterinnen Präsidiabüro

Fachtagung des höheren Polizeivollzugs und Verwaltungsdienstes

Seit 2012 veranstaltet das Polizeipräsidium nahezu jährlich als einen Teil der Behördenkultur Konferenzen für den höheren Polizeivollzugs- und Verwaltungsdienst. Unter Titeln wie „Effektive Kommunikation – erfolgreich führen in der Fläche“, „Zusammenführen“ und „Zukunftsfähigkeit der Polizei – Erfolgsfaktor Familie“ sind die Tagungen jeweils aktuellen Themen gewidmet und auf einen transparenten Austausch der Behördenleitung mit ihren Führungskräften des höheren Dienstes und auf eine einheitliche Führungskultur ausgerichtet.

Personalentwicklung

Das Präsidiabüro war und ist immer eine feste Station von Nachwuchsführungskräften auf ihrem Weg zum höheren Dienst. Die entscheidende Rolle des Präsidiabüros resultiert zum einen daraus, dass man sich hier der Behördenleitung zeigen kann und zum anderen, dass man einen Einblick gewinnt, welche Themen aktuell auf der Agenda ganz oben stehen. Für manch einen war das Präsidiabüro der erste Kontakt mit der hohen Kunst gehobener Stabskultur, für andere der erste Berührungspunkt mit der Behördenleitung. Immer jedoch konnten sich die Aspiranten der Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen sicher sein.

„Die Zeit im Präsidiabüro war für mich eine Zeit mit vielen Herausforderungen und langen Arbeitstagen. Neben der Organisation der Büroabläufe für die Behördenleitung waren insbesondere Kommunikationsvermögen, Kreativität und Engagement über polizeiliche Alltagsthemen hinaus für polizeiliche Veranstaltungen in neuen Formaten gefordert.“

Ute Döpke, Leiterin Präsidiabüro bis Mai 2016

„Die Hospitation im Präsidiabüro ist eine Erfahrung, die ich nicht mehr missen möchte. Durch das persönliche Erleben von Führung auf dieser Ebene erweitert sich der Blickwinkel. Vor allem das Präsidiabüro hat zu meiner persönlichen Entwicklung beigetragen und mich darin bestärkt, einfach ich selbst zu sein.“

Maria Bantchev, Personalentwicklungspool

„Improvisation ist etwas, das nur funktioniert, wenn es seriös vorbereitet ist.“ (Markus M. Ronner) Bei der Arbeit des Präsidiabüros verbinden sich Akribie und Kreativität, so dass sich alle Mitarbeiter/innen einbringen können. Vom erfolgreichen Absolvieren des Tagesgeschäfts bis zum Gelingen großer Veranstaltungen zeigt sich, dass alle Herausforderungen in hervorragender Teamarbeit gemeistert werden können.“

Felix Ebert, Personalentwicklungspool, Hospitation

Am Ende unseres Beitrages sei mir noch gestattet, mich bei allen Kolleginnen und Kollegen zu bedanken, die täglich mit uns gemeinsam dafür Sorge tragen, dass wir erfolgreich sind, denn „Im Grunde sind es immer die Verbindungen mit Menschen, die dem Leben seinen Wert geben.“ (Wilhelm von Humboldt)

Ulrike Gladitz

Zukunftsprojekt in Planung/Bearbeitung

NEUE BEKLEIDUNG FÜR DIE **ATH**



Das Polizeipräsidium führt derzeit ein Vorhaben zur Optimierung der persönlichen Ausstattung von PVB durch. Konkret soll durch eine sogenannte Außentragehülle (ATH), die mit der bestehenden Ballistik kombiniert werden kann, das Mitführen von FEM deutlich verbessert/erleichtert werden und durch einen modularen Aufbau eine zukunftsfähige Lösung geschaffen werden. Aspekte der Eigensicherung und des einheitlichen Erscheinungsbildes aller PVB stellen ebenfalls wesentliche Schwerpunkte dar.

Es konnte nunmehr ein erster Trageversuch mit 45 ATH der Firma Mehler in der PI EE, DBD – 3.EHu und der PI P durchgeführt werden. Für das 3. Quartal 2021 ist ein weiterer Trageversuch in weiteren Organisationseinheiten geplant, um ein umfassendes Meinungsbild aller Bediensteter zu erfassen.

Mit dem voraussichtlichen Abschluss des 2. Trageversuchs Ende 2021 ist geplant, anhand der gesammelten Ergebnisse, ein eigenes ATH Modell Land Brandenburg für alle PVB zu konstruieren.

Mit einer möglichen Einführung der ATH wird sich das Erscheinungsbild aller Bediensteten verändern, nicht nur durch die ATH selber, sondern auch durch eine zukünftig angepasste Bekleidung. Das Tragen der ATH wird dann in Kombination mit einer temperatur- und witterungsbedingt angepassten Bekleidung möglich sein. Hierzu werden gerade im BStB1E verschiedenste Kleidungsstücke gemeinsam mit dem ZDPol geprüft, um diese in einem weiteren Trageversuch Anfang 2022 zu testen.



DER LAUSITZRING SEIT 21 JAHREN GARANT FÜR POLIZEILICHE GROSSEINSÄTZE IN OSL

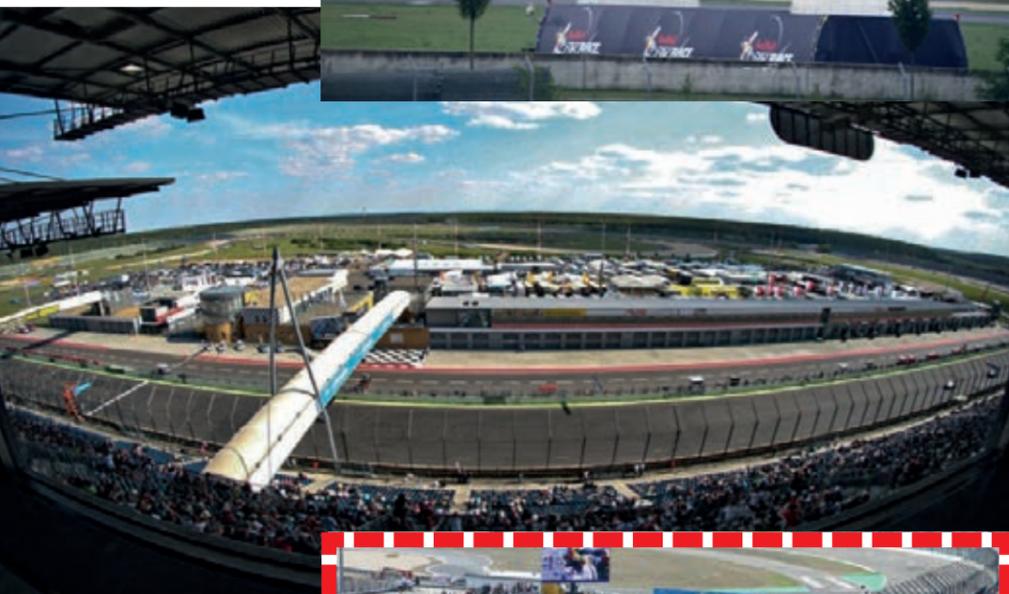
Der Lausitzring, bekannt auch als EuroSpeedway Lausitz befindet sich in der Gemeinde Schipkau im Süden unseres Landes, im Landkreis Oberspreewald Lausitz. Er ist mit seinen Streckenvarianten, dem Hochgeschwindigkeitsoval und parabolischen Steilkurven sowie einer Vielzahl von Test und Fahrmodulen die jüngste und modernste Rennstrecke Deutschlands und wird derzeit durch die DEKRA betrieben. Aber nicht nur Motorsportrennen, auch andere große Events wie Open-Air-Konzerte und Flugserien, wie die Weltmeisterschaftsrennen von Red Bull Air Race haben Einzug auf dem Lausitzring gehalten.

Alles begann im Jahr 2000, genau am 20.08. also fast auf den Punkt vor 21 Jahren, mit einer großen feierlichen Eröffnung und ca. 110.000 Zuschauern, welche Einblick in nahezu alle Rennserien bekamen. Von Beginn an wurde dabei die Polizei der PI Oberspreewald Lausitz in sicherheitsrelevante Planungen einbezogen und immer wieder vor neue Herausforderungen gestellt. Bereits nach der Eröffnung und den ersten Veranstaltungen zeichneten

sich die ersten „Baustellen“ und großen Aufgaben für den Landkreis OSL, das Amt Schipkau, die Polizei und natürlich auch den Betreiber des Lausitzring ab. Der Ausbau der Infrastruktur musste vorangetrieben werden, ein funktionierendes Verkehrskonzept musste her, welches die An- und Abfahrt zum Lausitzring erleichtern und den extremen Stau auf der Autobahn und den Zufahrtsstraßen in Zukunft vermeiden sollte.

**Rennpiste vor
der Tribüne**

Red Bull Air Race



Lausitzring im Superweitwinkel (oben) Blick von der Zuschauertribüne (re.)



„Mit viel Fleiß und Professionalität gelang es der Polizeiführung des damaligen Schutzbereiches OSL in Zusammenarbeit mit den externen Partnern, wie dem Straßenverkehrsamt, dem Straßenbaulastträger, oder dem Amt Schipkau, ein hervorragend funktionierendes Verkehrskonzept zu entwickeln.“

Bis heute ist dieses der Grundbaustein für verkehrslenkende und regelnde Maßnahmen, die je nach Lagebewertung unkompliziert angepasst werden können. Von Beginn an gab und gibt es einen ständigen Verbindungsbeamten der Polizei zu

den Verantwortlichen des Lausitzringes und den externen Partnern. Nun soll es noch einen kurzen Einblick in einige große Highlights und dienstliche Herausforderungen geben, die wir hier in OSL mit dem Lausitzring erlebt haben. Würde man alles aufzählen, könnte man noch Unmengen Papier beschreiben.

Wohl am unvergesslichsten waren tatsächlich das große Abschiedskonzert der Böhsen Onkelz mit 120.000 Zuschauern am 17./18.06.2005 oder auch das Konzert der Toten Hosen mit 70.000 Zuschauern am

16.06.2001. Die Campingplätze und Tribünen waren krachend voll.

Ein Höhepunkt mit Besucherzahlen im 5-stelligen Bereichen waren aber auch die RED Bull Weltmeisterschaftsrennen- Flüge auf dem Lausitzring 2010, 2016 und 2017.

Ebenso erfreut sich auch die jährlich stattfindende DTM großer Beliebtheit.

Doch nicht nur große gigantische Veranstaltungen bleiben in Erinnerung, auch einige Schattenseiten werden bei dem ein oder anderen Kollegen geweckt, vor allem, wenn man an die tragischen Unfälle auf dem Lausitzring zurückdenkt.

Der wohl bekannteste Unfall war der von Alessandro Zernadi am 15. September 2001. Hier verlor der ehemaligen Formel I Pilot bei einem CART- Rennen in seinem Reynard-Honda beide Beine.

Leider sind seither auch drei tödliche Unfälle zu verzeichnen, ein Testfahrer, ein Streckenwart und ein Gast des Reissbrennens, einer Tuningveranstaltung von asiatischen Rennwagen.

Bei sämtlichen Großveranstaltungen ist die Polizei zur Gewährung von Ordnung und Sicherheit und der Verfolgung und Ahndung von Straftaten auf und um den Lausitzring gefordert.

Durch die Vorplanung einer sehr gut strukturierten BAO, meist unter Führung der Polizeiinspektion OSL selbst und Einbeziehung aller eigenen Kräfte aber auch durch die Unterstützung von Fremdkräften wie den Zügen der Bereitschaftspolizeien oder der Verkehrsdienste, um nur einige zu nennen, bildet die Polizei stets einen verlässlichen und kompetenten Partner für den Lausitzring und den Landkreis OSL. Auch wenn Corona uns in den vergangenen zwei Jahren etwas Verschnaufpause gegeben hat, so sind wir uns ziemlich sicher, dass wieder große Rennen und Veranstaltungen auf dem Lausitzring folgen werden. Natürlich freuen wir uns auch darauf. Unserer Region tut es gut und wir werden vorbereitet sein.

**Aina Gutschmidt, Revierleiterin
Polizeirevier Lauchhammer**



STAATSGÄSTE IM BESCHAULICHEN NORDEN OBERHAVELS

Seit 2004 steht der Bundesregierung das Schloss Meseberg in der Nähe von Gransee als Bundesgästehaus zur Verfügung. Seit 2007 gab es viele Staatsbesuche, Kabinettsklausuren, Zukunftsgipfel und Empfänge. Jedes Mal ist dazu ein Einsatz der Polizeiinspektion Oberhavel nötig.

Die Messerschmidt-Stiftung hatte das Schloss 1995 erworben und für einen symbolischen Euro der gerade nach Berlin umgezogenen Regierung zur Miete angeboten. Zunächst wurden das Haus und die Anlagen nach historischem Vorbild restauriert, später steckte die Bundesrepublik erneut Geld in das Haus, um Sicherheits- und Kommunikationstechnik installieren zu lassen. Im Januar 2007 wurde das Schloss als Bundesgästehaus übergeben und der erste Staatsgast – der französische Präsident Jaques Chirac – kam. Viele weitere Gäste folgten: Staatspräsidenten,

Diplomaten, Vertreter der Wirtschaft und Gewerkschaften. Jährlich öffnet sich das Bundesgästehaus für die Bürgerinnen und Bürger.

Zunächst wurde der Einsatz der Landespolizei noch in Meseberg selbst in einer alten Gaststätte nahe der Kirche geführt. Als die Polizeiinspektion Oberhavel 2017 in ein neues Gebäude im Luisenhof einzog, wurde der neue Führungsraum genutzt. In enger Abstimmung mit der Bundespolizei, dem BKA und den Sicherheitskräften wurden die Fahrtrouten freigehalten und die Versammlungen rund um das Gästehaus abgesichert. Immer verlief es friedlich.

Beim Besuch des indischen Premierministers Narendra Modi hatte sich ein Gleitflieger in die Flugverbotszone verirrt. Der Pilot konnte wenig später auf dem Gelände eines Flugplatzes bekannt gemacht werden.



Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Emmanuel Macron begrüßen EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker



STAATSGÄSTE

- 2007: **Jaques Chirac** (franz. Staatspräsident), **José Manuel Barroso** (Präsident Europ. Kommission), **Nicolas Sarkozy** (franz. Staatspräsident), **Romano Prodi** (ital. Ministerpräsident.) ■ 2008: **George W. Bush** (US-amerik. Präsident), **Donald Tusk** (EU-Ratspräsident) ■ 2010: **Dimitri Medwedew** (russ. Präs.), **Wen Jiabao** (chin. Staatspräsident) ■ 2011: **José Manuel Barroso** (Präsident Europ. Kommission) ■ 2013: **David Cameron** (brit. Premierminister), **Jean-Claude Juncker** (luxemb. Premierminister), **Li Keqiang** (chin. Ministerpräsident.) ■ 2015: **Manuel Rايو** (span. Ministerpräsident.) ■ 2016: **Shinzo Abe** (japan. Ministerpräsident) ■ 2017: **Petro Poroschenko** (ukrain. Präsident), **Narendra Modi** (ind. Premierminister), **Jens Stoltenberg** (NATO-Generalsekretär), **Jean-Claude Juncker** (Präsident Europ. Kommission) ■ 2018: **Emmanuel Macron** (franz. Präsident), **Wladimir Putin** (russ. Präsident), **Mahamadou Issoufou** (niger. Staatspräsident.) ■ 2020: **Giuseppe Conte** (ital. Ministerpräsident), **Emmanuel Macron** (franz. Präsident)

UND TÄGLICH GRÜSST DAS MURMELTIER

... auch wenn weder Bill Murray noch Andie MacDowell Beamte des Polizeipräsidiums sind und Punxsutawney noch nicht im Ortsverzeichnis des Landes Brandenburg gelistet ist, so könnte man sich doch in einigen Amtsstuben so fühlen. Irgendwie wachsen über Nacht die Eingänge von Rechnung oder anderen Änderungsanweisungen, so dass man den Eindruck bekommen kann, täglich in einer Schleife aufzuwachen. Das auch hier immer wieder eine Bearbeitung (und auch die Bezahlung der Forderungen) erfolgt, ist einer der Aufgaben der Tätigkeiten der Stabsbereiche Logistik des Behördenstabes und der Direktionsstäbe. Waren es im Jahr 2010, also im Jahr vor der Bildung des Polizeipräsidiums, ca. 86.000 Einzelbuchungen (Einnahmen und Ausgaben) so wurden im Jahr 2020 bei deutlich geringerem Personalbestand mit rund 54.000 Fällen Zahlungsanordnungen im Bereich der Ausgaben und rund 31.000 Anordnungen im Bereich der Einnahmen fast genauso viele Buchungen erfasst. Alle die jetzt annehmen, eine solche Buchung sei mit einer online Buchung bei der Hausbank vergleichbar, sei gesagt, dass eine solche weder das Vier-Augen-Prinzip noch die Einhaltung zahlreicher haushalts- und vergaberechtliche Vorschriften erfordert. Die Entwertung und Ablage der Unterlagen, die Erfassung im Bestandsregister sowie die Buchung im Anlagennachweis sind dabei nur einige der parallel zu erledigenden Schritte.

Das dabei „nur“ relativ wenige Buchungen einer Korrektur bedürfen, ist Beispiel und Ausdruck für die Professionalität aller Haushaltssachbearbeiter.

Diesen sei an dieser Stelle DANKE gesagt.

Für einen kleinen Eindruck zu erhalten, welches Ausmaß diese Buchungen einnehmen ist auf dem Bild die Ablage von 7.549 Buchungsvorgängen (entspricht 10,35 Regalmeter) zu sehen.

STEHEN IST AUCH MAL ANGENEHM



In den vergangenen Jahren hat sich viel getan. Daran hat wohl keiner einen Zweifel. Dass dies gerade auch auf die Ausstattung der Arbeitsplätze zutrifft, ist allen Akteuren bewusst.

Anfangs noch langsam, mit geringem Budget und auf der Basis von Attesten, wurde begonnen, die in den 90iger Jahren beschafften Ausstattungen durch elektrisch höhenverstellbare Steh-Sitz-Tische und Bürodrehstühle mit langen Rückenlehnen zu ersetzen. Schreibtische mit fest angebauten Schubladenkästen und Bürodrehstühle mit kurzen Rückenlehnen sollten künftig nicht mehr zum Bild eines Büorraumes zählen. Dass dies mit einem langen Atem verbunden ist und nicht überall gleich schnell voranschreitet, liegt in der Natur der Sache. Immerhin stehen die Ressourcen, egal ob personelle oder haushälterische, nicht unbegrenzt zur Verfügung und gestalten Bedarfserhebungs-, Bestell-, Liefer-, Abstimmungs-, Entsorgungs- und Nachweisprozesse doch etwas komplexer und vielschichtiger als der Kauf einer neuen Sitzgruppe im eigenen Haus.

Insgesamt wurden allein in den Jahren 2017 bis 2021 mehrere Millionen für eine den aktuellen Anforderungen entsprechende Ausstattung von Arbeitsplätzen bereitgestellt. Dass dieser Prozess fließend und noch nicht abgeschlossen ist, dürfte jedem bewusst sein. Und so es bedarf auch zukünftig einer möglichst kontinuierlichen Befassung der Stabsbereiche Logistik, der Fachkräfte vom KSG und vielen anderen.

Behördenstab

PRÄVENTION IST OHNE PARTNER UNDENKBAR...

... und die Zusammenarbeit mit starken Partnern oft schon die „halbe Miete“!

In keinem Bereich der Prävention kommt die Polizei ausschließlich durch ihre eigenen Maßnahmen zum ersehnten Ziel. Immer sind dazu Partner notwendig die durch ihre – an die polizeilichen Maßnahmen anknüpfenden – Aktivitäten für die Nachhaltigkeit und den Erfolg aller Präventionsbemühungen mitzeichnen. Demzufolge hat sich das Polizeipräsidium entschlossen, mit starken Partnern aus dem Land Brandenburg Kooperationsverträge zu schließen, um gemeinsame Projekte auf den Weg bringen zu können, die Sensibilisierung der Zielgruppen effektiver zu betreiben und von einem regelmäßigen Erfahrungsaustausch zu profitieren.

Beispielgebend sind hier die Kooperationen mit folgenden Partnern zu nennen:

- Kooperation mit dem Seniorenrat des Landes Brandenburg e.V.
- Kooperation mit der Verbraucherzentrale Brandenburg e.V.
- Kooperation mit Weisser Ring e.V. Landesverband Brandenburg
- Verband für Sicherheit in der Wirtschaft Berlin Brandenburg e.V.
- Beratungen mit den Verbänden der deutschen Kreditwirtschaft

Alle dieser genannten Kooperationspartner begreifen sich als Teil einer Gesamtstrategie zur Vorbeugung von Straftaten und damit einhergehenden Verringerung von Opferzahlen. Denn eins ist klar:

„Bei einer erfolgreichen Präventionsarbeit gibt es keine halben Sachen“!

Jürgen Schirrmeister

„Der Tropfen höhlt den Stein nicht durch Kraft, sondern durch stetes Fallen“
(unbekannter Verfasser)

Schaffung eines verwaltungsübergreifenden staatlichen Bedrohungsmanagements zur Bekämpfung der islamistischen Terrorismusgefahr

Der Anschlag auf dem Breitscheidplatz im Jahr 2016 in Berlin hat belegt, dass die bisherigen gemeinsamen Anstrengungen zum Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor dem islamistischen Terrorismus nicht abgeschlossen sind und ein fortwährendes Handeln der gesamtgesellschaftlichen Akteure erforderlich ist.

So entstand die Idee, einen regelmäßigen und ebenenbezogenen Dialog zu sicherheitspolitischen Belangen zu initiieren. Der Anfang wurde im Jahr 2017 auf Präsidialebene unter Federführung des Behördenstabes 1K gemacht. Daran nahmen hochrangige Spitzenvertreter von Kommunen, des Innenministeriums und der Polizei teil. Dieses Netzwerk fand seine Verstärkung auf Ebene der Polizeidirektionen, um insbesondere den örtlichen Belangen der Dialogteilnehmer gerecht zu werden.

Neben der eindrucksvollen Darstellung der Lage und ihrer Entwicklung im Phänomenbereich des politisch motivierten Extremismus sowie des Terrorismus stellte der Leiter LKA 340, Hr. Otter, die allgemeinen Möglichkeiten der Gefahrenerkennung und daraus ableitbarer Handlungsoptionen den Dialogteilnehmern vor. Hr. Schiewe – zu diesem Zeitpunkt Leiter des Behördenstabesbereichs 1E – informierte zu konzeptionellen Überlegungen zur Bewältigung von lebensbedrohlichen Einsatzlagen.

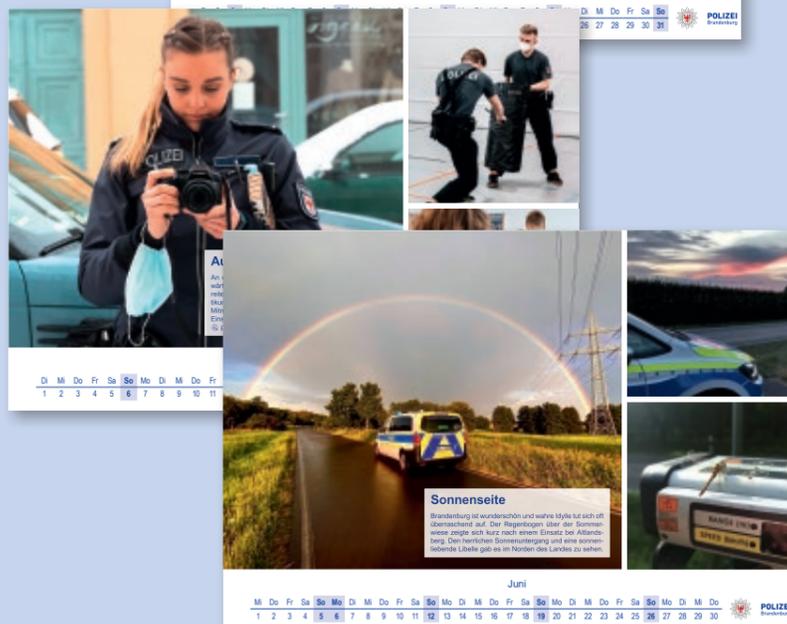
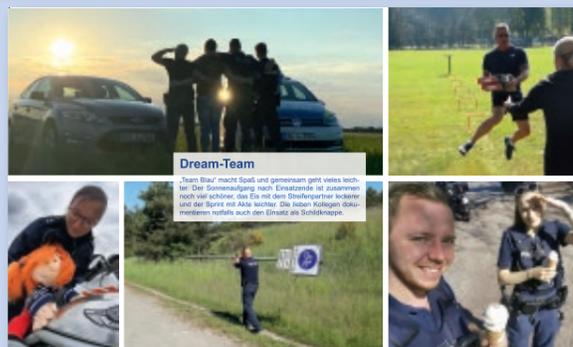
Die regionalen Sicherheitskonferenzen finden inzwischen jährlich statt und führten zum Auf- und Ausbau der Informationsbeziehungen im Hinblick auf Strafverfolgung und Gefahrenabwehr mit dem Ziel der vollumfänglichen Ausschöpfung der Gefahrenvorsorge und zu neuen Netzwerken für eine rechtzeitige Einflussnahme sowie Abstimmung von Maßnahmen bei polizeilich relevant angesehenen Straftätern.

Behördenstab

VORSCHAU NACH DER RÜCKSCHAU

24/7 - Die Polizei Brandenburg - Wandkalender

Nach einem Rückblick auf die vergangenen zehn Jahre schließen wir dieses Heft mit einem Ausblick. Der Fotokalender der Polizei Brandenburg für das neue Jahr 2022 hatte es nicht ganz einfach. Erneut waren wir pandemie-bedingt ausschließlich auf Bilder von unseren Polizistinnen und Polizisten angewiesen. Die wiederum hatten im vergangenen Jahr – ebenfalls pandemie-bedingt – sicher oft anderes zu tun, als hier und da die Kamera zu zücken. Aber es gelang! Trotz eher weniger Einsendungen, gab es ausreichend viele richtig gute Bilder. Nach Layout und Druck erlitt der Kalender anschließend mittlere Schäden, als der Transporter mit den gedruckten Exemplaren auf der Autobahn verunfallte. Kurzum, unser Kalender stand einige Zeit unter keinem guten Stern. Nun aber ist das Meiste geregelt und es ist Zeit mit den Kalenderfotos einen Blick nach vorn in ein neues, hoffentlich gesundes und glückliches Jahr 2022 zu richten. Wer trotz allem ein geeignetes Bild „geschossen“ hat, das unbedingt im Wandkalender 2023 landen sollte, schickt es schon jetzt an: info110@mik.brandenburg.de
Katrin Böhme

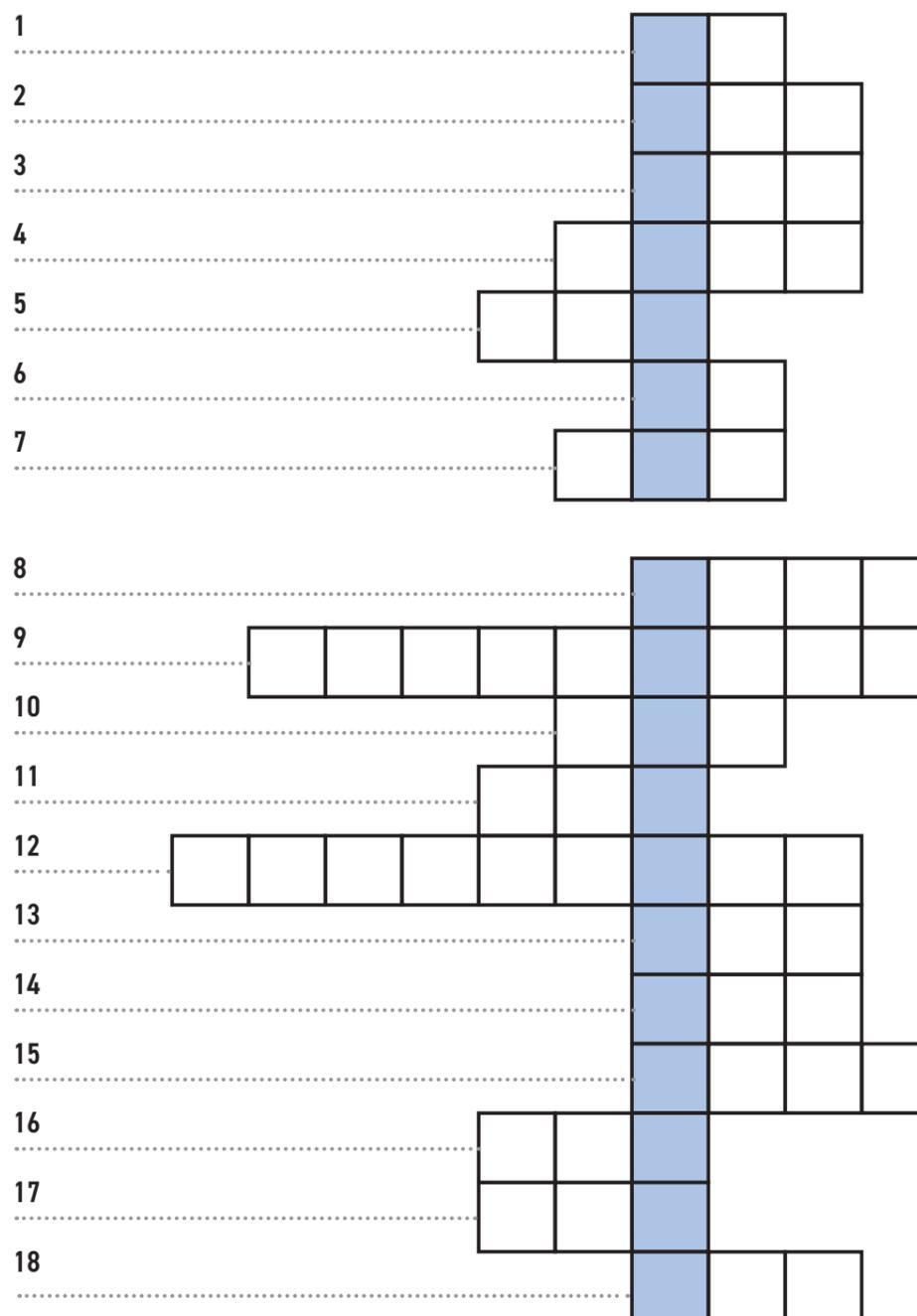


Abkürzungen bestimmen den Polizei-Alltag: Da bleibt es nicht bei den oft gehörten und viel besungenen ARD, ZDF, C&A. Es geht weit über MfG – mit freundlichen Grüßen hinaus. Wir arbeiten im SB, bekommen HA, sind TLN bei ganz bestimmten TP. Nur gut, dass es lange kein TT gab, wird sich der ein oder andere jetzt denken. Abkürzung – ja wir stehen drauf. Also Stifte gezückt, Rätsel gelöst. Und vielleicht wird es auch mal vertont. Dann hören wir es sicher im RiFu, aber nur zbV.

Abkürzung für:

1. Polizeipräsidium
2. On-Board-Diagnosegerät
3. Landespolizeiorchester
4. Polizeilicher Informationsaustausch Sporteinsätze
5. Einsatzlagezentrum
6. Einsatzabschnitt
7. Ministerium des Innern und für Kommunales
8. Beamter für deutsch-polnische Beziehungen
9. Kosten-Rückerstattung

10. Besondere Aufbauorganisation
11. Landesverwaltungsnetz
12. Brandenburgisches Polizei-, Justizvollzugs- und Maßregelvollzugsdatenschutzgesetz
13. Erweiterte Mordkommission
14. Nur für den Dienstgebrauch
15. Behördenstabsbereich
16. Psychosoziale Unterstützung
17. Flughafen Berlin-Brandenburg
18. Gemeinsame operative Fahndung





POLIZEI
Brandenburg



WIR FÜR BRANDENBURG

Bewirb dich!
polizei-brandenburg-karriere.de

